

(Beginn: 15.09 Uhr – Ende: 19.27 Uhr)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 8. Sitzung des Rates der Stadt Köln in dieser Wahlperiode und heiße unsere Gäste auf der Tribüne, unsere Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeister, soweit sie jetzt anwesend sind, und natürlich Sie alle als Mitglieder des Rates herzlich willkommen.

Nach den mir vorliegenden Meldungen fehlen immer noch Frau Symanski und Herr Rottmann.

Als Stimmzähler benenne ich Frau Halberstadt-Kausch, Herrn Dr. Gutzeit und Frau Pakulat. Schauen wir mal, ob Sie heute zum Einsatz kommen!

Bevor wir gleich die Tagesordnung festlegen und in die Beratungen einsteigen, möchte ich Sie gerne darauf hinweisen, dass wir die letzte Sitzung des Jahres natürlich auch dazu nutzen wollen, dieses Jahr mit einem kleinen Empfang gemeinsam ausklingen zu lassen. Sie alle sind ganz herzlich nach Abschluss der Sitzung um 19.55 Uhr in die Piazzetta eingeladen.

(Bernd Petelkau [CDU]: Wohl eher 21.55 Uhr, Herr Oberbürgermeister!)

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die Absetzungen sind wie immer im Entwurf gekennzeichnet, die Änderungsanträge auch.

Wir kommen zu den Zusetzungen; ich bitte um Aufmerksamkeit. Eine Aktuelle Stunde gibt es heute nicht. Folgende Punkte werden im öffentlichen Teil zugesetzt: 4.6, 4.7, 4.8, 10.33, 10.34, 10.35, 10.36, 17.7 und 17.8. Auf Wunsch der Gruppe pro Köln wird eine Umbesetzung von Ausschüssen im Rahmen des Grundmandates unter 17.9 behandelt. Im nichtöffentlichen Teil gibt es folgende Zusetzungen: 22.1 und 22.2.

Im öffentlichen Teil werden folgende Punkte abgesetzt: 10.3, 10.10, 10.13, 10.24 und 14.2. Im nichtöffentlichen Teil gibt es keine Absetzungen.

Gibt es Wortmeldungen? – Bitte, Herr Hegenbarth.

<**Thomas Hegenbarth** (Piraten): Eine kurze Erklärung: Zeitgleich gibt es einen Bürgerantrag

gegen TTIP, CETA und TiSA. Wir möchten nicht, dass unser Antrag zu Punkt 3.1.5 mit diesem kollidiert. Deswegen ziehen wir unseren Antrag an der Stelle zurück und unterstützen ausdrücklich den Bürgerantrag. Für den unwahrscheinlichen Fall, dass dieser Bürgerantrag nicht angenommen wird, hoffen wir auf eine kurzfristige, parteiübergreifende Lösung in diesem Sinne. – Danke.>

(Beifall von Lisa Hanna Gerlach [Piraten] sowie bei Teilen der CDU, des Bündnisses 90/Die Grünen und der Linken)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir haben es vernommen. Der Punkt 3.1.5 wird auf Ihre Bitte hin zurückgezogen. Die Absetzungen werden um den Punkt 3.1.5 ergänzt.

Eine weitere Wortmeldung. – Bitte, Herr Kienitz.

<**Niklas Kienitz** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion möchte bei Punkt 10.28 dringenden Beratungsbedarf anmelden. Unter anderem ist die beigefügte Anlage, die wir zwar nicht mit beschließen werden, fehlerhaft. Insofern ergibt sich noch erheblicher Beratungsbedarf unsererseits. Deswegen beantragen wir, diesen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung zu streichen. – Danke schön.>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay. Sie haben den entsprechenden Antrag gestellt. – Möchte sich jemand dazu äußern?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir möchten es auf der Tagesordnung behalten!)

- Ja. – Herr Frank hat gerade zum Ausdruck gebracht, dass der Punkt auf der Tagesordnung bleiben sollte.

Deswegen werden wir jetzt darüber abstimmen. Wer für die Absetzung dieses Tagesordnungspunkts von der Tagesordnung ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der CDU und die Gruppe pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen bei der AfD und von Herrn Zimmermann. Punkt 10.28 bleibt damit weiterhin auf der Tagesordnung und wird dann zur Abstimmung gestellt.

Wir kommen zu den Dringlichkeitsanträgen. Zunächst zu einem Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD, der CDU, des Bündnisses 90/Die Grünen und der FDP zum Thema „Unterbringung von Flüchtlingen in Köln“ unter Tagesordnungspunkt 3.1.7: Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? – Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Punkt in die Tagesordnung aufgenommen.

Ich würde Sie jetzt bitten, mir bei der Festlegung der Reihenfolge der Tagesordnung zu folgen. Da sich eine ganze Reihe von Tagesordnungspunkten mit dem Thema „Unterbringung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen“ befasst, schlage ich vor, all diese Punkte konzentriert zu behandeln. Mein Vorschlag ist, dies unter dem Punkt 3.1.0, also vor dem Antrag zum RRX, zu behandeln. Ich stelle also den Vorschlag zur Diskussion, folgende Tagesordnungspunkte zusammenzufassen: 3.1.2, 3.1.4, 3.1.7, 4.4, 4.5, 4.6, 4.7 und 10.20. Dabei handelt es sich um drei Anträge, eine Reihe von Anfragen und eine Beschlussvorlage, die wir dann gemeinsam behandeln werden. Sollte es großen Diskussionsbedarf geben, besteht durchaus die Möglichkeit, ein wenig länger zu debattieren, auch weil die genannten Punkte ein sehr breites Spektrum an Themen umfassen.

Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Wir steigen in die Tagesordnung ein und beginnen mit Tagesordnungspunkt 2.1:

**2.1 Annahme einer Spende an die Stadt Köln, Museum Ludwig hier: Spende in Höhe von 30.000,00 € zur Verwendung für den "Langen Donnerstag" in 2015 im Museum Ludwig 2951/2014**

Der Kulturausschuss hat dem einstimmig zugestimmt. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das einstimmig so angenommen. Wir sagen dem Spender Dank für seine Großzügigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Tagesordnungspunkt 2.2:

**2.2 Schenkungsannahme Sparda Kunstpreis-NRW 2012/2013 0725/2014**

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe eine Wortmeldung von Herrn Hupke und eine weitere Wortmeldung. – Herr Hupke, es geht hier nicht um einen Coffeeshop.

(Heiterkeit)

**<Bezirksbürgermeister Andreas Hupke:** Ja, das ist okay; das ist das Salz in der Suppe. Das habe ich jetzt weg; damit muss ich leben, wenn ich durch die Stadt gehe. – Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Rat! Ich will unseren Beschluss zur BV zu diesem Tagesordnungspunkt kurz erläutern. Darum gebeten hat mich Yana Yo, eine Meister-schülerin von Professor Karl Horst Hödicke, dem Vater der Neuen Wilden, an der Berliner Hochschule der Künste. Dem komme ich sehr gerne nach.

Damit es glasklar ist: Wir sind nicht gegen das Kunstobjekt. Der Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt/Deutz beinhaltet zum einen die Ablehnung des Ortes – dieser ist aus Sicht der Bezirksvertretung Innenstadt-Deutz zu überdenken – und zum anderen die Ablehnung des zu frühen Zeitpunkts der Realisierung, weil der Breslauer Platz städtebaulich noch nicht finalisiert ist. – Danke, dass Sie mir zugehört haben. Toi, toi, toi!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Frau von Bülow, bitte.

**<Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen):** Wie schon mein Vorredner gesagt hat: Wir lehnen die Schenkung zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab. Wir sagen: Der Obelisk mag zwar der Diversität Kölns und des Ortes in ironischer Weise dienen; aber der Platz ist sehr heterogen und im Augenblick ungeplant. Deswegen denken wir, dass es zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht angesagt ist, dort bereits ein prägendes Kunstwerk hinzusetzen. Wir nehmen sehr ernst, was das StadtLabor für Kunst im öffentlichen Raum macht. Es setzt sich vor allem damit auseinander, wie Kunst im öffentlichen Raum einen hohen Stellenwert bekommen und einen guten Platz erhalten kann. Wir denken: Wenn man das Kunstwerk bereits jetzt in einen ungeordneten Platz aufnehmen lässt, dann ist die Gefahr groß, dass es irgendwann im vom StadtLabor erstell-

ten Archiv für ungenutzte Kunst landet. Wir möchten nicht, dass das Werk einer renommierten Künstlerin diesen Weg nimmt. Deswegen denken wir: Im Augenblick kann diese Schenkung von uns noch nicht goutiert werden. Wir können sie im Augenblick nur ablehnen.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen) >

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Frau Dr. Bürgermeister, bitte.

**<Dr. Eva Bürgermeister (SPD):** Ich mache es ganz kurz. – Wir sind der Meinung, dass die lange Diskussion um diese Schenkung ein Ende haben muss. Wir haben im Kulturausschuss mehrfach darüber gesprochen. Die große Mehrheit des Kulturausschusses hat sich für die Schenkungsannahme ausgesprochen, im Übrigen in Anlehnung an das Votum des Kunstbeirats, in dem wir auch vertreten sind. Wir sind der Meinung, dass das Verfahren zwar optimierungswürdig ist, aber den damaligen Maßgaben entsprach. Dieses Kunstwerk und sein Platz sind im Einvernehmen mit der Stadtverwaltung ausgewählt worden. Man muss natürlich sagen: Wenn es eine Weiterentwicklung der Stadtgestalt gibt, das heißt sich an dem Platz etwas ändert, muss es natürlich möglich sein, das Kunstwerk entsprechend zu verlegen. Aber zum jetzigen Zeitpunkt ist das aus unserer Sicht völlig in Ordnung. – Vielen Dank an die Sparda-Bank für die Schenkung.

(Beifall bei Teilen der SPD)>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Bitte schön, Frau Welcker.

**<Katharina Welcker (CDU):** Für die CDU-Fraktion möchte ich sagen: Wir stimmen dem selbstverständlich zu. Wir freuen uns, dass uns die Sparda-Bank in dem Bemühen um Kunst und Kultur in dieser Stadt unterstützt. Wir freuen uns auch über dieses herrliche Kunstwerk, das uns angeboten worden ist. Wir sehen dem eigentlich sehr positiv entgegen. Die Planung lässt sich sicherlich noch verbessern; aber sie ist doch kein Grund, einen Spender so vor den Kopf zu stoßen, dass man seine Spende ablehnt.

(Beifall bei der CDU)>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Sterck, bitte.

**<Ralph Sterck (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich wundere mich doch, wie sich die Dinge wiederholen. Die grüne Fraktion hat anscheinend aus Fehlern, die in der Vergangenheit im Umgang mit Mäzenen und Spenden für diese Stadt gemacht worden sind, wenig gelernt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich nenne das Stichwort Stadtmuseum.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Seien Sie froh, dass es so gekommen ist!)

Es hat die Stadt viele Millionen Euro gekostet, dass die Grünen damals die Finanzierung des Anbaus durch einen Stifter verhindert haben.

Auch das zweite Argument – das muss ich sagen, Herr Hupke – kommt mir sehr bekannt vor. Als wir damals die Domtreppe saniert und den Bahnhofsvorplatz neu gestaltet haben, wurde gesagt: Wir machen jetzt erst einmal ein Provisorium, und wenn der Breslauer Platz fertig ist, dann vollenden wir auch den Bahnhofsvorplatz. – Da haben wir Gott sei Dank gesagt: Wir wollen keine Provisorien; denn in Köln hält nichts länger als Provisorien. Der Bahnhofsvorplatz und die Domtreppe müssen bis zum Papstbesuch fertig sein.

Deswegen: Die Realisierung dieses Kunstwerks an eine zeitliche Abfolge zu knüpfen, also zu sagen, erst einmal müsse der Platz fertig sein, macht keinen Sinn. Dieses Kunstwerk gehört an diese Stelle.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Wo steht das denn? Das ist doch rein willkürlich ausgesucht!)

Wenn wir die Künstlerin beauftragt hätten, ein Kunstwerk für eine andere Stelle zu schaffen, sähe es anders aus. Aber das war die Aufgabe, und es hat ein ordentliches Verfahren gegeben.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist Quatsch!)

Deswegen sollte der Rat der Stadt Köln die Chance nutzen, dieses Geschenk dankbar anzunehmen, und es nicht kritisieren. – Danke.

(Beifall bei der FDP) >

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Frau Stahlhofen.

<**Gisela Stahlhofen** (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Lieber Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn ich angesichts dieser Vorlage immer noch Bauchschmerzen habe – dieses Geschenk kostet uns auch sehr viel Geld –, haben wir uns trotzdem dazu durchgerungen, dieser Vorlage zuzustimmen; denn irgendwie muss die Umgestaltung dieses Platzes einen Abschluss finden. Und gut, jetzt findet er diesen!

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Dann hätten Sie auch eine Bank draufsetzen können!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Man muss sagen: Dieses geordnete Chaos, das damit dargestellt werden soll, ist auch ein Sinnbild.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen  
– Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Wir nehmen es mit Humor!)

Gibt es einen besseren Platz dafür als den Breslauer Platz?

Von daher lasse ich jetzt abstimmen. Wer gegen die Annahme dieses Geschenks ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der Grünen, Herr Zimmermann, die Fraktion der AfD sowie die Piraten. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Dann ist das so angenommen. Wir bedanken uns ganz herzlich bei der Sparda-Stiftung für den Kunstpreis und diese edle Spende, die jetzt endgültig auf den ihr zustehenden Platz kommen wird.

(Beifall bei Teilen der SPD und von Birgit Gordes [CDU])

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Wie eben besprochen, werden wir die Punkte zur Flüchtlingsunterbringung und damit zusammenhängende Themen unter Punkt 3.1.0 zusammenfassen und gemeinsam behandeln.

**3.1.2 Antrag der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten und der Gruppe Deine Freunde betreffend „Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen in Köln verbessern – Willkommenskultur stärken“**  
**AN/1762/2014**

**3.1.4 Antrag der Gruppe pro Köln betreffend „Sofortige Änderung der Duldungspraxis der Stadt Köln“**  
**AN/1705/2014**

**3.1.7 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Unterbringung von Flüchtlingen in Köln“**  
**AN/1784/2014**

**4.4 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend „Aktuelle Zahlen zur Ausländer- und Asylpolitik in Köln“**  
**AN/1732/2014**

**Antwort der Verwaltung vom 15.12.2014**  
**3857/2014**

**4.5 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend „Gesundheitsrisiken in Asyl-Sammelunterkünften“**  
**AN/1733/2014**

**Antwort der Verwaltung vom 15.12.2014**  
**3788/2014**

**4.6 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Krankenversicherten-Chipkarten zur medizinischen Versorgung nach §§ 4 und 6 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)“**  
**AN/1799/2014**

**Antwort der Verwaltung vom 15.12.2014**  
**3840/2014**

**4.7 Anfrage der Gruppe Deine Freunde betreffend „Ehrenamtliches Engagement für Flüchtlinge“**  
**AN/1804/2014**

**10.20 Errichtung von Systembauten und Beauftragung von Machbarkeitsstudien für konventionelle Wohnhäuser zur Flüchtlingsunterbringung**  
**2899/2014**

Erster Redner ist Herr Paetzold für die Fraktion der SPD. Bitte schön.

<**Michael Paetzold** (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Kolleginnen und Kollegen! Alle Prognosen sind Makulatur. Die Zahl der Flüchtlinge, die nach Köln kommen, steigt ständig. Aber lassen Sie uns heute nicht über Zahlen reden, sondern über Menschen, die innerhalb unserer Stadtmauern Schutz suchen und

für die wir – Sie und ich und die ganze Stadtgesellschaft – Verantwortung tragen.

Im Moment hat die Verwaltung alle Hände voll zu tun, um den Menschen, die zu uns fliehen, wenigstens das Mindeste zu gewähren: ein Dach über dem Kopf, ein Bett zum Schlafen, genug zu essen, eine Ärztin bzw. ein Arzt bei Krankheit. Selbst das gelingt nur mit äußerster Anstrengung, für die ich mich bei jedem einzelnen Mitarbeiter und jeder einzelnen Mitarbeiterin der Stadt, der oder die dabei mittut, sehr herzlich bedanke.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen der CDU)

Die Stadt Köln kommt aber an die Grenzen des von ihr Leistbaren. Das Dach über dem Kopf ist im Notfall auch schon einmal das eines ehemaligen Baumarktes. Das Bett zum Schlafen steht im Zweifel auch in einer Mehrzweckturnhalle. Das Essen ist Gemeinschaftsverpflegung. Oft genug stehen sich Arzt und Patient bei Krankheit sprachlos gegenüber. So kann es nicht weitergehen.

Auch wenn wir uns vor unserer Verantwortung nicht drücken: Wir müssen Land und Bund in die Pflicht nehmen. Es macht einfach keinen Sinn, nach dem Königsteiner Schlüssel den größten Teil der Menschen, die nach Deutschland geflohen sind, in die Metropolen zu schicken. Köln, die größte Stadt NRWs, soll 5 Prozent aller Flüchtlinge, die nach NRW kommen, aufnehmen. Das ist extrem schwierig; denn Köln ist eine der wenigen wachsenden Städte; Wohnraum ist bei uns knapp und begehrt, die Zahl der freien Grundstücke können wir nicht vermehren. Es wäre schon eine Hilfe, wenn wir – selbstverständlich auf unsere Kosten – Hotels im Umland anmieten könnten, um Menschen, die zu uns geflohen sind, unterzubringen. Aber selbst das ist uns untersagt.

„Kosten“ ist ein gutes Stichwort. Land und Bund können die finanziell klammen Kommunen nicht auf dem Großteil der Kosten für die Versorgung der zu uns geflohenen Menschen sitzen lassen. Statt prozentualer Zuweisungen erwarten wir eine spitze Abrechnung der anfallenden Kosten.

Wir drücken uns aber nicht vor unserer Verantwortung für die Menschen, die zu uns geflohen sind. Deshalb möchten wir die Verwaltung mit den Vorschlägen in unserem gemeinsamen Antrag unterstützen.

Ein Dach über dem Kopf, das Bett zum Schlafen, genug zu essen – das ist notwendige erste Hilfe, aber eben keine Integration. Wir müssen deshalb alle Anstrengungen unternehmen, um aus Menschen, die zu uns geflohen sind, Mitbürgerinnen und Mitbürger zu machen. Meine begrenzte Redezeit erlaubt es nicht, Ihnen alle Vorschläge unseres gemeinsamen Antrags zu erläutern. Bitte lese Sie sie im Antrag nach!

In aller Kürze nur so viel: An allererster Stelle brauchen wir Unterbringungsmöglichkeiten für die Menschen, die zu uns geflohen sind. Wir schlagen deshalb unter anderem vor, dass für die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften ein vereinfachtes Baugenehmigungsverfahren angewendet wird und alle bürokratischen Hürden, wo eben möglich, abgebaut werden. Mit der Beschlussvorlage zur Flüchtlingsunterbringung, die der Sozialausschuss in seiner gestrigen Sitzung mit einigen Änderungen einstimmig beschlossen hat und die heute auch dem Rat der Stadt Köln zur Abstimmung vorliegt, schaffen wir auf jeden Fall dringend benötigte Kapazitäten.

Ein anderes Thema. Wir brauchen deutlich mehr Sprachmittler in der medizinischen Betreuung. Glauben Sie mir: Es ist unendlich schwer, einen erkrankten Menschen zu behandeln, mit dem man sich nicht verständigen kann.

Ein Weiteres. Viele der Menschen, die zu uns geflohen sind, haben Schreckliches erlebt, sind schwerst traumatisiert. Diese Menschen bedürfen dringend psychotherapeutischer Hilfe. Die entsprechenden Ressourcen müssen dringend aufgestockt werden.

Die Integration der Menschen, die zu uns geflohen sind, kann die Verwaltung allein nicht gewährleisten; das ist eine Herausforderung an die ganze Stadtgesellschaft. Mit großer Dankbarkeit nehmen wir deshalb die vielen bürgerschaftlichen Initiativen wahr, die sich um eine Willkommenskultur für die zu uns geflohenen Menschen bemühen.

Auch die religiösen Gemeinschaften nehmen ihre Verantwortung wahr. Das Erzbistum Köln hat ein Programm für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen und – neben vielem anderen – einen Flüchtlingsfonds aufgelegt, ausgestattet mit 1 Million Euro. Auch die evangelische Kirche engagiert sich vorbildlich, und die jüdischen und muslimischen Gemeinden Kölns haben großzügig ihre Unterstützung zugesagt.

So viel bürgerschaftliches Engagement bedarf der Unterstützung und Koordination – überregio-

nal und hier vor Ort. Deshalb unterstützen wir zum einen das Projekt „Zentrum für Willkommenskultur“ von Flüchtlingsrat und Freiwilligen-Agentur. Hier sollen die vielfältigen Willkommensinitiativen vernetzt werden und der überregionale Austausch verortet sein. Auch sollen hier Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Freiwillige ihren Platz finden.

Aber auch vor Ort, in den Stadtvierteln, braucht es Ansprechpartner und Koordinatoren. Aus Sicht der Antragsteller sollten dies die jeweiligen Bürgerämter und, soweit vorhanden, die Sozialraumkoordinatoren sein. Hier vor Ort gibt es das Wissen um die lokalen Gegebenheiten und die vorhandenen Ressourcen. Deshalb sind die beiden Genannten geradezu als erste Anlauf- und Beratungsstelle für alle lokalen Initiativen prädestiniert, die sich um die Integration der zu uns geflüchteten Menschen bemühen.

Weiterhin schlagen wir für die Bezirke ein kleines finanzielles Budget vor, um zum Beispiel Willkommensfeste oder integrative Maßnahmen zu finanzieren oder zumindest zu unterstützen. Dass das Zentrum für Willkommenskultur und die Bürgerämter eng zusammenarbeiten und sich gegenseitig unterstützen, versteht sich angesichts der großen Aufgabe wohl von selbst.

Ein Letztes. Der Schlüssel zur Integration heißt Vereinzelung. Es ist fast unmöglich, 130 Menschen, die in einem Hotel leben, ins Viertel zu integrieren. Es geht aber fast von selbst, eine Familie – sei sie auch noch so groß –, die in einer eigenen Wohnung im Veedel lebt, in ebendiesem Viertel zu integrieren. Der Schlüssel zur erfolgreichen Integration heißt deshalb schlicht Auszugsmanagement. Wir schlagen deshalb dringend vor, die entsprechenden Abteilungen personell auszuweiten. – Das sind nur einige Aspekte unseres gemeinsamen Antrages.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, am Anfang meiner Rede hatte ich Ihnen vorgeschlagen, nicht über Flüchtlingszahlen, sondern über Menschen zu reden. Ich bin sehr froh, dass sich vier Ratsfraktionen, also die überwiegende Mehrheit des Rates, auf einen gemeinsamen Antrag verständigt haben. Das ist das richtige Signal in die Stadtgesellschaft: Der Rat der Stadt Köln als Vertreter der Bürgerinnen und Bürger dieser seit 2 000 Jahren weltoffenen Stadt bekennt sich ausdrücklich zu seiner Verantwortung für die Menschen, die sich als Flüchtlinge unserem Schutz anvertraut haben. Die demokratischen Gruppierungen im Rat, die sich bis jetzt – warum auch immer – diesem Mehrheitsantrag nicht haben anschließen können, bitte ich ebenso drin-

gend wie herzlich, sich unserem Antrag anzuschließen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Paetzold. – Wir kommen dann zu Frau Gärtner von der Fraktion der CDU.

**<Ursula Gärtner (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir sind froh, dass dieser gemeinsame Antrag zustande gekommen ist. Es ist ein wichtiges Zeichen, dass dies gelungen ist; denn Flüchtlingspolitik eignet sich nicht für parteipolitische Auseinandersetzungen.

(Beifall bei der CDU sowie bei Teilen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Vielmehr ist es unsere humanitäre Aufgabe, etwas für die Flüchtlinge zu tun. Wir müssen aber auch die Einwohnerinnen und Einwohner aufklären, die unsicher sind und Fragen haben. Dabei müssen alle demokratischen Kräfte zusammenstehen.

Im September dieses Jahres haben wir als CDU-Fraktion ein Positionspapier zum Thema Flüchtlingspolitik erstellt, das vom Parteitag der CDU einstimmig angenommen wurde. Die Überlegungen in diesem Papier finden sich allesamt im Antrag wieder. Er enthält sehr viele Themen, die hier nicht alle ausgeführt werden können. Da verweisen wir auf das Internet, in dem sowohl dieser Antrag als auch unser Positionspapier zu finden ist. Ich möchte jedoch ein Schlaglicht auf einige wichtige Punkte des hier vorliegenden Antrags werfen.

Zur Standortwahl. Wir haben uns nicht von unseren Standards hinsichtlich Ausstattung und maximaler Personenzahl verabschiedet; aber zeitweise wird es nicht möglich sein, diese Standards vollständig zu erfüllen, weil einfach zu viele Menschen in sehr kurzer Zeit zu uns gekommen sind. Wichtig ist uns, dass eine angemessene sozialräumliche Verteilung erfolgt. Wir sehen es als einen Auftrag an die Stadtplanung, auch den Bedarf an Flüchtlingsunterkünften zu berücksichtigen.

Zum Thema Kinder und Jugendliche. Vorschulische und schulische Bildung und präventive Jugendhilfeangebote sind dringend erforderlich,

und das in einem bedarfsgerechten Umfang. Dies steht auch in unserem gemeinsamen Antrag. Für Erwachsene und für Kinder ist Sprachförderung sehr wichtig; denn Sprache ist von grundsätzlicher Bedeutung für die Integration, ebenso berufsfördernde Maßnahmen.

Wir treffen auf eine beeindruckende Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung. Dieses Engagement müssen wir unterstützen, auch mit Fortbildung und Beratung für ehrenamtliche Helferinnen und Helfer. Deshalb unterstützen wir das Projekt „Zentrum für Willkommenskultur“, das gemeinsam mit den vor Ort tätigen Verbänden – Wohlfahrtsverbände, Kirchen und andere Institutionen – die örtlichen Initiativen vernetzt und unterstützt.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Wir müssen aber noch ein Wort zur Zuweisungspraxis sagen. Die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt in Köln muss vom Land berücksichtigt werden. Unerlaubt eingereiste Personen müssen auf die Zuweisungsquote angerechnet werden,

(Beifall bei Teilen der CDU)

und die Verwaltungsverfahren müssen auf allen Ebenen dringend beschleunigt werden.

Auch zu den Kosten müssen wir noch etwas sagen. Bund und Länder dürfen die Kommunen nicht mit der Flüchtlingsunterbringung und -betreuung alleinlassen; sie sind damit überfordert. Die Kosten müssen vollständig übernommen werden. Hier werfen wir einen sehr kritischen Blick auf das Verhalten unseres Landes; denn der Bund hat die Mittel aufgestockt. Wir fordern, dass diese vollständig an die Kommunen weitergegeben und nicht vom Land für die Finanzierung eigener Vorhaben eingesetzt werden.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Schließlich appellieren wir an alle, die Wohnraum zur Verfügung stellen oder schaffen können: Überlegen Sie bitte, wie Sie helfen können!

Wir möchten nochmals den unzähligen hilfsbereiten Bürgerinnen und Bürgern, die spenden oder auch selbst Angebote machen, danken.

Schließlich appellieren wir an alle Fraktionen im Rat, dass wir uns gemeinsam um die Unterbringung und die Betreuung von Flüchtlingen kümmern; denn nur so wird unsere Stadtgesellschaft in der Lage sein, diese gewaltige Aufgabe zu stemmen und ein Miteinander zu erreichen.

Herr Oberbürgermeister, ich möchte jetzt kurz auf die beiden anderen Vorlagen eingehen:

Zunächst zum Antrag der Linken. Diesen Antrag werden wir ablehnen, zum einen, weil einige der dort aufgeführten Punkte im gemeinsamen Antrag enthalten sind, zum anderen, weil wir den anderen Punkten nicht zustimmen können. Das muss ich hier nicht im Einzelnen ausführen; das kann jeder nachlesen.

Zur Vorlage unter 10.20, in der es um das Konzept zur Unterbringung geht. Der Sozialausschuss hat gestern noch Ergänzungen vorgenommen, die wir voll mittragen und denen wir gestern zugestimmt haben. Es ist uns wichtig, dass hier die Beschlüsse der Bezirksvertretungen von Rodenkirchen und Chorweiler als Ergänzung zum Antrag der SPD eingeflossen sind.

Kurz erwähnen will ich noch, dass wir eine Protokollnotiz gemacht haben, die nicht Gegenstand des Beschlusses geworden ist. Hier geht es um Errichtung fester Standorte in der Trierer Straße und in der Brohler Straße. Wir haben unsere Erwartung festgehalten – wir haben im Sozialausschuss keinen Widerspruch dazu gehört –, dass nach Fertigstellung der festen Bauten die Nutzung von Hotels in unmittelbarer Nachbarschaft als Flüchtlingsunterkünfte aufgegeben wird, diese Bauten also ein Ersatz sein sollen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

So weit unsere Anmerkungen zu den verschiedenen Anträgen, Vorlagen und Anfragen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen dann zu Frau Heuser von der Fraktion der Grünen.

**<Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Frau Beigeordnete Reker! Meine Damen und Herren! In wenigen Tagen werden die meisten von uns die Geburt des wohl berühmtesten Flüchtlings ehren und feiern. Leider müssen wir feststellen, dass die Menschheit seit damals nicht dazugelernt hat. Flucht und Vertreibung sind weiterhin die Folge weltweiter Kriege und Krisen. Wir alle gehen inzwischen davon aus, dass kein Ende erkennbar und zu erwarten ist. Die damit verbundenen Flüchtlingsströme werden folgerichtig nicht abebben.

Die Prognose für Köln bis zum Jahre 2019 geht von einer Zahl zwischen 9 000 und 10 000 Personen aus, von denen viele hier eine neue Heimat finden werden. Das dürfte für eine Millionenstadt wie Köln eigentlich kein großes Problem darstellen, wäre da nicht vor allem das Problem der Unterbringung, das auch durch politische Planungsfehler in der Vergangenheit verursacht worden ist. Inzwischen ist die Folge, dass beinahe die Hälfte der Flüchtlinge in Köln nicht entsprechend der vom Rat in 2004 beschlossenen Leitlinien untergebracht werden kann. Köln als wachsende Stadt muss nun den zusätzlichen Einwohnerzuwachs bei allen Planungen und bei der Realisierung von Wohnraum unbedingt einkalkulieren. Gleiches gilt für die Integration von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in die bestehenden Regelsysteme. Für einen langen Zeitraum wird dies eine Querschnitts- und Daueraufgabe der Stadtverwaltung sein.

Der gemeinsame Dringlichkeitsantrag von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen sowie FDP stellt einen guten Kompromiss dar und zeigt den Handlungsbedarf in verschiedenen Bereichen für die kommenden Jahre auf. Uns Grünen sind vor allem vier Zielsetzungen wichtig:

Erstens: die Aufrechterhaltung der Leitlinien von 2004 als Richtschnur des Handelns.

Zweitens: die integrative Ausrichtung der zukünftigen Planung von Wohnquartieren. Sowohl der Bau einer auskömmlichen Anzahl von Wohnhäusern als auch die sozialverträgliche Verteilung über das gesamte Stadtgebiet kann langfristig nur gewährleistet werden, wenn in allen aktuellen und zukünftigen Baugebieten Wohnraum für Flüchtlinge geschaffen wird. Hier muss ein Automatismus eintreten: Wird irgendwo ein Baufeld geplant und bebaut, wird Wohnraum für Flüchtlinge mit bedacht und erstellt.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Sollte dies in einzelnen Fällen nicht zu realisieren sein, möchten wir die Gründe dafür wissen. Langfristig ist das Ziel, alle Flüchtlinge dezentral in eigenen, abgeschlossenen Wohnungen unterzubringen.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der CDU)

Als gesamtstädtische Aufgabe verstanden, stehen auch die Wohnungsbaugesellschaften und die Kirchen in der Pflicht. Nach meinem Verständnis müssen hier eigene Interessen, wie sie

im Fall des Klarissenklosters mit Verweis auf den Denkmalschutz als vermeintlichem Verhinderungsgrund zutage treten, aus humanitärem Gewissen heraus zur Nebensache werden.

Kurzfristig müssen weitere Fertighäuser an temporären Standorten, das heißt für die Dauer von bis zu fünf Jahren, als Übergangslösung errichtet werden. Allerdings bedeutet „temporär“, dass auch die hier untergebrachten Menschen auf absehbare Zeit dauerhaften Wohnraum benötigen.

(Beifall von Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen])

Diese Tatsache unterstreicht einmal mehr die Notwendigkeit der eben beschriebenen Maßnahmen. Um akute Obdachlosigkeit zu vermeiden, wurden Flüchtlinge bereits in Hotelbetrieben untergebracht sowie ein Baumarkt und eine Mehrzweckhalle zur Notunterkunft umgerüstet. Das darf, ebenso wie die möglichen Unterbringungen auf Hotelschiffen, nur eine absolute und vorübergehende Ausnahme sein. Die Unterbringung in Zelten wird abgelehnt.

Die Verwaltung hat mit der Vorlage zu sieben temporären und vier konventionellen Wohnhäusern einen weiteren wichtigen Schritt im Sinne der beiden ersten Zielsetzungspunkte getan. Wir werden dieser Vorlage in der Beschlussfassung des Sozialausschusses natürlich zustimmen. Es wäre fahrlässig, hier etwas anderes zu beschließen.

Die Schaffung einer Koordinationsstelle, hier „Zentrum für Willkommenskultur“ genannt, ist als dritte Zielsetzung hervorzuheben. Köln erlebt eine beispiellose Welle der ehrenamtlichen Hilfsbereitschaft Einzelner und eine Gründungswelle bei Willkommensinitiativen. Da die einzelnen Initiativen sehr unterschiedlich aufgestellt sind und die verschiedensten Bedarfe haben, wurde aus ihren Reihen schnell der Wunsch nach einer Anlaufstelle formuliert. Diese soll Möglichkeiten zum Informationsgewinn oder -austausch, zur Vernetzung, Koordinierung und Qualifizierung bieten. Jede ehrenamtliche Hilfe sollte zielgerichtet und kompetent zur Integration der Flüchtlinge eingesetzt werden können.

Das Konzept „Zentrum für Willkommenskultur“ geht auf eine gemeinsame Initiative des Kölner Flüchtlingsrates und der Kölner Freiwilligen-Agentur zurück. Es wird prozessartig unter Einbindung der Initiativen und von freien Trägern weiterentwickelt. Hierzu werden aber auch entsprechende finanzielle und personelle Ressourcen benötigt. Aus grüner Sicht ist die Rolle der

Bezirksämter als Mittler zu verstehen, da sie die oben beschriebenen Aufgaben teils aus Mangel an entsprechendem Know-how in Flüchtlingsfragen nicht selber werden leisten können. Der gemeinsame Antrag sieht an dieser Stelle eine andere Rollenverteilung vor, wobei sich noch zeigen muss, wie praktikabel und effektiv diese Konstellation sein wird.

Die vierte Zielsetzung der Grünen ist die Integration der Flüchtlinge in die offenen Angebots-, Beratungs- und Förderungsstrukturen sowie in die Regelsysteme. Gut die Hälfte aller Flüchtlinge sind Kinder und Jugendliche. Sie haben einen besonderen Bedarf an gezielter vorschulischer und schulischer Bildung sowie an präventiver Jugendhilfe. Sie brauchen Kita- und Schulplätze und müssen in die bestehenden Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und des Interkulturellen Dienstes gebracht werden. Sonderstrukturen sind zu vermeiden. Viele erwachsene Flüchtlinge haben keine Kenntnis von den Angeboten an Beratungsstellen, Bildungseinrichtungen, der Gesundheitsversorgung oder Sprachförderung. Sie sind nach wie vor auf sich gestellt. Der Informationsfluss und somit die Zugangsmöglichkeiten müssen deutlich verbessert werden. Der Einsatz weiterer Sprachmittler wird hier unerlässlich sein.

Menschenwürdige Unterbringung und Integration von Flüchtlingen werden nur gelingen, wenn die Verwaltung, der Rat, die Stadtgesellschaft und nicht zuletzt auch die Kirchen dies als gemeinsame Aufgabe anpacken. Je eher die Menschen auf eigenen Füßen stehen, umso schneller gelingt ihre Integration. Das muss in unser aller Interesse sein. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der SPD und der CDU)>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Frau Heuser. – Wir kommen dann zu Herrn Detjen.

<**Jörg Detjen** (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zwei Vorbemerkungen, um die aktuelle Diskussion besser zu verstehen:

Erstens. Selten in der Geschichte der Stadt Köln war der Erzbischof progressiver als der Stadtrat. Kardinal Woelki hinterfragt unsere Flüchtlingsunterbringung und macht konkrete Vorschläge.

Zweitens. Die SPD macht OB-Wahlkampf für und positioniert sich rechts von der Mitte, um später aus dem konservativen Lager Stimmen zu sammeln. Die CDU dagegen verschläft die christliche Nächstenliebe. – So weit meine Vorbemerkungen.

(Beifall bei der Linken – Jochen Ott [SPD]: Alles falsch!)

Wir haben kein Flüchtlingsproblem, sondern ein städtisches Problem, die Geflüchteten menschenwürdig aufzunehmen. In der Kölner Flüchtlingspolitik steht der Rat nackt da.

(Bernd Petelkau [CDU]: Das ist doch falsch!)

Es gibt keine Mindeststandards und keine langfristige Strategie. Die Unterbringung ist nicht nur kurzfristig unwürdig, sondern die Umsiedlung in Wohnungen verbaut. Vier Jahre leben heute Kölner Flüchtlinge in Heimen, bevor sie eine Wohnung beziehen können. Wie wird das in der Zukunft aussehen? Die städtische Hilfe ist mangelhaft, auch wenn sich die Verwaltung Mühe gibt. Viele Kinder können nicht die Schule besuchen, und die Traumatisierung vieler Geflüchteter wird hinten angestellt.

Für all dies brauchen wir konkrete Beurteilungen und konkrete Lösungen. Wir, die Politik und die Verwaltung, wir müssen unsere Hausaufgaben machen und nicht die Flüchtlinge. Wir müssen die Geflüchteten schützen und ihnen eine Chance geben, in Köln mitmachen zu können.

(Beifall bei der Linken und von Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Wir brauchen mehr Solidarität und Würde gegenüber den Geflüchteten. Wir Linke finden es würdelos, wenn die bürgerlichen Parteien in ihrem Viererantrag die Umkehr der Beweislast für unerlaubt eingereiste Flüchtlinge, insbesondere Sinti und Roma, fordern, um sie gezielt aus Köln in andere Orte zu verteilen. Das ist keine Verteilungsgerechtigkeit, sondern die Stigmatisierung einer Volksgruppe.

(Beifall bei Teilen der Linken)

Köln kann und wird mehr Flüchtlinge aufnehmen. Viele Hundert Menschen engagieren sich bereits heute, und es werden noch mehr werden. Deshalb sollte der Rat der Stadt Köln finanzielle Mittel für ein Zentrum für Willkommenskultur auch tatsächlich zur Verfügung stellen, statt den engagierten Kölnerinnen und Kölnern Vorschriften zu machen, etwa, dass sie immer erst beim Bür-

geramt anrufen sollen. Wir müssen Eigeninitiative stärken und nicht besserwisserisch sein. Da unterscheidet sich unser Antrag ganz deutlich von dem Antrag der großen Vier.

(Beifall bei der Linken)

Die Vorschläge im Antrag von Linken, Piraten und Deinen Freunden zielen darauf ab, konkrete Maßnahmen zu beschließen, die kurzfristig eine Verbesserung bewirken können. Den Vorschlag, Wohnpatenschaften mit Wohnungsunternehmen einzugehen, haben wir bereits im Mai gemacht. Wenn jedes der 320 Wohnungsunternehmen nur eine Wohnung für Familien zum normalen Mietpreis zur Verfügung stellen würde, könnten wir insgesamt 1 500 Flüchtlinge unterbringen.

Um die Rechte der Flüchtlinge zu stärken, fordern wir in unserem Antrag, dem Antrag von Linken, Piraten und Deinen Freunden, eine Ombudsperson, die die Flüchtlinge, aber auch die Anwohnerinnen und Anwohner anrufen können.

Die Verwaltung geht nunmehr davon aus, dass in jedem Monat 250 Flüchtlinge zusätzlich nach Köln kommen; das sind 3 000 im Jahr, Tendenz steigend. Deshalb unterstützen wir den Runden Tisch für Flüchtlingsfragen in seiner Forderung, ein Verwaltungskonzept zu erarbeiten. Wie wollen wir denn die 2 000 Flüchtlinge unterbringen, die im nächsten Jahr kommen werden? Darauf geben die Verwaltungsvorlagen keine Antwort. Das ist eine offene Frage, die wir lösen müssen. Wir brauchen ein Konzept, wie wir die Mangelverwaltung überwinden können. Wir brauchen soziale Standards und eine Strategie, wie und wann wir wieder unsere Leitlinien zur Richtschnur des Handelns machen können. Die Bemerkung im Viererantrag – ich zitiere – „Zelte sind zu vermeiden“ ist in dieser Hinsicht eine Bankrotterklärung.

(Beifall bei der Linken und von Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Wir Linke haben das Thema Flüchtlinge immer wieder in den Rat eingebracht. Seichte und hohle Anträge helfen uns nicht weiter, sondern nur konkrete Hilfen, eine selbstverwaltete Willkommenskultur und ein langfristiges Konzept für eine humane, menschliche Flüchtlingspolitik. – Danke schön.

(Beifall bei der Linken und von Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann kommen wir zu Frau Hoyer von der Fraktion der FDP.

<**Katja Hoyer (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Bevor ich hier ans Rednerpult getreten bin, habe ich schon heute Morgen gesagt: Ich freue mich sehr, dass wir in Zeiten von PEGIDA und Bogida – oder wie sich diese Bewegungen auch in anderen Städten nennen – heute hier in diesem Rat über verschiedene Gruppen und Fraktionen hinweg ein Zeichen für Toleranz, Willkommenskultur und Aufgeschlossenheit zeigen.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Detjen, auch wenn ich Ihren Antrag nicht unterstütze, unterstelle ich Ihnen genau das Gleiche; ich weiß, dass Sie dort auch aufgeschlossen sind. Deswegen muss ich schon sagen: Dass Sie unseren Antrag eben als „würdelos“ bezeichnet haben, entspricht eigentlich nicht dem Umgangston,

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

den ich sonst auch von Ihnen gewohnt bin, Herr Detjen. Auch wenn es heute zwei unterschiedliche Anträge gibt, sollten wir hier im Rat anständig miteinander umgehen, vor allem auch anständig mit den Flüchtlingen umgehen.

Ich bin froh, dass hier im Rat bereits die verschiedenen Verantwortlichkeiten benannt worden sind – sowohl die Verantwortlichkeit, die wir selber als Stadt Köln zu erfüllen haben, als auch die Verantwortlichkeiten von Bund und Land. Es ist natürlich verständlich, dass jeder ein paar Scharmützel führt: Die Bundesregierung sagt, das Land mache zu wenig; auch die Kollegin von der CDU sagte eben, das Land mache zu wenig. Ich glaube, sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene ist noch Luft nach oben.

(Beifall bei der FDP und von Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen])

Herr Oberbürgermeister, Sie haben heute in Ihrer Rede zur Einbringung des Haushalts deutlich gemacht, dass es Länder gibt, in denen die Kommunen ihre Kosten ganz anders abrechnen können, als es hier in Nordrhein-Westfalen der Fall ist.

Wir haben diesen Antrag sehr gerne unterstützt, auch weil eine zentrale Forderung der FDP mit aufgenommen worden ist – Sie haben sie gerade eben stark kritisiert, Herr Detjen –, nämlich die Verteilung der Flüchtlinge. Denn wir fordern schon seit langer Zeit, dass die unerlaubt Eingereisten mit auf die Quote angerechnet werden. Diese Forderung richtet sich nicht gegen irgendwelche Menschen. Es geht uns einfach um Gerechtigkeit in diesem Lande: Alle Städte müssen gleichermaßen Lasten tragen.

(Beifall bei der FDP und von Dr. Jürgen Strahl [CDU])

Das war der Hintergrund unserer Forderung.

Zur Verteilung der Flüchtlinge und deren Unterbringung. Sie haben uns eben kritisiert, nach dem Motto: Sie haben kein Konzept, Sie haben keine Ideen. – Ich glaube, Sie haben den Antrag wirklich nicht gelesen. Denn sonst wüssten Sie: Da stehen ganz neue Ideen drin, zum Beispiel die Themen der Unterbringung im Kölner Umland oder – ich weiß, dass das hochemotional gesehen wird – auf Hotelschiffen.

(Beifall bei Teilen der SPD)

All dies steht in diesem Antrag. Ich glaube schon, dass wir uns nicht vorwerfen lassen müssen, keine Fantasie entwickelt zu haben.

Zum Thema Willkommensinitiativen und Willkommenskultur. Ich glaube, dass es so, wie es im Antrag angesprochen wird, genau der richtige Mix ist: Zentral vor Ort sind es die Bürgerämter; aber natürlich gibt es auch das Zentrum für Willkommenskultur, das sich stadtweit darum kümmert, dass Integration gelingt. Die Gegebenheiten vor Ort kennen die Bürgerämter und Sozialraumkoordinatoren jedoch besser. Deswegen ist die Aufteilung, wie sie in diesem Antrag formuliert ist, auch richtig; sie ist richtig gut.

(Beifall bei der FDP)

Auf einen Punkt, den die Kollegin Heuser eben angesprochen hat, möchte ich noch eingehen. Da habe ich schon ein bisschen gezuckt. Ich glaube, Herr Paetzold hat genau richtig ausgeführt, wie wir mit baurechtlichen Fragen umzugehen haben: Wir brauchen da Beschleunigung; wir können nicht ewig lange darauf warten, dass gebaut werden kann. Aber mit Ihrer Forderung nach einem Automatismus – nach dem Motto: Wir machen jetzt ein zweites kooperatives Baulandmodell für Flüchtlinge – schießen Sie über das Ziel hinaus. Dafür werden Sie keine Unterstützung der FDP bekommen.

(Beifall bei der FDP – Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das steht doch im Antrag drin!)

Die Debatte über die Unterbringung der Flüchtlinge überlagert aufgrund der momentan in der Tat hohen Zahlen eine andere, wirklich wichtige Frage, nämlich: Wie integrieren wir die Flüchtlinge? Die soziale Integration mag deshalb manchmal ein wenig zu kurz kommen. Das ist in diesem Antrag in zwei sehr wesentlichen Bereichen, die mir beide sehr am Herzen liegen, sehr gut zum Ausdruck gekommen. Ich glaube, der Schlüssel zur Integration ist die Frage von Bildung und Qualifikation. Bei den Kindern betrifft das die Schule; im Antrag wird einiges dazu gesagt. Herr Detjen, auch Ihr Vorwurf, da werde nichts gemacht, ist nicht richtig. Sie waren selbst beim Runden Tisch für Flüchtlingsfragen und haben gehört, dass wir monatlich zehn Vorbereitungsklassen einrichten; das entspricht der Schülerzahl einer kleinen Grundschule. Jeden Monat werden in der Stadt Köln zehn Vorbereitungsklassen eingerichtet – das kann man auch einmal würdigen, dafür kann man sich bei der Verwaltung bedanken.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der SPD)

Für das Thema der beruflichen Förderung gilt das Gleiche: Durch Qualifikation, durch Sprachförderung – Frau Gärtner hat es angesprochen –, durch Praktika schaffen wir die Möglichkeit, die Leute in den Arbeitsmarkt zu bringen. Das ist der beste Weg, damit sich die Leute hier nachhaltig zu Hause fühlen. Wir haben ein Fachkräfteproblem; das dürfen wir nicht verkennen. Es gibt sehr viele hochqualifizierte Flüchtlinge, die wir so aufnehmen können, die so ihren Lebensweg finden können.

Abschließend möchte ich etwas zur Beschlussvorlage sagen. Wir werden ihr zustimmen, einschließlich der Änderungen, die im Sozialausschuss beschlossen wurden. Gestatten Sie mir drei kurze Anmerkungen:

Die erste Anmerkung geht in Richtung von Frau Gärtner. Auch wir wünschen uns, dass die vorgehaltenen Hotelkapazitäten reduziert werden, sobald die Einrichtungen in der Brohler Straße und der Trierer Straße fertiggestellt sind.

Zweite Anmerkung: Beim Thema Verteilungsgerechtigkeit – das ist auch ein Punkt in unserem gemeinsamen Antrag – muss man natürlich auch das Thema Rondorf ansprechen dürfen. Der Anlage der Verwaltung entnehmen wir, dass nach

der Realisierung der Standorte der Anteil der Flüchtlinge bei 2,3 Prozent der Wohnbevölkerung liegen wird. Das ist sehr hoch; da ist der Pater-Prinz-Weg noch gar nicht mit eingerechnet. Wenn wir es wirklich ernst meinen, müssen wir in Zukunft darauf achten, bei Standorten in Rondorf mit Bedacht vorzugehen.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Eine dritte Anmerkung ist mir sehr wichtig. Ich habe das gestern schon im Sozialausschuss angesprochen und bin bei den Kollegen der Grünen und der SPD dort auf offene Ohren gestoßen. Sie haben einen Änderungsantrag eingebracht – den unterstützen wir heute auch –, in dem Sie zwei konkrete Standorte in Lindenthal bzw. Ehrenfeld – das ist ja immer noch strittig – und in Rodenkirchen vorschlagen. Wir würden wirklich darum bitten, dass alle Parteien es so handhaben, wie wir es in der Vergangenheit gemacht haben: Wenn man das Gefühl hat, dass es da eine Option, einen Standort gibt, möge man ihn bitte der Verwaltung nennen; sie kann das dann prüfen. Es kann aber nicht sein, dass wir hier jetzt einen allgemeinen Wettlauf beginnen, bei dem jeder – sei es die CDU auf der einen Seite oder die SPD auf der anderen Seite – versucht, einen noch besseren Standort zu benennen. Ich glaube, das wäre nicht im Sinne einer seriösen politischen Auseinandersetzung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der SPD und der CDU)>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Frau Hoyer. – Wir kommen zu Frau Wolter von der Gruppe pro Köln.

<**Judith Wolter** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer! Über 30 neue Asylbewerberunterkünfte sollen in Köln in den nächsten Monaten und Jahren in Rekordzeit aus dem Boden gestampft werden – über die Köpfe der betroffenen Anwohner hinweg, denen bewusst keinerlei Mitspracherecht eingeräumt wird. Lediglich im Rahmen sogenannter Informationsabende werden die Bürger der Veedel vor vollendete Tatsachen gestellt und von organisierten Asyllobbyisten zu einer Willkommenskultur aufgefordert. In diesen über 30 neuen Asylbewerberheimen werden über 3 000 Personen Platz finden.

Gleichzeitig hat die Stadtverwaltung auf Anfrage von pro Köln heute eine interessant ähnlich hohe

Zahl mitgeteilt. Aktuell befinden sich demnach 3 213 sogenannte geduldete Ausländer in Köln, Personen also, die nach dem Aufenthaltsgesetz eigentlich ausreisepflichtig wären, aber trotzdem nicht abgeschoben, sondern stattdessen geduldet werden. Darunter befinden sich natürlich auch viele ehemalige Asylbewerber, deren Verfahren eben nicht positiv verlaufen sind, die also nicht wirklich im Sinne des Grundgesetzes asylberechtigt sind.

Genau hier setzt unsere Kritik an. Köln und ganz Deutschland können nicht das Weltsozialamt sein. Wir dürfen nicht noch zusätzliche Anreize für Armuts- und Wirtschaftsflüchtlinge aus aller Herren Länder schaffen, deren menschliche Not sowieso schon von Schleuserbanden und einer ganzen Asylindustrie ausgenutzt wird. Rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber dürfen nicht geduldet werden, sondern gehören zügig abgeschoben, so wie es das Gesetz vorsieht. Dies ist nicht nur eine Notwendigkeit gegenüber den wirklich politisch Verfolgten, denen natürlich ein Asylrecht zusteht; dies ist auch eine Notwendigkeit gegenüber dem Kölner Steuerzahler und den Anwohnern, die die verfehlte Asylpolitik der Altparteien ausbaden dürfen.

Anwohner müssen mit Lärm, Vermüllung, steigender Kriminalitätsbelastung und sinkenden Immobilienpreisen dafür haften, die Steuerzahler insgesamt mit den astronomischen Summen, die für die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern notwendig werden. Über 100 Millionen Euro sollen es im Jahr 2014 insgesamt werden, davon nach Abzug der Landeszuschüsse als Eigenausgaben bereits über 60 Millionen Euro. Es ist daher eine absolute Notwendigkeit und längst überfällig, dass die unsägliche Duldungspraxis der Kölner Ausländerbehörde endlich gestoppt wird. Entsprechende Anweisungen von der Stadtspitze an die weisungsgebundenen Beamten müssen durch einen gegenteiligen Ratsbeschluss aufgehoben werden; diesen beantragen wir vorliegend. Ich zähle hier insbesondere auch auf die Zustimmung durch Parteien wie CDU oder AfD.

Wir werden die übrigen Anträge zu diesem Thema ablehnen. Sie enthalten zwar teilweise sinnvolle Maßnahmen und Forderungen – so sollte es zum Beispiel eine Selbstverständlichkeit sein, dass die Zahl unerlaubt eingereister Personen auf die Quote angerechnet wird, wenn sie einen Antrag auf Asyl gestellt haben –, überwiegend halten wir Ihre Flüchtlingspolitik jedoch für verfehlt. Insbesondere trägt sie nicht zur Integration bei und hilft auch den wirklichen Flüchtlingen nicht. Die wenigen Personen nämlich, deren An-

träge auf Asyl tatsächlich begründet sind, verdienen selbstverständlich, dass wir sie hier willkommen heißen, sie adäquat unterbringen und versorgen. Das können wir aber wegen der hohen Anzahl unbegründeter Asylanträge nicht. – Danke schön.>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen dann zu Frau Gerlach von der Gruppe der Piraten.

<**Lisa Hanna Gerlach** (Piraten): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als die Linken vor ein paar Wochen mit der Idee zu diesem Antrag auf uns zukamen, waren wir sofort bereit, mitzumachen. Es ist zu den Themen Unterbringung, Auszugsmanagement und dezentraler Unterbringung sowie zur Willkommenskultur viel gesagt worden. Ich glaube, dem können wir zustimmen, sofern es nicht von pro Köln kommt.

(Beifall von Thomas Hegenbarth [Piraten] sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Tatsache ist allerdings auch, dass die Flüchtlinge derzeit in Turnhallen oder in ehemaligen Baumärkten untergebracht werden müssen. Es wäre großartig, wenn sich das durch die Maßnahmen, die wir heute hoffentlich beschließen werden, sehr schnell ändern würde. Denn eine Lagerunterkunft dauert in Köln immer noch im Schnitt vier Jahre; das hat Kollege Detjen belegt. Gut ein Drittel der Menschen, für die in Deutschland Asyl beantragt wird, sind Kinder; sie sind nicht selten weniger als fünf Jahre alt. Die lagerartige Unterbringung macht nicht nur die Kinder krank; sie bietet ihnen auch keine Möglichkeiten und verursacht enorme Kosten.

(Beifall von Thomas Hegenbarth [Piraten])

Unter anderem müssen wir die Sammelunterkünfte auch vor rechtsextremen Angriffen schützen. Köln ist neben Duisburg die Stadt mit den meisten rechtsextremen Protesten gegen Flüchtlinge. Das ist beschämend. Einfach mal unsere Großeltern fragen! Nicht wenige von ihnen wissen noch, wie es ist, selber Flüchtling zu sein: Man wünscht sich einen Neubeginn und nicht das Ende aller Möglichkeiten auf dem Abstellgleis Flüchtlingsheim.

(Beifall von Thomas Hegenbarth [Piraten] sowie bei der Linken)

Wir müssen daher den Dialog mit den Kölner Bürgern suchen und sie besser informieren, und wir müssen für eine Willkommenskultur werben. Gleichzeitig müssen wir den Flüchtlingen menschenwürdige Unterbringung, Bildung und gesunde Lebensbedingungen ermöglichen. Lieber durch Vorbeugung mögliche Konflikte gar nicht erst entstehen lassen, als die viel ärgerlicheren Spätfolgen zu beseitigen!

Für diejenigen, die nur die Zahlen im Blick haben: Konflikte zu lösen, Bildung erst spät zu vermitteln oder chronisch kranke Menschen wieder gesund zu machen, kostet uns viel mehr, als wenn wir von vornherein die Voraussetzungen dafür schaffen, dass diese Probleme überhaupt nicht eintreten.

(Beifall von Thomas Hegenbarth [Piraten])

Die angespannte Wohnungssituation in Köln ist ja nicht das einzige Problem. Besonders hervorheben möchte ich unsere Forderungen nach einer Ombudsperson, nach einer Krankenkarte und nach einer Förderung der Willkommensinitiativen.

Dass Ombudspersonen unverzichtbar sind, haben die Skandale der letzten Monate leider gezeigt. Es ist für Flüchtlinge sehr schwer, sich mit ihren Anliegen an die Heimbetreiber zu wenden. Sie haben oft Angst, sich zu beschweren, weil sie Sanktionen befürchten. Deshalb ist es wichtig, dass es eine unabhängige Vertrauensperson als Ombudsperson hier in Köln, in unserer Stadt, gibt.

(Beifall von Thomas Hegenbarth [Piraten] und Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde] sowie bei der Linken)

Nun komme ich zur Krankenversicherungskarte für Asylbewerber. Sie ist nichts Neues. In Bremen wird es bereits so gehandhabt. In Münster wurde ihre Einführung letzte Woche angekündigt. Es werden noch viele, viele Städte folgen. Im Landtag wird es im April eine spannende Anhörung zum Thema Krankenversicherungskarte für Asylbewerber geben. Lassen Sie uns bitte hier in Köln mit großen Schritten vorangehen! Es kann nicht sein, dass Menschen in Deutschland per Gesetz einen eingeschränkten Anspruch auf gesundheitliche Versorgung haben. Der Anspruch auf medizinische Versorgung leitet sich ab aus der im Grundgesetz verankerten Garantie der Menschenwürde, dem Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit. Bitte beenden Sie, dass Eltern mit ihren kranken Kindern zuerst

zum Amt müssen, bevor sie einen Arzt aufsuchen können! Bitte beenden Sie, dass Strukturen versagen, als wären wir hier in Köln in einem Entwicklungsland! Bitte helfen Sie den Flüchtlingen! Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von Thomas Hegenbarth [Piraten] und Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde] sowie bei der Linken)>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Frau Gerlach. – Wir kommen dann zu Herrn Zimmermann von Deine Freunde.

<**Thor-Geir Zimmermann** (Deine Freunde): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Zuschauer auf der Tribüne und an den Bildschirmen! Für alle, die später eingeschaltet haben und es vielleicht etwas verwirrend finden: Es werden hier mehrere Anträge gleichzeitig behandelt. Ich spreche für den Antrag, den wir gemeinsam mit den Piraten und den Linken gestellt haben. Es gibt noch einen anderen großen gemeinsamen Antrag, nämlich den Antrag von SPD, Grünen, CDU und FDP. Diese beiden Anträge unterscheiden sich nicht in ihrer Zielrichtung. Aber wir glauben, dass unser Antrag bessere Vorschläge, andere Vorschläge enthält, Vorschläge, die den anderen Antrag ergänzen; Lisa Gerlach hat gerade schon einige Punkte genannt. Wir bitten selbstverständlich um Zustimmung zu unserem Antrag.

Der Antrag der großen Vier enthält eben auch den Punkt 3 – Stichwort: Umkehr der Beweispflicht; ich bitte Sie, das einmal nachzulesen –, dem wir so nicht zustimmen können. Daher werden sich zumindest Deine Freunde bei der Abstimmung über diesen Punkt enthalten.

(Beifall bei der Linken sowie von Thomas Hegenbarth [Piraten])

Dass wir heute erneut über in Köln lebende Flüchtlinge sprechen, liegt nicht daran, dass in den Medien und in der Gesellschaft aktuell eine große Debatte geführt wird. Der entscheidende Grund ist, dass unsere Stadt bei der Betreuung der uns in Obhut gegebenen Menschen leider große Defizite aufweist. Wir wissen, wie schwierig es für die Verwaltung ist, für Flüchtlinge adäquaten Wohnraum, der den von uns selbst gesetzten Standards entspricht, zur Verfügung zu stellen.

Doch es geht nicht nur darum, dass Flüchtlinge ein Dach über dem Kopf bekommen, sondern es geht auch darum, wie wir den Begriff „Willkommenskultur“ mit Inhalten füllen. Wer hilft ihnen im Alltag? Wer hilft bei Behördengängen? Wie kommen sie überhaupt zu einem Amt? Wer veranstaltet Deutschkurse? Was tun bei Krankheit? Und an wen können sich Flüchtlinge und ihre Nachbarn wenden, wenn sie sich ungerecht behandelt fühlen oder es Konflikte gibt? Es gibt bei all diesen Themenfeldern eine große Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung, ob bei ehrenamtlich tätigen Privatpersonen, Initiativen oder Hilfsorganisationen.

Beide heute hier vorliegenden Anträge versuchen, die Hilfe zu bündeln, sie besser zu koordinieren, damit sie am Ende beim Einzelnen ankommt. Einen ersten Koordinierungsversuch unternahm mit anderen unsere Kollegin im Rat, Frau Schmerbach. Vielen Dank auch an dieser Stelle dafür! Am 1. Dezember fand im Bürgerzentrum Ehrenfeld eine erste Veranstaltung zur Vernetzung der verschiedenen Initiativen und Personen untereinander und direkt mit den Ehrenfelder Flüchtlingsunterkünften statt. Erste Ergebnisse zeigte diese Veranstaltung sofort: Heute um 18 Uhr werden 300 Weihnachtsgeschenkzuten für Flüchtlingskinder gepackt. Gestern wurden vier große Anhänger voll mit Sachspenden an die Unterkunft in der Herkulesstraße übergeben.

Die entsprechende Sammelaktion des Hostels Weltempfänger fand einen überwältigenden Zuspruch, zeigte zugleich aber auch bestehende Defizite auf. Viele Spenderinnen und Spender erwähnten, dass sie sich vorher an die Stadt oder bekannte Hilfsorganisationen gewandt hatten, aber zum Teil nie eine Antwort erhalten haben. Es ist vielen Kölnerinnen und Kölnern, obwohl sie dringend helfen möchten, bis heute nicht klar, wie sie dies tun können und welche Möglichkeiten sie haben. So fehlt zum Beispiel auf der eigentlich lobenswerten Seite der Stadt Köln zur Flüchtlingsthematik jeder Hinweis, an wen man sich wenden kann, wenn man Wohnraum zur Verfügung stellen möchte. Wenn unsere Stadt auch nicht jede Hilfe leisten kann, so ist es doch eine wenn auch nur kleine, aber sehr wirksame Aufgabe, ehrenamtliche und professionelle Hilfe besser zu koordinieren. Für jeden Euro und jede Arbeitsstunde, die die Stadt hier investiert, werden Flüchtlinge ein Vielfaches zurückbekommen.

Unser Antrag ist Teil einer Willkommenskultur, die wir erst aufbauen müssen: Rassismus und Fremdenfeindlichkeit abbauen, Hass und Gewalt

ein klares Nein entgegensetzen, aber selbstverständlich auch die Sorgen und Nöte aller unserer Einwohnerinnen und Einwohner ernst nehmen. Unsere Solidarität gilt allen.

(Beifall bei der Linken und von Thomas Hegenbarth [Piraten])

Drei Aspekte unseres Antrags möchte ich hervorheben, da diese im anderen Antrag fehlen. Die Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage der Grünen zur Krankenversicherungskarte ist ermutigend. Wir erwarten nun aber auch als Ergebnis eine Umsetzung bzw. eine Vorlage für den Rat. Um unseren Auftrag an die Verwaltung zu bekräftigen und noch deutlicher zu machen, bitte ich Sie, Punkt 7 unseres Antrags zuzustimmen.

(Beifall bei Teilen der Linken)

Es fehlt bislang an einer Ombudsperson für Flüchtlinge und deren Nachbarn. Wir wollen dringend eine solche Stelle schaffen. Sie schafft Vertrauen und die Möglichkeit, Konflikte frühzeitig zu erkennen und zu lösen. Daher bitte ich Sie, Punkt 5 unseres Antrags zuzustimmen.

(Beifall bei der Linken)

Flüchtlinge brauchen schneller einen Köln-Pass und bessere Mobilität, um am Leben in Köln teilnehmen zu können. Das ist Punkt 8 unseres Antrags; auch hierfür bitte ich um Zustimmung.

Die Botschaft an die Verwaltung sollte nach der heutigen Ratssitzung klar sein: Der Rat wünscht sich eine bessere Betreuung der bei uns lebenden Flüchtlinge. Ehrenamtliches Engagement wird aus der Bevölkerung angeboten, von unserer Stadt gewünscht, angenommen und in Zukunft bestmöglich koordiniert.

Es ist vollkommen klar, dass große Teile der Verwaltung schon große Arbeit leisten. Dennoch sollte sich die Verwaltung *beide* Anträge zu Herzen nehmen. Sagen Sie uns, dem Rat, und Kölns Einwohnerinnen und Einwohnern, wie wir besser Hilfe leisten können. Solchen Beschlussvorlagen werden Deine Freunde in künftigen Ratssitzungen gerne zustimmen.

Ich komme zum Schluss. Sorgen und Nöte haben Flüchtlinge genug. Lassen Sie uns ihnen helfen, ihre Probleme zu überwinden! Dazu gehört selbstverständlich eine gute Gesundheitsversorgung, aber auch Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, damit es genauso facettenreich werden kann wie unseres. – Danke für unsere Aufmerksamkeit.

(Heiterkeit)

- Für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der Linken und von Thomas Hegenbarth [Piraten])

Ich habe noch einen kleinen Änderungsantrag zum Antrag von SPD, Grünen, CDU und FDP. Wir beantragen, den Satz in Punkt 10 umzuformulieren. Der neue Satz soll lauten: „Flüchtlinge werden nicht in Zelten untergebracht.“ – Danke schön.

(Beifall bei der Linken)>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich würde jetzt gern der Beigeordneten Reker das Wort geben.

**<Beigeordnete Henriette Reker:** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bitte gestatten Sie mir einige Anmerkungen.

Zunächst zu Ihnen, liebe Frau Gärtner: Sie finden den Auszug aus dem Entwurf der Niederschrift der Sondersitzung des Sozialausschusses schon auf Ihren Tischen. Dort ist festgehalten – das entspricht auch meiner deutlichen Erinnerung –, dass in der Protokollnotiz, die Sie angelegt haben, steht, die Verwaltung solle bei der Trierer Straße und der Brohler Straße nach Fertigstellung der Unterkünfte *prüfen*, ob es notwendig sei, die Hotels in unmittelbarer Nachbarschaft weiter für die Flüchtlingsunterbringung zu nutzen. – Dort steht nicht, die Verwaltung solle diese aufgeben. Dem ist so zugestimmt worden. Beschlossen wird ja eine solche Protokollnotiz nicht. Aber ich habe Ihnen daraufhin auch direkt zugesagt: Das werden wir tun. Denn es entspricht dem, was wir wollen: eine ausgewogene Verteilung durchführen.

Auch Ihnen, Frau Hoyer, möchte ich antworten. Es ist tatsächlich so, dass Rondorf auf einen Anteil von 2,92 Prozent kommt, allerdings unter Einrechnung des Pater-Prinz-Weges; ich habe es eben in meiner Tabelle nachgeschaut.

Frau Gerlach möchte ich antworten: Wir verhandeln derzeit schon über die Krankenversicherungskarte für Flüchtlinge. Das machen wir gemeinsam mit der Stadt Münster, die das noch nicht durchgesetzt hat; es wurde letzte Woche als Antrag eingebracht.

Nun zu Ihnen, Herr Detjen.

(Heiterkeit)

Wenn Sie mir gestatten, zu replizieren: Sie haben gesagt, die Verwaltung sei sehr bemüht. Wenn man hört, man sei sehr bemüht, ist man häufig nicht sehr erfreut.

(Heiterkeit bei Brigitta von Bülow  
[Bündnis 90/Die Grünen])

Deswegen möchte ich Ihnen gerne antworten: Ich bedanke mich sehr für Ihre Unterstützung, aber gut gemeint ist das Gegenteil von gut.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP sowie bei Teilen der SPD)

Wir haben mit der Vorlage, die wir Ihnen heute zum Beschluss vorlegen, nicht vor, unsere Aufgabe fallen zu lassen; vielmehr akquirieren wir manchmal mehrfach wöchentlich Unterbringungsmöglichkeiten. Die selbst aufgestellte Prognose von 250 Personen pro Monat – wie gesagt, in die Zukunft gerichtet; ich hoffe, dass wir mit dieser Prognose besser liegen als mit der Prognose des letzten Jahres – ist mit dem Flüchtlingsrat abgestimmt. Wir wissen, dass wir im nächsten Jahr noch 2 000 Plätze schaffen müssen. Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dürfen Sie damit rechnen, alsbald eine neue Vorlage der Verwaltung zu erhalten, in der es wiederum um Flüchtlingsunterkünfte gehen wird.

Wenn Sie gestatten, Herr Oberbürgermeister, würde ich gern zu den Worten unseres Erzbischofs in der Presse Stellung nehmen, die zum einen die Unterbringung betrafen, zum anderen den Umgang mit den Angeboten der katholischen Kirche. Zunächst zu den Umständen der Unterbringung: Ich teile die Kritik des Erzbischofs. Nur habe ich im Gegensatz zu unserem Herrn Erzbischof zu verantworten, dass die Menschen ein Dach über dem Kopf bekommen. Im Moment ist uns keine andere Realisierung möglich. Mir wäre es sehr recht, wenn dies möglich wäre; aber es geht nicht. Deswegen kann ich nur sagen: Ich strebe es an, dieser Kritik gerecht zu werden.

Zu den Angeboten möchte ich Ihnen Folgendes sagen: Sie sehen mich ratlos, insbesondere hinsichtlich der Presseberichterstattung. Wenn der Erzbischof von seinem Erzbistum spricht, verstehen die Kölner „Köln“, die Presse offensichtlich auch.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist unser Problem!)

Der Erzbischof meint aber mehr. Wenn er von zehn Immobilienangeboten spricht, dann muss man feststellen: Alle Immobilien bis auf das Klarissenkloster liegen nicht in Köln.

Es gab zum Beispiel das Angebot aus Lindlar. Ich hätte es sehr gerne angenommen; aber der Bürgermeister von Lindlar hat mir dann über den stellvertretenden Regierungspräsidenten mitteilen lassen, die Stadt Lindlar würde dort die ihr selbst zugewiesenen Flüchtlinge unterbringen – ich sage jetzt mal: obwohl sie gar nicht so viele haben. Aber ich habe das zu akzeptieren. Wir müssen uns an die Richtlinien zur Unterbringung halten.

Zum Thema „Menschen gegen Steine, Klarissenkloster“ möchte ich Ihnen mitteilen: Bei den Vorschriften des Denkmalschutzes handelt es sich um unmittelbar geltendes Recht. Eine Bewilligung muss im Benehmen – so steht es im Gesetz – mit dem Landschaftsverband erfolgen.

(Beifall von Dr. Ralph Elster [CDU])

Selbst bei großzügigster Ermessensauslegung hat der Vertreter der Landeskonservatorien mitgeteilt, dass ein Abriss des Klausurgebäudes nicht genehmigungsfähig sei.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Muss ja auch nicht!)

Wir streben weiterhin das integrative Wohnprojekt und die Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche an; aber ein Grundstück in Kalk, bisher drei vermittelte Wohnungen in diesem Jahr und fünf weitere Wohnungen sind noch nicht die Hilfestellung, wie wir sie uns vorstellen. Ich habe vergessen, die Wohnung von Pfarrer Meurer zu erwähnen; auch die wird helfen.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich aber bei Ihnen sehr, dass Sie hier insgesamt einen großen gesellschaftlichen Konsens herstellen. Denn es ist wichtig, dass der Rat hier mit einer Stimme spricht und das in die Stadtgesellschaft trägt, die sich übrigens immer weiter in Richtung Willkommenskultur bewegt; darüber bin ich sehr froh. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der SPD und der FDP)>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich rufe die Punkte einzeln auf.

Zunächst zur Abstimmung über den Antrag der Linken, Piraten und Deine Freunde unter 3.1.2. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Linke, Herr Zimmermann, die Piraten. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist der Antrag so abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Gruppe pro Köln unter 3.1.4. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Gruppe pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Dann ist das so abgelehnt.

Nun kommen wir zum Antrag unter 3.1.7. Dazu hat Herr Zimmermann, Deine Freunde, einen Ersetzungsantrag zu Punkt 10 eingebracht. Dieser soll wie folgt geändert werden: „Flüchtlinge werden nicht in Zelten untergebracht.“ – Über diesen Antrag müssen wir zunächst abstimmen. Wer für den Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Piraten, Herr Zimmermann und die Linke. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Dann ist das so abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 3.1.7. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der SPD, das ist die Fraktion der Grünen, das ist die Fraktion der CDU, das ist die Fraktion der FDP, das ist Herr Henseler, das ist die AfD. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der Piraten und von Herrn Zimmermann ist dieser Antrag mit sehr großer Mehrheit angenommen. Ich bedanke mich ganz herzlich dafür.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP, der AfD und von Andreas Henseler [Freie Wähler Köln])

Wir fahren mit den Abstimmungen fort.

Als Nächstes stimmen wir über die Vorlage unter 10.20 ab, Abstimmung wie Sozialausschuss. Frau Reker hat gerade die Protokollnotiz erklärt. Wer gegen diesen Beschlussvorschlag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Gruppe pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen.

gen. Dann ist das mit sehr großer Mehrheit angenommen. Ich bedanke mich ganz herzlich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Aufgerufen waren des Weiteren insgesamt vier Anfragen, zu denen Ihnen jeweils eine schriftliche Antwort der Verwaltung vorliegt. Gibt es von den Anfragenden noch Zusatzfragen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so erledigt.

Wir fahren jetzt in der Reihenfolge der Tagesordnung fort. Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.1 auf:

**3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Rhein-Ruhr-Express – Halt am Bahnhof Köln-Mülheim“  
AN/1765/2014**

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich rufe zunächst Herrn Ott auf.

<**Jochen Ott** (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Haltepunkt Mülheim wird bleiben. Heute geht allerdings ein weiteres starkes Signal von diesem Rat aus, das deutlich macht: Wir wollen den Halt des RRX in Mülheim.

(Beifall bei Teilen der SPD und der Linken sowie von Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen])

Wir haben das Ziel, eine Machbarkeitsstudie erstellen zu lassen, um damit zwei Dinge zu erledigen: Zum einen müssen wir deutlich machen, wie wenig finanzieller Einsatz nötig ist, um einen Halt des RRX in Mülheim möglich zu machen. Zum Zweiten müssen wir die Bedeutung dieses Knotenpunkts für den Nahverkehr im Rechtsrheinischen deutlich hervorheben. Es soll den Regierungen in Düsseldorf und in Berlin zeigen: Liebe Freunde, alle objektiven Erwägungen sind in Ordnung, es ist auch wichtig, dass der RRX insgesamt nicht gefährdet wird, aber – um es mit den Worten eines bedeutenden Kanzlers zu sagen – entscheidend ist, was hinten rauskommt. Hinten rauskommen muss der Halt des RRX in Mülheim auch nach 2030. Denn bis 2030 ist der Halt effektiv gesichert.

Wir wissen auch von der Bahn, dass sie großen Wert legt auf diesen Halt. Unsere Aufgabe ist es, bis dahin systematisch dafür zu sorgen, dass der RRX-Halt beschlossen wird. Wir haben deshalb

mit allen Kölner Abgeordneten im Landtag und im Bundestag ein gemeinsames Schreiben unter Abstimmung mit Bezirksbürgermeister Fuchs und Oberbürgermeister Roters an die Verkehrsminister in Bund und Land geschickt. Alle Fraktionen – die kölschen Fraktionen kann man an dieser Stelle sagen – haben gemeinsam für Mülheim geworben, übrigens mit den Kolleginnen und Kollegen Bundestagsabgeordneten aus Mülheim-Leverkusen. Eingeweihte wissen, dass das nicht ganz leicht war. Aber das Entscheidende bei der RRX-Geschichte ist, uns nicht gegen andere zu profilieren, sondern unsere eigenen Stärken in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen, und zwar landes- und bundesweit.

(Martin Börschel [SPD]: So ist es!)

Der Bund hat noch nicht geantwortet; es ist auch erst ein Jahr her, es kann noch kommen. Fakt ist: Der Bund wartet auf die Bewertung des Bundesverkehrswegeplans. Das Land hat geantwortet und deutlich gemacht, dass zunächst der RRX gesichert werden muss, was auch logisch ist; denn wenn es den RRX nicht gibt, brauchen wir auch nicht über Haltestellen zu sprechen.

Insofern war das wichtigste Ziel der Verkehrspolitik aller Fraktionen, dafür zu sorgen, dass wir bloß keine negativen schriftlichen Antworten bekommen, sondern gemeinsam mit den Geschäftsführern und den Fraktionen im NVR in aller Ruhe dafür zu sorgen, diesen Halt möglich zu machen und gemeinsam auf allen Ebenen dafür einzustehen. Deshalb brauchen wir hier an dieser Stelle auch keinen Populismus, egal von wem. Wichtig ist, festzuhalten: Der Halt muss kommen. Wir setzen uns gemeinsam als Kölner dafür ein.

(Beifall bei Teilen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Werte Kolleginnen und Kollegen, dann kamen die Demonstrationen der Menschen, und zwar ganz zu Recht. Es ist wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Positionen deutlich machen. Am selben Tag, am 18. September, gab es eine Sitzung des Landesverkehrsausschusses, in der die Bahn ihre Projekte vorgestellt hat. Bei dieser Diskussion ist dummerweise von einem CDU-Kollegen aus Oberhausen gesagt worden, der Zug könne ja nicht an jeder Kaffeeklappe, an jedem Kirchturm halten, woraufhin etwas Unmut aufkam. Der Kollege kannte die Kölner Linie einfach nicht, auch nicht von seinen Kölner Kollegen. Insofern muss man ihm zurufen: Schon klar, aber am Mülheimer Halt steigen wesentlich mehr

Menschen um als am Hauptbahnhof Oberhausen;

(Heiterkeit bei Martin Börschel [SPD])

das muss man klar im Blick haben. – Das zeigt: Es gibt im Land und im Bund auch andere Interessen.

Deshalb ist es so wichtig, dass die Kölner Linie tatsächlich die Kölner Linie bleibt. Die Kölner CDU hat vor kurzem bei einer Veranstaltung vor Ort auch noch einmal die Kölner Linie bestätigt. Ich halte es für ganz wichtig, dass wir nicht hassenfüßig sind, dass wir nicht gegeneinander arbeiten. Hier geht es um eine wichtige Infrastrukturfrage für unsere Stadt. Wir müssen sie gemeinsam angehen. Deshalb sollten die beiden zentralen Botschaften dieser Ratssitzung sein:

Erstens. Es geht nach vorne für Mülheim. Der Halt Mülheim ist gesichert, und er wird gesichert.

Zweitens. Der Halt wird über 2030 hinaus zu sichern sein.

Wir wissen, dass wir die Bahn an unserer Seite haben. Wir wissen aber auch, dass wir die Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen im Bundesverkehrswegeplan nächstes Jahr abwarten müssen. Wir werden mit dieser Machbarkeitsstudie jetzt knallhart die Fakten auf den Tisch legen und mit diesen Fakten gemeinsam dafür werben. Lassen wir uns nicht verunsichern von anderen Städten, die irgendetwas machen! Lassen wir uns nicht verunsichern von irgendwelchen Leuten, die irgendwelche Briefe schreiben und irgendwas erzählen! Lassen Sie uns gemeinsam selbstbewusst sagen: Dieser Halt wird kommen, weil er einfach sinnvoll ist, weil er vernünftig ist. Das haben wir oft genug festgehalten.

Ich frage Sie zum Schluss: Welcher Landesverkehrsminister und welcher Bundesverkehrsminister wird diesen Mülheimer Halt am Ende nicht wollen, wenn er vom RRX, der dann schon seit zehn Jahren auf der Strecke verkehrt, sowieso schon ständig angefahren wird? – Also: Der Halt wird kommen. Lasst uns selbstbewusst nach vorne gehen und heute dieses starke Signal senden: Gemeinsam mit dem NVR wird die Stadt Köln diesen wichtigen Halt sichern. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Ott. – Herr Michel.

**<Dirk Michel** (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Vertreter der Verwaltung! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Mobilitätsbedürfnis auf den westlichen Verkehrsadern, insbesondere im Korridor Köln–Düsseldorf, ist sehr hoch. Unsere Landes- und Bundespolitiker kämpfen deshalb gemeinsam für einen langfristigen Haltepunkt des Rhein-Ruhr-Express am Bahnhof Mülheim. Dieser Standort ist neben der Förderung der Haltestelle Berliner Straße ein weiterer Baustein für den wichtigen Knotenpunkt Mülheim mit seiner großen Bedeutung für die Wachstumsregion Köln, das Bergische Land und das Oberbergische Land.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Die Herstellung der Infrastruktur setzt die Förderung des Bundes und die Erfüllung des Baurechts voraus. Wir wollen nicht den Infrastrukturausbau gemäß Bundesstudie 2006 infrage stellen. Sonst würden wir das Gesamtprojekt im Umfang von 2,2 Milliarden Euro gefährden. Dennoch brauchen wir die Machbarkeitsstudie, um nicht gegenüber Düsseldorf-Benrath ins Hintertreffen zu geraten, aber vor allem, um die vielen guten Argumente für Mülheim klarer herauszustellen.

(Beifall von Dr. Ralph Elster [CDU])

Die Planfeststellungsverfahren verlaufen gut, sind aber auch schon weit fortgeschritten. Was uns Hoffnung gibt, ist, dass Köln-Mülheim in der Sensitivitätsuntersuchung im Rahmen des Bundesverkehrswegeplans mit betrachtet wird. Durch die Fahrzeugbestellung und die Vergabe werden die RRX-Züge sowieso bis 2030 auf den alten RE-Linien fahren. Also haben wir 15 Jahre Zeit, den Haltepunkt auf Dauer zu sichern.

Dieses Projekt ist ein großer Anreiz für die Metropolregion. Der Infrastrukturschienerausbau fördert den Industrieaufbau und die Stadtentwicklung. Ich bedanke mich bei allen, die dieses Projekt von Anfang an begleitet und vorangetrieben haben. Ich denke da besonders an Horst Noack. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU sowie bei Teilen der SPD)>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke. – Dann kommen wir zu Herrn Wolter.

**<Andreas Wolter** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Niemand hier in die-

ser Runde und schon gar keiner in Mülheim kann sich vorstellen, dass nach Herstellung der Infrastruktur für den RRX dieser in Köln-Mülheim nicht mehr halten wird. Wir wollen, dass der Bahnhof weiterhin – und das über 2030 hinaus – ein bedeutender Bahnhof für den Regionalverkehr bleibt und nicht zu einem S-Bahnhof degradiert wird. Das hat der Rat auch schon in der vorletzten Wahlperiode, im Jahr 2009, so beschlossen.

Wir wissen, dass die Mittel, die aus dem Berliner Verkehrsministerium nur sehr spärlich nach Nordrhein-Westfalen fließen, für den überregionalen Verkehr des RRX vorgesehen sind. Deshalb müssen wir – das ist eben schon gesagt worden – aufpassen, dass wir das Finanzierungskonstrukt insgesamt, sofern von der Berliner Seite nichts daran geändert wird, nicht gefährden.

Nachdem in den letzten Jahren zu den Stopps in Hauptbahnhöfen auch noch Stopps in Watten-scheid, in Mülheim an der Ruhr und in Leverkusen hinzugekommen sind, ist nun auch Düsseldorf mit Benrath vorgeprescht und hat eine Planstudie in Auftrag gegeben. Damit machen sie nun Druck. Das sollte man nicht auf die leichte Schulter nehmen. Wenn das Ergebnis dieser Kosten-Nutzen-Studie größer ist als eins – die Zahl kennen wir ja von der Nord-Süd-U-Bahn –, dann wird dieser Halt in den Verkehrswegeplan aufgenommen; dann könnte es vielleicht eng werden für Mülheim. Deshalb müssen wir da jetzt reagieren.

Wir brauchen jetzt eine Fahrplanstudie und eine Planung der notwendigen Infrastrukturkosten, um Köln-Mülheim RRX-tauglich zu machen. Dabei streben wir auch eine Beteiligung des NVR an. Im Übrigen werden wir uns daran gewöhnen müssen, bei Infrastrukturprojekten, insbesondere bei denen des SPNV, mit Planstudien in Vorleistung treten zu müssen, insbesondere jetzt wegen der ungeklärten Gesetzeslage bei der Infrastrukturförderung durch den Bund.

Wir haben uns in jeder Ratssitzung dieser Wahlperiode mit dem Thema Infrastruktur und deren Kapazitäten beschäftigt. Das zeigt, wie sehr der Schuh an dem Punkt drückt. Mal waren hier die Brücken ein Thema; vor allen Dingen ging es aber um die Infrastruktur. Wir müssen auch vor dem Hintergrund einer wachsenden Stadt und einer ebenfalls wachsenden Region jetzt darauf setzen, uns mit solchen Planstudien, wie wir sie jetzt hier in Auftrag geben wollen, gegenüber dem Bund, aber auch gegenüber dem Land in Stellung zu bringen, damit Investitionsmittel bei

uns zeitnah verbaut werden können, wenn sie uns denn zur Verfügung gestellt werden. Nicht nur Düsseldorf geht da in Vorleistung; das tun auch andere Städte, vor allem im Süden der Republik, aber auch die Bundesländer. Von daher müssen wir sehen, dass uns fertige Planungen vorliegen, wenn dieser Finanzierungsstau vielleicht in absehbarer Zeit aufgehoben wird.

Für die Bewältigung der Mobilität ist es erforderlich, dass wir offensiver gegenüber Bund und Land auftreten. Mehrere Hunderttausend Menschen pendeln täglich nach Köln herein, und sie pendeln zunehmend – es ist mittlerweile auch schon eine große sechsstellige Zahl – auch aus Köln heraus. In Mülheim haben wir es mit einem besonderen Phänomen zu tun: Leute, die aus dem Bergischen Kreis hereintpendeln, steigen dort um und fahren dann mit dem Regionalverkehr weiter. Das, meine Damen und Herren, können KVB und S-Bahn schlicht und ergreifend nicht bewältigen. Ich denke, das wäre den Leuten auch nicht zuzumuten.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses  
90/Die Grünen und der Linken)

Wenn wir wollen, dass mehr Leute auf die Bahn umsteigen, dann geht das nur mit einem besseren Angebot. Die Verteilungsfrage stellt sich übrigens nicht nur bezogen auf den Bund; sie stellt sich auch bezogen auf NRW. Ich nenne noch einmal das Stichwort Wachstumsregion. Wir brauchen mehr Mittel vom Land, die in die Region des NVR fließen.

Ich habe hier ein Flugblatt der Initiative „RRX für Mülheim“.

(Der Redner hält ein Flugblatt hoch)

Dort werden die richtigen Fragen gestellt. So wird gefragt:

Wie soll sich ein strukturschwacher Stadtteil ... entwickeln, wenn dieser ... verkehrstechnisch lahmgelegt wird?

Diese Frage stellt die Initiative völlig zu Recht. Sie stellt auch die richtige Forderung nach einem Halt des Regionalverkehrs – ich sage: mindestens – im bisherigen Umfang. Wenn die Entwicklung so weitergeht, brauchen wir da sogar noch mehr Halte.

Ein Letztes noch: In dem Flugblatt ist davon die Rede, dass der RRX ab 2018 nicht mehr in Mülheim hält. Uns ist, glaube ich, allen klar, dass der Vorlaufbetrieb den Status quo bislang aufrechterhält. So langsam, wie die finanzielle Förderung

der Infrastrukturmaßnahmen bedauerlicherweise nun einmal ist, wird es mindestens bis 2025 oder 2030 dauern, bis es so weit ist; bis 2030 geht es erst einmal so weiter wie bisher. Das ist an der Stelle der einzig positive Punkt. Damit möchte ich schließen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses  
90/Die Grünen)>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Wolter. – Wir kommen zu Herrn Weisenstein von der Fraktion Die Linke.

**<Michael Weisenstein (Die Linke.):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Mülheim wird in den nächsten Jahren stark wachsen. Im Süden Mülheims werden mehrere Tausend neue Wohnungen gebaut. Es werden auch Arbeitsplätze entstehen. Nach wie vor ist nicht klar, was auf dem Güterbahnhofs Gelände in Mülheim geschehen wird. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass auch dort viele Menschen Arbeit finden werden. Mehr Bewohnerinnen und Bewohner und mehr Arbeitsplätze bedeuten auch mehr Verkehr, mehr Ein- und mehr Auspendler.

Wenn die Ziele von „Köln mobil 2025“ erreicht werden sollen, nämlich dass 60 Prozent der Verkehre im Umweltverbund abgewickelt werden, muss der öffentliche Nah- und Fernverkehr verbessert werden. Der RRX ist ein attraktives Verkehrsmittel für die Region. Dieses Verkehrsmittel kann helfen, Pendler zwischen Rhein und Ruhr vom Auto in den Zug zu bekommen.

Der Mülheimer Bahnhof ist heute schon ein wichtiger Verbindungspunkt zwischen lokalem und regionalem Verkehr. Fährt der RRX ohne Halt durch Mülheim, wird der Mülheimer Bahnhof an Bedeutung verlieren. Die Folge: Viele Mülheimerinnen und Mülheimer werden mit dem Auto zur Arbeit nach Düsseldorf oder ins Ruhrgebiet fahren. Viele Menschen, die in Mülheim wohnen und in den angrenzenden Stadtteilen oder in Bergisch Gladbach oder sonst wo im Bergischen Land arbeiten, werden dann wieder das Auto statt dem Zug nehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Oberbürgermeister, liebe Antragsteller, Ihre Parteifreunde in Berlin und in Düsseldorf sitzen an den Töpfen. Die müssen Sie überzeugen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei Teilen der Linken)

Da möchte ich insbesondere Herrn Ott und Herrn Börschel ansprechen. Im Hinblick auf Infrastrukturmaßnahmen haben wir schon häufig gehört – auch vom KVB-Chef –, dass eigentlich alle Verkehrspolitiker parteiübergreifend die Notwendigkeit von Investitionen in die Infrastruktur auf dem Schirm haben und sie ihnen wichtig sind. – Sie nicken, Herr Börschel; das freut mich. – Ich möchte an Sie appellieren: Sprechen Sie auch die Leute an, die in den Regierungen in Düsseldorf und in Berlin für die Finanzen zuständig sind!

(Jochen Ott [SPD]: Die Finanzpolitiker auch!)

Denn nur mit einer soliden Finanzierung werden wir solche Infrastrukturmaßnahmen hinbekommen.

(Jochen Ott [SPD]: Darum geht's beim RRX überhaupt gar nicht!)

Uns bringt die schwarze Null von Schäuble nichts, wenn wir immer nur sparen, statt in die Infrastruktur zu investieren. Von daher noch einmal mein Appell: Bitte werfen Sie Ihr Gewicht auch bei den Finanzpolitikern in Düsseldorf und in Berlin in die Waagschale! – Danke schön.

(Beifall bei der Linken)>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Herr Weisenstein. – Wir kommen zu Herrn Houben.

**<Reinhard Houben (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Diesem Antrag kann man nur zustimmen. Ich möchte auf das eingehen, worauf Bürgermeister Wolter und Herr Weisenstein hingewiesen haben: Die Konfliktlinie zwischen den Verkehrspolitikern gibt es eigentlich nicht mehr.

Die Argumente sind hier vollkommen richtig dargestellt worden. Mülheim als Stadtteil ist eigentlich schon eine Großstadt, wenn man es singular betrachtet. Das muss man vielleicht auch einmal gegenüber dem Land formulieren. Mülheim hat mehr als 100 000 Einwohner, ist also im Grunde eine Großstadt.

Ich finde die Diskussion, ob der RRX da nun halten kann, ob wir eine Untersuchung brauchen und bei ihr gegebenenfalls das berühmte Ergebnis von 1,0 herauskommt, etwas irrig. Entscheidend in der jetzigen Situation ist doch die Frage:

Wie finanzieren wir unseren öffentlichen Personennahverkehr, gerade den Schienenverkehr? Es hat entsprechende Diskussionen bei der KVB gegeben. Es hat entsprechende Diskussionen beim VRS gegeben, zum Glück auch mit einer gewissen Reaktion der Öffentlichkeit.

Also, meine Damen und Herren: Die Aufgabe ist nicht, die Verkehrspolitiker in Berlin und Düsseldorf zu überzeugen, sondern hauptsächlich den Finanzminister in Berlin. In dem Falle muss man natürlich ganz konkret die Kollegen von der CDU ansprechen; sie müssten eigentlich den direktesten Draht zu ihm haben.

(Beifall von Michael Frenzel [SPD])

Wir brauchen Klarheit, was die Finanzierung dieser Investitionsmaßnahmen angeht. Deswegen ist die erste Adresse Herr Schäuble.

(Martin Börschel [SPD]: Wir können ja nicht alles regeln!)

Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung, Kollege Wolter. Wir kommen jetzt gleich zum Thema Brücken. Eigentlich würden genau die Argumente, die Sie eben vorgebracht haben, auch für die weitere Planung von Brücken sprechen. Wir haben uns hier auf einen anderen Weg geeinigt. Aber ich fand Ihre Argumentation schon interessant. Mit Ihren Argumenten hätten Sie sich auch sehr gut für den nachfolgenden Antrag einsetzen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der FDP)>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Houben. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer gegen diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Niemand. Wer Enthält sich? – Ebenfalls niemand. Einstimmig angenommen. Ein gutes Signal auf der Fahrstrecke!

(Beifall bei Teilen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wir kommen dann zum Tagesordnungspunkt 3.1.3:

**3.1.3 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Eine neue Rheinbrücke für Köln" AN/1754/2014**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion AN/1815/2014**

Ich gebe das Wort an Herrn Sterck von der Fraktion der FDP.

(Jochen Ott [SPD]: Unsere Brückenbauer!)

<**Ralph Sterck** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt eine Schlagzeile aus dem *Express* vom 18. November dieses Jahres. Da schreibt ein Leser: Herr OB, bauen Sie eine neue Rheinbrücke! – Unser OB hat dafür durchaus ein offenes Ohr.

(Zuruf von der SPD)

- Was nicht heißt, dass der OB seine Anregungen an die FDP-Fraktion weitergibt. Ich will ihn jetzt nicht vollkommen diskreditieren.

(Heiterkeit bei Teilen der SPD)

Aber er hat in seiner Haushaltsrede eben gesagt – ich darf zitieren – :

Wo schrumpfende Städte ihre Leistungen der Daseinsvorsorge zurückfahren, ihre öffentlichen Einrichtungen zurückbauen, da bauen wir unsere Infrastruktur und unser Leistungsangebot für die Bürger aus – zum Beispiel im Verkehrsbereich.

Neben der Sanierung brauchen wir auch einen weiteren Ausbau unserer Verkehrswege.

(Beifall bei der FDP – Jochen Ott [SPD]: Was spricht dagegen?)

Genau darum geht es.

(Jochen Ott [SPD]: Alles richtig!)

- Alles richtig.

(Heiterkeit)

Genau darum geht es: um die Verkehrswege. Und ein Nadelöhr auf diesen Verkehrswegen ist natürlich der Rhein.

Wenn wir uns unsere Brückeninfrastruktur anschauen, dann stellen wir fest, dass alle Brücken aus den ersten 20 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg stammen. Die jüngste Brücke – ich war selber überrascht – ist die Zoobrücke, die im Jahre 1966 eröffnet wurde. Das heißt also: Seit fast 50 Jahren ist in Sachen Infrastruktur in Köln nichts passiert, um dieses Nadelöhr zu überbrü-

cken. Die letzte Erweiterung – das muss man natürlich auch zugestehen – gab es bei der Rodenkirchener Autobahnbrücke im Jahre 1996, also auch schon vor fast 20 Jahren.

(Jochen Ott [SPD]: Die Deutzer auch!)

- Die Deutzer Brücke auch, zehn Jahre zuvor; die Hohenzollernbrücke auch. Ich will nicht versäumen, es zu erwähnen.

(Jochen Ott [SPD]: Hör mal, wann bist du denn gebaut worden?)

Wir stellen fest: Wir haben aktuell Engpässe, und wir werden in Zukunft weitere Engpässe haben, wegen der Sanierungen und wegen des zunehmenden Mobilitätsbedarfs, der für unsere Stadt, unsere Region, aber auch weit darüber hinaus von Bedeutung ist.

Das ist die Ausgangslage für unsere Initiative. Wir hatten das Thema vor zwölf Jahren schon einmal aufgebracht. Es gab 2002 den Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses, damals insbesondere von der CDU mitgetragen, untersuchen zu lassen, wo der Brückenbau am sinnvollsten ist. Die Verwaltung hat – noch unter Oberbürgermeister Schramma – mehrere Standorte geprüft. Vier Standorte sind in die engere Wahl gekommen. Nach Gesprächen mit der Region und den Nachbarkreisen hat man dann gesagt: Der Standort zwischen Godorf und Köln-Langel ist unser Favorit. – Man hat es mit einer Gemeinschaftsinitiative der Kreise und auch mit Unterstützung der Wirtschaft immerhin dazu gebracht, dass dieser Standort in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen worden ist. So weit, so gut.

Dann aber hat der Verkehrsausschuss des Rates 2012 mit rot-grüner Mehrheit beschlossen, genau diesen Standort – den einzigen, der nach dieser Prüfung übrig geblieben war – abzulehnen, wodurch für uns die Frage im Grunde wieder offen war und wir wieder auf den StEA-Beschluss von 2002 zurückkamen.

(Jochen Ott [SPD]: So ein Quatsch!)

Denn selbst wenn der Standort in Godorf ausscheidet, müssen wir ja irgendetwas machen, wenn wir die Verkehrsinfrastruktur ausbauen wollen. – Das war die Ausgangslage unseres Antrages, wie wir ihn heute vorgelegt haben.

Unser Antrag beinhaltet eine Untersuchung. Er trifft keine Aussage zum Standort. Es heißt dort nicht: Wir bauen eine Brücke. – Wir beantragen nur eine Untersuchung, inwieweit der Bau einer

Brücke verkehrlich Sinn machen und an welchem der verschiedenen Standorte dieser den meisten Nutzen bringen würde. – Das war sozusagen der gestrige Stand unserer Initiative.

Aber Politik bewegt sich. Ich freue mich, dass sich auch die Fraktionen hier im Rat bewegt haben.

(Jochen Ott [SPD]: Wir bewegen uns seit Jahren!)

- Ja, das ist sehr schön. Ich höre vom Kollegen Ott: Die SPD bewegt sich. –

(Beifall von der FDP – Jochen Ott [SPD]: Seit 150 Jahren!)

Vielleicht auch wegen der aktuellen Lage oder der aktuellen Prognosen sagt Rot-Grün nach zwei Jahren plötzlich: Der Standort Godorf/Langel ist vielleicht doch gar nicht so schlecht; das können wir machen.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist doch absurd!)

- Das soll jetzt gar kein Vorwurf sein. Man kann schlauer werden. Das ist wunderbar.

Insofern wird es jetzt einen Änderungsantrag geben – die CDU hat das in den letzten Tagen auch schon propagiert –, und zwar von den vier Fraktionen der SPD, der CDU, der Grünen und FDP, in dem wir diesen Standort wieder favorisieren.

Dies hat sicherlich zwei Vorteile: Zum einen ist die Realisierung an diesem Standort sicherlich zehn Jahre schneller möglich als an jedem anderen Standort, weil wir im Hinblick auf die Planung und den Bundesverkehrswegeplan schon so weit vorangekommen sind. Der zweite Vorteil ist, dass die Umgehungsstraße in Zündorf, die für den Porzer Süden auch wegen der Erweiterung der Wohnbauflächen so wichtig ist, wesentlich wahrscheinlicher wird, wenn es dort diese Brücke gibt.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Die kommt doch nicht! Das ist doch Quatsch! Unglaublich!)

Deswegen macht diese Brücke sicherlich Sinn, und deswegen werden wir das heute hier mit breiter Mehrheit beschließen.

(Jochen Ott [SPD]: Die habt ihr leider versenkt! Die hat Schwarz-Gelb leider versenkt!)

Wenn spätere Generationen von Kommunalpolitikern weiteren Bedarf für Brückenstandorte sehen, kann man die von uns angeregte Untersuchung immer noch machen. Heute geht es darum, ein starkes Signal der Stadt Köln zu setzen, der größten Kommune im Land Nordrhein-Westfalen, nämlich dass wir einen weiteren Rheinübergang im Kölner Süden haben wollen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP – Jochen Ott [SPD]:  
War nicht gut!>>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön. – Wir kommen zu Frau dos Santos Herrmann.

**<Susana dos Santos Herrmann (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Sterck, wenn Sie schon in die Vergangenheit schauen und Forderungen wie die nach einer Umgehungsstraße in Zündorf stellen, dann sollten Sie nicht vergessen, zu erwähnen, dass eine Landesregierung – gewollt oder ungewollt, jedenfalls ziemlich dämlich – versäumt hat, die entsprechenden Weichen zu stellen.

(Beifall bei der SPD – Martin Börschel [SPD]: Das kann man wohl sagen!)

Das war die Regierung Rüttgers, die im Jahr 2007 eine entsprechende Priorisierung vorgenommen hat. Sie hat eine entsprechende Priorisierung vorgenommen, und damit war das Projekt 2007 gestorben.

(Jochen Ott [SPD]: So ist es!)

Ich weiß, dass Sie das nicht gerne hören. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns jetzt auf das Wesentliche konzentrieren.

Die Stadtverwaltung hat sich in Sachen „Brücke zwischen Godorf und Langel“ klar positioniert. Der Verkehrsausschuss hätte eigentlich gar nicht zustimmen müssen; es lag nicht in seiner Zuständigkeit. Es gab eine Beschlussvorlage. Was soll ich sagen? Irren ist menschlich; aber man sollte niemals im Irrtum verharren.

(Beifall bei der SPD)

Lieber Herr Sterck, sehen wir es doch einmal so: Heute haben wir Sie vor dem Beharren auf einem großen Fehler bewahrt.

(Zurufe von der FDP: Oh! – Jörg Detjen  
[Die Linke.]: Hört! Hört!)

Denn Sie wollten Utopien in die Welt setzen, die da lauten: Lasst uns mal drei, vier, vielleicht auch fünf oder sechs neue Brücken planen und uns damit von den Aufgaben ablenken lassen, die heute anstehen.

(Beifall bei der SPD)

Die wichtigste Aufgabe, die wir haben, um die Verkehrsinfrastruktur in Köln und um Köln herum fit zu machen, ist Sanierung und Erhalt. Darin sind wir uns glücklicherweise einig.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Es ist richtig, dass wir Mittel in die Sanierung stecken. Es ist auch richtig, sinnvolle Ergänzungen zu machen. Deswegen stimmen wir der Bekräftigung der Neuplanung dieser Brücke zwischen Godorf und Langel auch zu. Aber wir sollten uns nichts vormachen: Neue Planungen, selbst wenn sie im Bundesverkehrswegeplan durch die rot-grüne Landesregierung angemeldet worden sind, dauern länger. Wenn wir kurz- und mittelfristig etwas verbessern wollen, wenn wir die Engpässe auflösen wollen, so gut es eben geht, dann müssen wir heute sanieren und planen und dürfen nicht nachlassen, auch dann nicht, wenn vom Bund möglicherweise falsche Signale gesetzt werden, wie die Nichtbereitstellung von Mitteln, die die Kommunen und auch die Länder unbedingt brauchen, um ihren Aufgaben gerecht werden zu können.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Wenn wir also Engpässe aufheben wollen, wenn wir Verkehrsinfrastruktur verbessern wollen, dann ist unsere oberste Aufgabe Sanierung und Erhalt. Darüber hinaus müssen wir schauen – da gebe ich Ihnen recht –: Wo gibt es sinnvolle Ergänzungen? Deswegen stimmen wir diesem Kompromiss gerne zu, aber nur mit dem klaren Schwerpunkt Sanierung und Erhalt. Das ist unsere Aufgabe als kommunale Gebietskörperschaft, als Stadt Köln. Da haben wir unsere Aufgaben zu machen. Ich weiß, dass wir das tun und die Verwaltung mit viel Engagement daran arbeitet. Da wollen wir unseren Schwerpunkt setzen. Wir unterstützen natürlich die Forderung nach einer weiteren Brücke; denn da ist sie sinnvoll. Alles Weitere ist Utopie und verschenkte Zeit. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön. – Wir kommen zu Frau Roß-Belkner.

**<Monika Roß-Belkner (CDU):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als neues Ratsmitglied referiere ich hier nicht auf die Vergangenheit, sondern beziehe mich auf die Gegenwart.

(Beifall bei Teilen der CDU – Martin Börschel [SPD]: Zukunft wäre noch besser!)

Ohne Rheinbrücken wäre ein Leben in Köln heute undenkbar. Jeden Tag überqueren Hunderttausende Menschen in Fahrzeugen, Straßenbahnen und Zügen den Rhein. Diese Massenströme setzen eine intakte Infrastruktur voraus. Von daher sind die Brücken über den Rhein elementar für den Personentransport, aber auch für den Warenfluss. Jede Brücke mehr hat in den vergangenen Jahrzehnten zum Wohlstand und zur Attraktivität unserer Stadt beigetragen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dies soll so bleiben, und dies muss so bleiben. Doch die Wirklichkeit holt uns jeden Tag ein: desolater Zustand der Rheinbrücken, zunehmender Verkehr auf dem Kölner Autobahnring, Staus rund um Köln durch die Sanierung von Bauwerken. Hinzu kommen, wie schon erwähnt, ein stark geändertes Mobilitätsverhalten der Bürger und ein aller Unkenrufe und mancher Zukunftsszenarien zum Trotz weiterhin ansteigender Auto- und Schwerlastverkehr. Köln darf nicht zur Staustadt Deutschlands werden. Dieses Bild darf sich in den Köpfen der Menschen nicht festsetzen, vor allem nicht bei den Wirtschaftslenkern.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Eine Hiobsbotschaft das Traditionsunternehmen Stollwerck betreffend mussten wir heute wieder zur Kenntnis nehmen.

Köln braucht eine neue Brücke. Lassen Sie uns endlich Ja zu dieser Erkenntnis sagen und die jahrzehntelange Diskussion darüber zum Ergebnis führen! Köln – wir haben es gehört – ist nach wie vor eine wachsende Stadt. Insbesondere im Kölner Süden sind zahlreiche Neubaugebiete in Planung bzw. realisiert. Von daher muss gerade hier die Verkehrsinfrastruktur leistungsfähig ausgebaut werden.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Die geplanten Umgehungsstraßen beiderseits des Rheins können diese gravierenden Verkehrsprobleme allein nicht lösen; denn der Verkehr muss ja auch abfließen. Wir befürworten daher eine neue Brücke im Kölner Süden, zwischen Köln-Godorf und Köln-Porz-Langel, eine Verbindung zwischen der A 555 und der A 59.

Überregional wäre diese neue Brücke ebenfalls eine wichtige Verbindung und auch eine Entlastung für die bereits heute überstrapazierte Rodenkirchener Brücke. In diesem Bereich stehen auch ausreichend Flächen für notwendige Brückenköpfe und Anschlüsse zur Verfügung. Wir sollten uns vielleicht auch dafür einsetzen, dass diese Brücke ebenso für Fußgänger, Fahrradfahrer und Schienenfahrzeuge nutzbar ist.

Weitere Rheinbrücken sehen wir derzeit nicht.

(Beifall von Susana dos Santos Hermann)

Die Stadt selber hat in den nächsten Jahrzehnten alle Hände voll mit der Sanierung und Erhaltung der Stadtbrücken zu tun.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Als Autobahnbrücke zunächst konzipiert, würde diese neue Brücke den städtischen Haushalt weitgehend nicht belasten. Natürlich kostet die Brücke. Auch der Bund und das Land sind klamm. Natürlich kommt die Brücke nicht heute oder morgen. Aber es gilt, Visionen zu entwickeln und für die Zukunft zu planen. Ein solches Projekt ist auch ein regionales Projekt. Das ist ja das Tolle an der Sache: Die Region will das Projekt. Der Rhein-Sieg-Kreis will das Projekt. Der Rhein-Erft-Kreis will das Projekt. Auch die IHK und selbst der SPD-Minister Groschek wollen das Projekt.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Die Brücke ist im Bundesverkehrswegeplan als „zu untersuchen“ eingestellt. Da wäre es doch ein Super-GAU, wenn ausgerechnet die Stadt Köln sich diesem Projekt verweigern würde.

(Beifall bei der CDU sowie bei Teilen der FDP)

Eines sage ich auch: Ein reibungsloser Verkehrsfluss ist aktive Klima- und Sozialpolitik. Ständig laufende Motoren tragen nicht zur Luftverbesserung bei, und Mama und Papa verbringen ihre wertvolle Zeit sinnvoller mit den Kindern als stundenlang im Stau.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Nee, nee, nee! – Weiterer Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Sie können Rad fahren!)

Meine Damen und Herren, ich bin froh, dass aus dem Ersetzungsantrag der CDU in letzter Minute ein gemeinsamer Antrag der großen Fraktionen geworden ist.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Von daher: Lassen Sie uns das Projekt angehen!

(Jochen Ott [SPD]: Die Entscheidung fällt beim Bundesverkehrswegeplan! Da gibt es eine fachliche Bewertung von Projekten! Dann wissen wir, ob es wirtschaftlich ist! Dann können wir darüber streiten!)

Lassen Sie uns ein starkes Signal setzen! – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann kommen wir zu Herrn Hammer.

<**Lino Hammer** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es scheint ein bisschen so, als hätte ich in letzter Zeit immer wieder die Ehre, zu den Anträgen zu reden, die entweder jährlich kommen oder quasi schon Beschlusslage sind.

(Jochen Ott [SPD]: Wir meinen es gut mit dir!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, Ihr Antrag ist immerhin sehr sauber zitiert, sodass auf den ersten Blick klar wird: Neu ist all das, was Sie fordern, nicht.

(Zuruf von der FDP: Das Problem ist ja nicht gelöst! – Zuruf von der CDU: Oder hast du eine Brücke gesehen? – Heiterkeit)

Die Verwaltung hat – –

(Zuruf von Sylvia Laufenberg [FDP])

- Liebe Sylvia, die Verwaltung hat ja in den entsprechenden Beschlüssen noch einmal dargelegt, warum sie da verwaltungsseitig keinen weiteren Bedarf sieht. Genau das ist damals in der StEA-Sitzung von meinem ehemaligen Kollegen

Manfred Waddey gesagt worden: Wir können die ohnehin begrenzten Finanzmittel unserer Stadt sowie die Manpower der Verwaltung für sinnvollere Projekte einsetzen. Deswegen haben wir einen entsprechenden Änderungsantrag eingebracht, der besagt, dass eine weitere Standortprüfung über diese eine Brücke hinaus nicht stattfinden soll.

Wir haben es gerade eben in der Haushaltsrede noch einmal gehört: Wir bauen und sanieren momentan so viel wie fast nie zuvor. Ich denke, die Verwaltung hat schon jetzt genug damit zu tun, sich um all die Straßen und Brücken zu kümmern, die jahrzehntelang vernachlässigt wurden, beispielsweise um den Tunnel Grenzstraße und um das, was beim Projekt „Mülheimer Brücke“ vor uns liegt. Dahinter steckt genug Arbeit für die Verwaltung, sodass sie sich nicht auch noch darum kümmern kann, in der Stadt irgendwelche neuen Standorte für Brücken zu finden.

Sie haben sich unserem Änderungsantrag angeschlossen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP.

(Ulrich Breite [FDP]: Euer Änderungsantrag ist das nicht!)

- Unser aller gemeinsamer Antrag.

(Ulrich Breite [FDP]: Wir haben ja Weihnachten! – Gegenruf von Jochen Ott [SPD]: Populistisch war es doch genug! Ist doch gut!)

Ich möchte gern noch zwei, drei Sätze zu Ihrem Ursprungsantrag sagen, auch wenn er durch Ihre Unterstützung des anderen Antrags hinfällig wird; in gewisser Weise widersprechen Sie sich selbst. Sie zitieren in Ihrem Antrag die Shell-Mobilitätsstudie, die von einem Wachstum des Pkw-Verkehrs von ungefähr 4 Prozent ausgeht. Interessanterweise wirft diese Shell-Studie aber noch ganz andere Fragen auf, etwa ob es nicht sogar zu einem Ende des automobilen Wachstums kommt. Es wird da vom „Peak Car“ gesprochen. Ganz zukunftsweisend ist das, was Sie in Ihrem Ursprungsantrag fordern, also nicht; denn das Wachstum findet momentan nicht auf der Straße, sondern vor allem auf der Schiene und im Umweltverbund statt. Wenn wir in Infrastruktur investieren, müssen wir unseren Fokus genau darauf legen.

Wenn Sie mit gleich vier Vorschlägen für mögliche Brücken auf Kölner Stadtgebiet kommen

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: Standorte!)

- ja, mögliche Standorte; aber Sie haben sie alle eingebracht –, dann erinnert mich das an das Credo der autogerechten Stadt, das es in den 60ern und 70ern noch gab. Es zeugt nicht wirklich von verkehrspolitischem Weitblick.

Wir alle wissen: Verkehr zieht noch mehr Verkehr an. Man muss sich nur einmal die massiven Rampen der bestehenden Brücken anschauen, um eine Vorstellung davon zu bekommen, welche Auswirkungen eine weitere innerstädtische Brücke hätte.

In einem Teil Ihres Antrags hatten Sie aber doch recht: Sie schlugen vor, eine neue Brücke für den ÖPNV zu bauen bzw. die Brücke auch für den ÖPNV zu nutzen. Ich denke, das ist eine gute Sache. Insofern stimmt die Argumentation von Herrn Wolter, von der Sie meinten, man könne sie sehr gut für Ihren Antrag übernehmen – in dem Fall stimmt das wirklich. Wenn wir einen weiteren Brückenschlag machen und zum Beispiel die Linie 13 als echte Ringbahn in Köln führen könnten, wäre das noch ein bisschen nachhaltiger.

Ich denke also: Es ist Ihr gutes Recht, liebe FDP, sich mit teils populistischen Anträgen ein bisschen im Gespräch zu halten. Besonders innovativ und zukunftsweisend finde ich persönlich das jetzt nicht. Deswegen, wie gesagt, freut es uns sehr, dass Sie jetzt für diesen gemeinsamen Antrag zur Verfügung stehen.

Die Finanzierung der neuen Rheinbrücke, die bereits in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen worden ist, sollten wir denen überlassen, die am meisten davon profitieren – dem Landesbetrieb, dem Rhein-Erft-Kreis sowie den Städten Brühl und Wesseling –, damit wir uns hier auf unsere kommunalen Aufgaben konzentrieren und endlich den Sanierungsstau aufheben können. – Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön. – Wir kommen zu Herrn Weisenstein.

<**Michael Weisenstein** (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich mit meiner Rede anfangen will ich eine kurze Bemerkung an Herrn Sterck rich-

ten. Herr Sterck, ich war doch ziemlich entsetzt, dass Sie es mit Ihrer Rede nun doch geschafft haben, diese Autobahnbrücke, die Sie ja in Wirklichkeit gerne bauen wollen, mit den Neubauvorhaben in Zündorf in Verbindung zu bringen. Wir alle, auch Sie, Herr Sterck, wissen, wie groß – teilweise zu Recht – die Befürchtungen in Zündorf sind, was die verkehrliche Situation angeht. Sie wissen aber auch, Herr Sterck – deswegen ärgere ich mich so sehr darüber –, dass die Verwaltung zugesagt hat – wir haben keinen Anlass, daran zu zweifeln –: Bevor in Zündorf-Süd ein Stein auf den anderen gesetzt wird, wird die Linie 7 dorthin fahren und einen Entlastungsbeitrag leisten, auch die Umgehungsstraße wird in Angriff genommen, und es wird eine Buslinie zum S-Bahnhof Wahn eingerichtet. Von daher finde ich es wirklich nicht in Ordnung, Herr Sterck, mit Ihrem schwachen Antrag das Bauprojekt in Zündorf irgendwie infrage zu stellen oder in ein schlechtes Licht zu rücken. Das finde ich nicht gut.

(Beifall bei der Linken)

Meine Damen und Herren, engagierte Fachleute aus dem Bereich Verkehr kämpfen derzeit mit der Bundesregierung um jeden Euro. Der Finanzminister sitzt auf dem Geld. Er will in die Geschichtsbücher eingehen. Deshalb lässt er die Infrastruktur in Deutschland, insbesondere den Nahverkehr, verrotten.

In Köln gibt es eine ganze Reihe von sanierungsbedürftigen Verkehrsbauwerken. Vorletzte Woche haben die Herren Neweling und Harzen-dorf gemeinsam mit Herrn Höing einen Überblick über die anstehenden Sanierungen in Köln gegeben. Die Stadt ist in den nächsten Jahrzehnten mit der Sanierung und Ertüchtigung von städtischen Brücken beschäftigt. Kosten in dreistelliger Millionenhöhe kommen in den nächsten Jahren auf uns zu, und wir sprechen hier nur vom Erhalt und von der Ertüchtigung der Bauwerke.

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Fenske hat in einer unserer letzten Ratssitzungen sehr überzeugend dargestellt, dass die KVB allein für den Erhalt der Infrastruktur bei unserem Verkehrsunternehmen in den nächsten Jahren 1 Milliarde Euro braucht. Davon ist nicht 1 Euro für den Ausbau der Ost-West-Verbindung, die Verlängerung der Linie 7 nach Zündorf oder die Verlängerung der Linie 13 im Linksrheinischen bis zum Rhein vorgesehen.

Die Zweckverbandsversammlung des Nahverkehrs Rheinland hat letzte Woche die Förderung vieler Projekte gestrichen, darunter auch wichti-

ge Maßnahmen in Köln: die Bahnsteinanhebungen am Barbarossaplatz, die Verlängerung der Linie 3 in Bocklemünd und verschiedene Aufzugsnachrüstungen. Meine Damen und Herren, das ist die Lage des Verkehrs in Köln, aber das haben die Antragsteller hier und heute nicht begriffen.

Der vorliegende Antrag stellt immer noch den Autoverkehr in den Mittelpunkt. Das, meine Damen und Herren, ist keine nach vorn gerichtete Verkehrspolitik, sondern die rückwärtsgewandte Verkehrspolitik der 70er- und 80er-Jahre.

(Beifall bei der Linken)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Weisenstein, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Ott?

**Michael Weisenstein** (Die Linke.): Ja, gerne.>

**<Jochen Ott** (SPD): Kollege Weisenstein, ich wollte nur eine kurze Zwischenfrage stellen. Sie haben eben auf den Bund und die Verteilung der Mittel hingewiesen. Ihnen ist schon bewusst, dass insbesondere die Ostländer diejenigen sind, die in den ganzen Debatten um die Verteilung der Mittel gerade in den letzten Monaten ganz intensiv darauf bestanden haben, dass die Mittel nicht anders verteilt werden?

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: Ja, selbstverständlich!)

Sie haben ja gerade aufgeführt, für welche Projekte keine Gelder fließen können. Von daher wäre es gut, wenn auch Sie mithelfen würden – vielleicht nicht bei der Bundesregierung, aber auf Ihrem Bundesparteitag –,

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Bei Bodo Ramelow!)

dafür zu sorgen, dass es eine gerechte Verteilung der Mittel für die Verkehrsinfrastruktur gibt.

(Beifall bei der SPD)>

**<Michael Weisenstein** (Die Linke.): Herr Ott, ich merke, Ihnen gehen ein bisschen die Argumente aus. Ich kann das nachvollziehen: Sie haben einen grottenschlechten gemeinsamen Antrag eingebracht. Die Redebeiträge der Antragsteller waren völlig konträr. Deshalb müssen Sie jetzt na-

türlich in die Mottenkiste greifen und hinterrücks den Soli in die Diskussion einbringen.

(Beifall bei der Linken – Jochen Ott  
[SPD]: Den haben Sie doch selber gerade genannt!)

Aber ich will die Frage trotzdem gern beantworten.

Herr Ott, selbstverständlich ist es richtig und wichtig, dass Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen, insbesondere im ÖPNV, sowohl im Westen als auch im Osten so realisiert werden, dass ein funktionierender und zukunftsfähiger Verkehr möglich ist. Das ist doch wohl völlig klar, Herr Ott. Das wissen Sie genauso gut wie ich.

(Zuruf )

Aber das ist jetzt hier eine ganz andere Diskussion. Wir brauchen hier Mittel für die Verkehrsinfrastruktur. Sie und die von Ihnen mitgetragene Regierung in Berlin sitzen auf der schwarzen Null – das haben wir vorhin schon einmal gesagt – und ruinieren damit die öffentliche Infrastruktur. Tun Sie hier jetzt nicht so, als würde das am Solidaritätsbeitrag liegen.

(Beifall bei der Linken)

Herr Oberbürgermeister, jetzt müssen Sie mir aber noch ein bisschen Redezeit geben. Schließlich hatte Ihr Genosse eine Frage gestellt, die ich nicht einfach so stehen lassen konnte.

(Heiterkeit bei Teilen der SPD und der CDU)

- Oder darf man das nicht sagen? – Doch, selbstverständlich!

Zurück zur rückwärtsgewandten Verkehrspolitik der 70er- und 80er-Jahre. Herr Oberbürgermeister – jetzt nenne ich Sie wieder bei Ihrem Titel –, ich erinnere noch einmal an Ihr Vorwort in „Köln mobil 2025“ – das will ich künftig öfter machen –, weil Sie darin genau das Gegenteil dessen erklären, was die vier Fraktionen nun hier beantragen. Dort heißt es nämlich, dass wir alle uns dafür engagieren sollen, dass der Anteil des Umweltverbunds am gesamten Verkehrsaufkommen bis dahin auf mehr als 60 Prozent steigt. Das wird uns aber nicht gelingen, indem wir neue Autobahnbrücken fordern – obwohl die ohnehin nicht kommen werden, aber das ist eine andere Frage. Sei's drum: Allein schon die Forderung ist nicht richtig.

(Beifall bei der Linken)

Meine Damen und Herren, der unsägliche Antrag der FDP wurde ja Gott sei Dank einkassiert. Der andere Antrag ist nicht ehrlich, weil die vier Antragsteller völlig unterschiedlicher Meinung sind; sie trauen sich nur nicht, das hier offen zu sagen. Daher bitte ich Sie alle, diese beiden Anträge abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken sowie von  
Thomas Hegenbarth [Piraten] und Thor-  
Geir Zimmermann [Deine Freunde])>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Weisenstein. – Ich sehe noch eine weitere Wortmeldung. Herr Houben will wohl noch erwidern.

(Reinhard Houben [FDP]: Herr Genosse  
Weisenstein! – Heiterkeit)

- Ich habe es genossen.

<**Reinhard Houben** (FDP): „Lasst uns den Abend genießen, Genossen!“, sagte schon Heinz Erhardt. – Herr Weisenstein, es muss Sie irgendwie ins Mark getroffen haben. Natürlich hätten wir lieber unseren Originalantrag durchgesetzt. Aber es gehört zur politischen Intelligenz, dass man – wie Frau dos Santos Herrmann deutlich gemacht hat – die Chance nutzt und zugreift, wenn man Bewegung beim politischen Partner oder Gegner sieht.

Für uns, Herr Weisenstein, ist es ein Erfolg, wenn wir hier, zumindest was die Godorfer Brücke angeht, eine klare Aussage des Rates der Stadt Köln, eine breite Mehrheit bekommen. Das reicht uns in diesem Schritt erst einmal. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Zweitens. Herr Hammer, Ihr Beitrag war ein bisschen changierend.

(Heiterkeit bei der FDP)

Ja, „changierend“ würde ich es nennen. Die Bemerkung zur Ringbahnlinie 13 war ja vollkommen richtig; da scheinen wir sogar beieinander zu sein. Wenn wir unseren ÖPNV entwickeln wollen, wenn wir von einer links- und rechtsrheinischen Ringbahn sprechen, dann müssen wir das Problem lösen, wie und wo wir rechts- und linksrheinisch die Ringbahn zusammenführen. Das geht aber nicht durch Siemens-Luftanker, meine Damen und Herren, sondern nur durch eine Brücke oder eine andere Verbindung über den Rhein. Dass das nicht morgen geschieht

und wir es selbst nicht finanzieren können, wissen wir alle; das weiß sogar die FDP, meine Damen und Herren.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist erstaunlich!  
Hört! Hört!)

- Damit habe ich sogar den Kollegen Ott wieder aufgeweckt. Wunderbar!

(Jochen Ott [SPD]: Ich bin so begeistert  
von Ihrer Rede!)

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir zwei Bonmots:

Erstens. Die Stadt Venedig hat 170 Jahre gebraucht, um die Rialto-Brücke zu bauen. Ich glaube, wir sollten uns in Köln schon etwas engagiertere Ziele setzen.

Zweitens. Schon Konrad Adenauer hat die Mülheimer Brücke mit den Kommunisten gebaut. – In dem Sinne: Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU – Jochen Ott [SPD]: So doof sind wir heute nicht mehr!)>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Zimmermann hat noch eine Bemerkung. Danach kommen wir zur Abstimmung.

**<Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Nur ganz kurz vom Platz aus: Wir hatten den Ursprungsantrag der FDP für einen Spaßantrag gehalten, ähnlich dem Antrag zur Verlängerung der Weihnachtsmärkte bis Ostern. Wir können nur den Kopf schütteln, welch eigenartige Eigendynamik dieser Antrag jetzt bekommen hat: hin zu einem großen Antrag, auch wenn er nur einen Prüfauftrag enthält.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Der kommt noch!)

Ich denke, die Verwaltung hat eindeutig Besseres zu tun, als das zu prüfen. Wir haben andere Baustellen und andere Sorgen, als dafür Zeit und Energie zu verschwenden. Wir changieren nicht in der Frage; wir lehnen beide Anträge ab und können inhaltlich Herrn Weisenstein voll zustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei Teilen der Linken und von Thomas Hegenbarth [Piraten])>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Herr Zimmermann. – Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wir stimmen ab über den Ergänzungs- bzw. Ersetzungsantrag von SPD, CDU, Grünen und FDP. Wer gegen diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion Die Linke, das ist Herr Zimmermann, das sind die Piraten. Gibt es Enthaltungen? – Bei Enthaltung der AfD ist der Antrag angenommen.

Ich mache jetzt eine kleine Pause und bitte Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes, währenddessen die Sitzungsleitung zu übernehmen.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich rufe den Punkt 3.1.6 auf:

**3.1.6 Antrag der Gruppe pro Köln betreffend „Reduzierung der Vorstandsgehälter städtischer bzw. stadtnaher Unternehmen“  
AN/1706/2014**

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ja, bitte schön.

**<Judith Wolter (pro Köln):** Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie oft hat pro Köln in den letzten Jahren auf überzogene Gehälter und Aufsichtsratsvergütungen in den städtischen bzw. stadtnahen Unternehmen hingewiesen! Immer wieder wurden wir dafür von den etablierten Parteien als „Nestbeschmutzer“ und „Lügner“ beschimpft.

Nun bestätigte vor kurzem auch das ARD-Magazin *Monitor* das, was wir schon seit Jahren kritisiert haben. Die städtischen und stadtnahen Unternehmen, besonders die in Köln, werden dazu missbraucht, verdiente Funktionäre der Altparteien mit traumhaften Gehältern auf Vorstands- und Geschäftsführerposten zu belohnen – auf Kosten der Allgemeinheit und fern jeglicher wirtschaftlicher Rechtfertigungsgründe.

So haben die Redakteure allein in Köln fünf kommunale Unternehmen aufgelistet, bei denen das durchschnittliche jährliche Gehalt von Vorstandsmitgliedern um bis zu 200 000 Euro höher liegt, als es gemäß Branche und Größe des Unternehmens angemessen wäre. Eine bundesweite Auflistung der genauen Rechercheergebnisse findet man auf der Internetseite des Magazins. Allein in Köln listet *Monitor* fünf Auffälligkeiten bei der AWB, GAG, Koelnmesse, Rheinenergie und

KVB auf, in denen zudem nach unserer Erfahrung die Posten allzu oft nach Parteibuch statt Qualifikation vergeben werden.

Die Allgemeinheit darf also über Gebühr bezahlen, während die eigentlichen Kontrolleure in den Aufsichtsräten ebenfalls einen guten Schnitt mit hohen Aufwandsentschädigungen und Privilegien aller Art machen. Entsendet werden die meisten Aufsichtsratsmitglieder ebenfalls wieder von den Altparteien, wobei im Regelfall aktive Ratspolitiker in den Genuss der unverhältnismäßigen Alimentierung kommen – ein perfektes System, das sozusagen läuft wie geschmiert und abenteuerliche Personalentscheidungen wie im Falle des ehemaligen CDU-Vorsitzenden Reinartz hervorbringt, der es in einer rasanten Karriere vom Zugbegleiter zum KVB-Vorstand brachte.

Dem allgemein bekannten Klüngelsystem auf Kosten der Steuer- und Gebührenzahler muss endlich ein wirksamer Riegel vorgeschoben werden.

(Zuruf von Dr. Jürgen Strahl [CDU])

Deshalb unser heutiger Antrag, mit dem der Rat die von ihm in die Aufsichts- und Kontrollgremien städtischer bzw. stadtnaher Unternehmen entsandten Ratsmitglieder anweist, in diesen Gremien auf eine Reduzierung überhöhter Vorstandsgehälter hinzuwirken. Hierzu sollen diese Unternehmen zuvor durch unabhängige, vom Bund der Steuerzahler empfohlene Sachverständige eine markt- und leistungsgerechte Bezahlung ihrer Vorstände ermitteln lassen. Die dabei ermittelten überhöhten Vorstandsbezüge sollen danach, je nach den vertraglichen Möglichkeiten, abgebaut und spätestens bei neuen Vertragsabschlüssen auf ein markt- und leistungsgerechtes Niveau abgesenkt werden. Dafür bitte ich nun um Zustimmung. – Danke schön.>

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Hegenbarth, bitte.

<**Thomas Hegenbarth** (Piraten): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Etwas zeitversetzt, aber: Ab sofort werden wir ganz im Sinne von „Rechts gegen Rechts“ bei ausländer- und asylantenfeindlichen Anträgen 5 Euro spenden.

(Der Redner wirft Münzen in ein Sparschwein – Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen – Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Stell doch das

Sparschwein am besten da hin! Auf den Stenografentisch!)

Ich würde darum bitten, dass sich viele andere auch beteiligen. Die Spenden gehen natürlich an einen gemeinnützigen Verein für Flüchtlingsfragen. Danke, auch in die Richtung von pro Köln.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken sowie bei Teilen der SPD, der CDU und der FDP)>

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Das Schwein soll hierbleiben.

(Heiterkeit)

An ihm kommen jetzt viele vorbei und halten hoffentlich an. Vielen herzlichen Dank.

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann lasse ich über 3.1.6 abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? – Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Dann ist 3.1.6 mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.2.1 auf:

### **3.2.1 Bürgerhaushalt 2015 – Bereitstellung eines konkreten Budgets für alle Bezirksvertretungen 3663/2014**

Abstimmung wie Finanzausschuss. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Sehe ich nicht. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Eine Enthaltung von Herrn Zimmermann. Dann ist das so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4.1 auf:

### **4.1 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend „Städtische Räumlichkeiten für Parteien bzw. Wählervereinigungen“ AN/1524/2014**

**Antwort der Verwaltung vom 10.12.2014 3630/2014**

Dazu liegt eine Antwort der Verwaltung vor. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine Wortmeldungen.

Wir fahren mit Tagesordnungspunkt 4.2 fort:

### **4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Gegenseitige Anerkennung des Köln-Passes und des Bonn-Ausweises“ AN/1552/2014**

**Antwort der Verwaltung vom 15.12.2014  
3868/2014**

Auch hierzu liegt eine Antwort der Verwaltung. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine Wortmeldungen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4.3 auf:

**4.3 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend  
„Fast ein Jahr Kölner Ratssitzungen live  
im Internet – Zwischenbericht und Perspektiven“  
AN/1554/2014**

**Antwort der Verwaltung vom 25.11.2014  
3544/2014**

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Hegenbarth, bitte.

<Thomas Hegenbarth (Piraten): Zwei Fragen habe ich dazu. Zum einen: In der Antwort der Verwaltung wird nicht auf die Fragen eingegangen, was gegen Video on Demand spricht. So wird, was die rechtliche Beurteilung betrifft, nur gesagt: „An der rechtlichen Beurteilung der Frage hat sich nichts geändert.“ Das ist ein bisschen dünn, vor allen Dingen vor dem Hintergrund, dass in vielen Städten Aufzeichnungen vom Rats-TV gemacht werden und es dort anscheinend rechtlich anders gesehen wird. Ich würde Sie wirklich darum bitten – vielleicht können Sie das mündlich tun –, dezidierter darauf einzugehen.

Zum anderen: Es wäre gut, wenn etwas näher auf die Zugriffe eingegangen würde, also nicht nur aufgeführt würde, wie viele Leute insgesamt im Laufe einer Sitzung zugreifen, sondern auch, wie viele über den gesamten Zeitraum einer Sitzung hinweg online bleiben. Das wird in der Antwort nicht dargestellt, hätte uns aber auch interessiert.>

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke, Herr Hegenbarth. Sie erhalten dazu eine schriftliche Antwort, wenn Sie damit einverstanden sind.

Dann kommen wir zu Tagesordnungspunkt 4.8:

**4.8 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend  
„Schutz vor Angriffen auf kommunale  
IT-Systeme in Köln“  
AN/1805/2014**

Gibt es dazu noch Wortmeldungen? – Sehe ich nicht. Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6.1.1 auf:

**6.1.1 4. Satzung zur Änderung der Satzung  
über die Abfallentsorgung der Stadt  
Köln (Abfallsatzung – AbfS)  
3005/2014**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der  
CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis  
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke.  
AN/1766/2014**

Frau Akbayir, bitte.

<Hamide Akbayir (Die Linke.): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste auf der Besuchertribüne! Ich bin davon ausgegangen, dass die Rednerinnen und Redner nach der Größe der Fraktionen zu Wort kommen. Aber es ist schön, dass ich zu diesem Thema zuerst reden darf. Danke schön.

(Beifall von Michael Weisenstein [Die Linke])

Heute ist ein guter Tag für Köln, zumindest bei diesem Thema. Wir freuen uns, dass wir heute einen gemeinsamen Antrag zum Thema „Sperrmüll und Rausstellzeiten“ mit den Fraktionen SPD, CDU und Grüne auf den Weg bringen.

Aufmerksam wurden wir auf das Thema Sperrmüll, weil zwei Kölnerinnen einen Brief von der Stadt Köln erhalten hatten, in dem sie verwarnt wurden, weil sie ihren Sperrmüll am Vortag der Abholung herausgestellt hatten. Das sei rechtswidrig; bis zu 50 000 Euro Bußgeld könne diese Rechtswidrigkeit nach sich ziehen. Meine Damen und Herren, Sie haben richtig verstanden: bis zu 50 000 Euro Bußgeld. So stand es in dem Brief, den die beiden Kölnerinnen erhalten hatten – ein Vorgang, der im Betriebsausschuss Abfallwirtschaft und in der Öffentlichkeit für Diskussionen sorgte. An dieser Stelle, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchten wir uns bei Frau Anke Bruns, WDR-Journalistin, für ihr soziales Engagement bedanken, diesen Vorgang in die Öffentlichkeit zu tragen.

(Beifall bei der Linken)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen: Es gibt in den Kommunen von NRW keine einheitlichen Regelungen, was den Umgang mit abzuholendem Sperrmüll angeht. In Köln ist die derzeiti-

ge Auslegung wenig tolerant, und es kommt öfter vor, dass sogenannte Müllsünder Ordnungsstrafen bzw. Verwarnungen erhalten. Das möchten wir heute ändern.

(Beifall bei der Linken)

In der Kölner Abfallsatzung heißt es in § 13 Abs. 4:

Abfälle nach Abs. 1 und § 14 Abs. 5 sind am Abholtag bis spätestens 7.00 Uhr grundsätzlich zu ebener Erde an der zur Straße gerichteten Grundstücksgrenze bereitzustellen.

In unserer Landeshauptstadt ist die Abstellung von angemeldetem Sperrmüll am Vorabend ab 20.00 Uhr möglich. In Duisburg ist er am Abfuhrtag ab 6.00 Uhr bereitzustellen. In Bochum und Essen darf man seinen Sperrmüll schon am Vorabend herausstellen. Also: Warum nicht in Köln? – Auch in Köln kann eine bürgerfreundliche Lösung der Rausstellzeiten für sperrige Abfälle etabliert werden. Deshalb fordern wir in unserem gemeinsamen Änderungsantrag die Änderung der 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung der Stadt Köln. Der Unterpunkt 15 in § 25, Ordnungswidrigkeiten, soll wie folgt geändert werden: „entgegen § 13 Abs. 4 sperrige Abfälle ab 19.00 Uhr am Vortag des festgelegten Abholtags zur Abholung bereitstellt.“

Die bisherige Regelung, sperrige Abfälle am Abholtag von 0.00 Uhr bis 7.00 Uhr rauszustellen, führt zu Einschränkungen und nächtlicher Ruhestörung. Viele Menschen – dies zeigt auch die Praxis – stellen deshalb ihren Müll schon am Vortag der Abholung raus. Das aber steht derzeit unter Bußgeldstrafe. Deshalb, meine Damen und Herren, wollen wir mit unserem Änderungsantrag eine Lösung finden, die das Rausstellen des Sperrmülls am Vortag ab 19.00 Uhr ermöglicht, damit dies keine Ordnungswidrigkeit darstellt.

Bei der Umsetzung dieses Ziels zum Jahresende, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchten wir uns auch bei der AWB bedanken, die diese Satzungsänderung mitträgt. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linken und von Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])>

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Frau Akbayir. – Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? – Sehe ich keine. Dann lasse ich über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer

ist gegen diesen Änderungsantrag? – Niemand. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist dieser Änderungsantrag einstimmig so angenommen.

Als Zweites lasse ich über die Vorlage in der Fassung des Änderungsantrags abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist die Vorlage einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

#### **6.1.2 Sanierung Bocklemünd/Mengenich Aufhebung der Sanierungssatzung Bocklemünd/Mengenich 3171/2014**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen - wie Stadtentwicklungsausschuss und Bezirksvertretung 4.

Wir kommen zu:

#### **6.1.3 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) und Zweckverband Nahverkehr - SPNV & Infrastruktur - Rheinland (ZV NVR): Änderung der Verbandsatzungen zur Ermöglichung von Fahrzeugfinanzierungshilfen u. a. beim Projekt „Rhein-Ruhr-Express (RRX)“ 3585/2014**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das mehrheitlich angenommen.

Dann rufe ich auf:

#### **6.1.4 RheinEnergie AG hier: Satzungsänderung 3704/2014**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Damit ist das mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zu:

#### **6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches**

### 6.2.1 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung - AbfGS -) 3216/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Das sind die FDP und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Damit ist das mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf:

### 6.2.2 Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung - StrReinS -) 3320/2014

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es dazu Wortmeldungen? - Nein. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Bei der FDP und pro Köln. Damit ist das mehrheitlich angenommen.

Nun kommen wir zu:

## 6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

### 6.3.1 Hochwasserschutzzonenverordnung Rodenkirchen Leinpfad 2697/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Kienitz.

**Niklas Kienitz** (CDU): Ich möchte Beratungsbedarf für unsere Fraktion anmelden. Ich weiß, wir haben das in einigen Ausschüssen schon beraten und beschlossen. Es gibt aber vor Ort noch Fragen, die wir intern noch klären müssen. Ich sehe gerade, dass sich der Stadtdirektor meldet. Die Fragen sind aber noch nicht ausformuliert und liegen noch nicht vor. Es geht da um Zugangsrechte usw. Deshalb möchten wir darum bitten, das noch eine Runde zu schieben. - Danke schön.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Vielleicht geben die Worte des Stadtdirektors ja doch noch Aufschluss.

(Niklas Kienitz [CDU]: Die führen immer zu deutlicher Klärung! - Dr. Ralph Elster [CDU]: Die führen zur Verlängerung der Sitzung!)

Bitte, Herr Kahlen.

**<Stadtdirektor Guido Kahlen:** Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kienitz, ich habe mitbekommen, dass darüber diskutiert worden ist, wie da noch das Gespräch mit Anwohnern geführt werden kann. Herr Schaaf hat mir heute noch einmal bestätigt, dass Anfang Januar 2015 dieses Gespräch mit den Anwohnern geführt werden soll. Es geht ja um die Frage, ob die Eigentümer in Zeiten, in denen kein Hochwasser ist, möglicherweise dadurch beeinträchtigt sind, dass mobile Anlagen entweder auf ihren Grundstücken selber oder im Bereich des Leinpfades gelagert werden.

Deshalb ist unsere herzliche Bitte, jetzt dieser Verordnung zuzustimmen, damit wir dann auch auf dieser Grundlage das Gespräch führen können.

Sollte es dann noch gravierenden Änderungsbedarf geben, sind wir in der Lage, Ihnen das in der nächsten Ratssitzung noch vorzulegen.

Sollte das nicht der Fall sein, hätten wir den Vorteil, dass in diesem Planfeststellungsgebiet 05 dann eine Verordnung gültig ist. Genau diese Verordnung benötigen wir auch, um die Gefahrenabwehr in künftigen Hochwasserlagen zu vermitteln. Es geht letztlich darum, wie die Hilfskräfte bzw. die Rettungskräfte bei der Gefahrenabwehr unterstützt werden können und wie der Hochwassertourismus in Grenzen gehalten werden kann.

Herr Schaaf ist sich sicher, dass wir hier zu einer guten Anliegerinformation kommen. Diese ist für Januar 2015 geplant.>

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Vielen Dank, Herr Stadtdirektor. - Herr Kienitz, bitte.

**Niklas Kienitz** (CDU): Herr Kahlen, ich danke Ihnen herzlich für Ihre Ausführungen. Leider ist das letztendlich für uns nicht klärend. Daher bleiben wir bei unserem Antrag, das hier bitte in die Februar-Sitzung zu schieben. - Danke.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke, Herr Kienitz. - Bitte schön, Herr Frank.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich hätte aber gerne einmal gewusst, was denn der konkrete Gegenstand ist, der hier vonseiten der

CDU infrage steht - das konnte ich jetzt nicht mitbekommen -, und inwieweit das dann zum Beispiel durch eine Dringlichkeitsentscheidung geregelt werden könnte. Vielleicht können dazu sowohl Herr Kienitz als auch Herr Stadtdirektor etwas sagen.

**Niklas Kienitz** (CDU): Wie Herr Stadtdirektor schon gesagt hat, dreht es sich um den ganzen Komplex der Zugangsmöglichkeiten für Anwohner, Gastronomiebetriebe usw. Die Fragen liegen aber leider - das habe ich eingangs schon gesagt - nicht endformuliert vor.

Ich kann mich aber dem Verfahren anschließen, dass wir es im Wege einer DE klären.

(Martin Börschel [SPD]: Die Verwaltung müsste sagen, wie sie das sieht!)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Kahlen, bitte.

**Stadtdirektor Guido Kahlen:** Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kienitz, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie uns die Fragen noch übermitteln würden, damit wir das dann in der Tat kurzfristig vorbereiten können. - Danke.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Dann würden wir das per DE entscheiden?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Wenn es lösbar ist!)

- Gut. Dann vertagen wir es. Okay. - Danke schön.

Jetzt kommen wir zu:

## 8 Überplanmäßige Aufwendungen

### 8.1 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0405 - Museum für Angewandte Kunst für das Haushaltsjahr 2014 3349/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen - wie Ausschuss für Kunst und Kultur. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

### 8.2 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0417 - Puppenspiele für das Haushaltsjahr 2014 3154/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Wir kommen zu:

### 8.3 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0404 - Rautenstrauch-Joest-Museum für das Haushaltsjahr 2014 3364/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen - wie Ausschuss für Kunst und Kultur. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

### 8.4 Genehmigung überplanmäßiger Aufwands- und Auszahlungsermächtigungen im Sozialbereich im Haushaltsjahr 2013 3537/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - pro Köln enthält sich. Damit ist das einstimmig angenommen.

Nun kommen wir zu:

## 10 Allgemeine Vorlagen

Herr Kienitz, bitte.

**Niklas Kienitz** (CDU): Wir liegen ja ganz gut in der Zeit. Die CDU-Fraktion beantragt wegen Beratungsbedarf, der bei einigen 10er-Punkten besteht, eine viertelstündige Sitzungsunterbrechung.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Bei allen Punkten ab 10.1?

**Niklas Kienitz** (CDU): Nein, ein Mal 15 Minuten, um einige Dinge zu klären, die im Bereich der 10er-Punkte noch geklärt werden müssen.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Also am Ende der 10er-Punkte?

**Niklas Kienitz (CDU):** Nein, in der Mitte.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Also ab 10.15?)

- Ja, ungefähr.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Dann können wir das doch lieber jetzt machen.

**Niklas Kienitz (CDU):** Das sage ich ja. Wenn Sie das anders machen möchten, können wir es auch anders machen. Ich habe aber gedacht, der Einstieg in die 10er-Punkte sei jetzt der richtige Zeitpunkt, um hier einen Cut zu machen.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Ja. Dann machen wir es jetzt. - Ich sehe allgemeine Zustimmung. Wir unterbrechen die Sitzung an dieser Stelle also für 15 Minuten. - Danke schön.

(Unterbrechung von  
17.43 bis 18.12 Uhr)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie uns jetzt unsere Sitzung fortsetzen und in die 10er-Tagesordnungspunkte einsteigen.

Zu den Schulpunkten unter den Ziffern 10.17, 10.18 und 10.23 liegen Änderungsanträge - -

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Herr Oberbürgermeister, man kann Sie kaum verstehen!)

- Entschuldigung. Ich spreche jetzt einmal in mein Mikrofon. - Also noch einmal: Wir setzen unsere Sitzung jetzt mit der Behandlung der 10er-Punkte der Tagesordnung fort.

Wenn wir dann zu den Schulpunkten kommen, die offensichtlich noch einen bestimmten Klärungsbedarf nach sich gezogen haben, behandeln wir auch zwei Änderungsanträge. Zum einen gibt es einen Änderungsantrag von CDU und SPD zu den Punkten 10.17, 10.18 und 10.23. Zum anderen ist eben noch ein Änderungsantrag der Fraktion der Grünen eingegangen. Er muss noch vervielfältigt werden.

Wir werden diese drei Punkte eventuell zunächst überspringen und erst mit den restlichen 10er-Punkten weitermachen, bevor wir uns dann am Schluss des Tagesordnungspunktes 10 damit beschäftigen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.1:

**10.1 Jahresabschluss 2013 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln  
2137/2014**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer Enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.2:

**10.2 Fortführung der Trägerschaft für die Regionalagentur Region Köln durch die Stadt Köln für den Zeitraum 01.01. - 31.12.2015  
2183/2014**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.4:

**10.4 Kindertagespflege nach § 23 SGB VIII  
2301/2014**

Wie Jugendhilfeausschuss; so hat es auch der Finanzausschuss beschlossen.

Gibt es Gegenstimmen? - Nein. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. ist dem so zugestimmt.

Zu Tagesordnungspunkt 10.5:

**10.5 3. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn/Baubeschluss für die Baumfällungen  
2557/2014**

Wie Verkehrsausschuss.

Auch dazu gibt es keine Wortmeldungen, wie ich sehe. Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Die CDU und die AfD stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Die Piraten und Deine Freunde enthalten sich. Damit stimmt die Mehrheit des Rates dem so zu.

Zu Tagesordnungspunkt 10.6:

**10.6 Neufassung des Vertrages über die Finanzierung der Verbraucherberatungsstelle Köln**

**2628/2014**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Nein; auch von den Grünen nicht. Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.7:

**10.7 Einführung des gebundenen Ganztags an weiteren 2 Kölner Schulen ab Schuljahr 2015/16  
2734/2014**

Wir haben heute Morgen etwas darüber gehört. Wortmeldungen dazu sehe ich jetzt nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das auch so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.8:

**10.8 Grund- und Gesamtschule Heliosgelände - Interimsstandorte und Schließung der Hauptschule Rochusstraße  
2953/2014**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist gegen diesen Beschlussvorschlag? - Das sind die Fraktion der CDU und die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von pro Köln ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.9:

**10.9 Rheinboulevard - Teilbereich II: Ufertreppe und Boulevard hier: Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln  
3047/2014**

Wer ist dagegen? - Gegenstimmen der Fraktion Die Linke. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.11:

**10.11 Auslaufende Schließung der Martin-Luther-King-Schule, Gemeinschaftshauptschule Ostlandstraße 39, ab dem Schuljahr 2015/2016  
3268/2014**

Dazu gibt es auch keine Wortmeldungen. Dann schauen wir einmal, wie die Beschlussfassung zustande kommt. Wer ist gegen diese Beschlussvorlage? - Das ist die Fraktion der AfD.

Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist das gegen die Stimmen der AfD so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.12:

**10.12 Errichtung des Bildungsganges Berufsfachschule (einjährig), Fachrichtung Wirtschaft und Verwaltung am Alfred-Müller-Armack-Berufskolleg (BK 01), Brüggener Straße 1, 50969 Köln  
3342/2014**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.14:

**10.14 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2013 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln  
3275/2014**

Dazu ist keine Rederunde gewünscht. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.15:

**10.15 Feststellung des Wirtschaftsplanes 2015 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln  
3282/2014**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.16:

**10.16 Integriertes Handlungskonzept für das Programmgebiet „Soziale Stadt“ Köln-Lindweiler  
2404/2014**

Auch dazu sehe ich keine Wortmeldungen. Dann können wir auch darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig beschlossen. - Sehr schön.

Die Punkte 10.17, 10.18 und 10.23 würde ich gerne noch ein bisschen nach hinten schieben, bis Frau Rinnenburger gleich hier anwesend ist.

Zu Tagesordnungspunkt 10.19:

**10.19 Errichtung eines Grundschulverbunds im Kölner Süden gemäß § 83 SchulG NRW  
2840/2014**

Darüber haben wir im Hauptausschuss befunden; also wie Vorlage.

Wer ist dagegen? - Eine Wortmeldung?

(Andreas Henseler [Freie Wähler Köln]:  
Ja!)

Herr Henseler hat sich als ehemaliger Schuldezernent dazu zu Wort gemeldet. Bitte schön.

**<Andreas Henseler** (Freie Wähler Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe heute noch gar nichts gesagt.

(Beifall)

Dass die letzte Ratssitzung des Jahres vorbeigeht, ohne dass ich überhaupt etwas sage, geht natürlich nicht.

Ich melde mich hier wegen eines Schulproblems, das weitreichender ist und sich nicht nur auf das beschränkt, was aus dieser Vorlage ersichtlich ist. Es geht um diesen Schulverbund im Kölner Süden und um den Erhalt einer Grundschule in Immendorf.

In diesem Zusammenhang muss man wissen, dass diese Grundschule in Immendorf zwei Tage nach meinem Amtsantritt als Beigeordneter für den Bereich Schule abbrannte.

(Unruhe)

- Ja, die brannte einfach ab.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gibt es da Ursachen?

**Andreas Henseler** (Freie Wähler Köln): Die CDU hat damals gesagt: Kaum ist der Henseler Schuldezernent, brennen in Köln die Schulen. - Das war jetzt mehr ein Joke.

Das Problem ist aber: Die Schule ist dann neu gebaut worden. Jetzt geht es darum, dass sie erhalten bleiben soll. Ganz wesentlich für den Erhalt einer Grundschule ist die Existenz eines Sekretariats. In der Vorlage steht auf Seite 3, dass Sie sich wünschen, dass das Sekretariat weiter existiert.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Der Hausmeister ist das Wichtigste! Wie kommst du denn auf so eine Idee?)

- Der Hausmeister ist zwar auch wichtig; das Sekretariat ist aber wichtiger. Herr Frank, Sie

haben keine Ahnung von der Praxis in Grundschulen.

Frau Beigeordnete, vor diesem Hintergrund frage ich Sie: Sehen Sie eine Möglichkeit, den Erhalt der Schule dadurch zu fördern, dass zwischen den beiden Schulen, die in einen Verbund eintreten, die Sekretariatsstunden in Zukunft aufgeteilt werden? Das heißt, dass in diesem schönen Immendorf, in dem schon einmal eine Schule abgebrannt ist, weiterhin fünf Sekretariatsstunden verbleiben sollen.>

**<Beigeordnete Dr. Agnes Klein:** Herr Kollege, wir wünschen dieser Schule natürlich eine gute Zukunft.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das Gebäude steht für die Schülerinnen und Schüler ja zur Verfügung. Wichtig sind Hausmeister und Schulsekretärin

(Zuruf: Lehrer!)

- Lehrer natürlich; dass sie da sind, unterstelle ich -, aber auch Schulsozialarbeit. Wir werden für alle drei Berufsgruppen Lösungen finden, die einen voll intakten Standort in Immendorf gewährleisten.

Wir können es auch so aufteilen, wie Sie das geschildert haben. Ich kann verstehen, dass das für die Eltern in Immendorf wichtig ist.>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay. Alles klar.

Dann können wir auch zur Abstimmung kommen. Wer gegen diese Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Gruppe pro Köln. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.21:

#### **10.21 Kölner Pilotprogramm zum Einsatz von Integrations- und Arbeitsmarktlotsen 2695/2014**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Die Fraktion der AfD stimmt dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Die Gruppe pro Köln enthält sich. Ansonsten ist das so beschlossen.

(Bernd Petelkau [CDU]: Herr Oberbürgermeister, darf ich eine Frage zur Geschäftsordnung stellen?)

- Ja, bitte.

**<Bernd Petelkau (CDU):** Ich würde den Stadtdirektor gerne fragen: Wie kann es sein, dass wir an Tagen der Ratssitzung auf dem Platz neben dem Rathaus eine Riesenbeschallung haben,

(Beifall bei Teilen der CDU)

sodass es den Kollegen im hinteren Bereich kaum noch möglich ist, die Sitzung in einer vernünftigen Art und Weise zu verfolgen? Ich finde das indiskutabel, Herr Kahlen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

**Ralf Unna:** Sie wissen, was für eine Veranstaltung das ist?

**Bernd Petelkau (CDU):** Wir haben nichts dagegen, dass Veranstaltungen generell auf dem Platz stattfinden. Es ist aber schon die Sache der Lärmemission, die wir auch an anderen Plätzen haben. Und ich finde es wichtig, dass hier am Tage der Ratssitzung auch auf den hinteren Plätzen ein Verfolgen dieser Ratssitzung in vernünftiger Art und Weise möglich ist.

(Beifall bei der CDU)>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay.

(Dr. Ralf Unna [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Oberbürgermeister!

- Bitte.

**Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen):** Ich kann den Kollegen vielleicht aufklären. Es handelt sich um das Chanukka-Fest der Synagogengemeinde Köln. - Vielen Dank.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Stadtdirektor, bitte.

**<Stadtdirektor Guido Kahlen:** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Petelkau, diese Veran-

staltung ist zu einem Zeitpunkt genehmigt worden, als wir die Termine der Ratssitzungen der laufenden Ratsperiode, die mit der Kommunalwahl am 25. Mai 2014 begonnen hat, noch nicht festgelegt hatten. Dadurch ist es jetzt zu dieser Kollision gekommen.

Sie haben gehört, wer hier der Veranstalter ist.

Wenn Sie den Eindruck haben, dass wir noch einmal nachfragen sollten, ob man den Schallpegel vielleicht um ein paar Dezibel herunterfahren kann, kann ich das gerne machen.>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank für das Angebot. Wir schauen einmal, ob das notwendig sein wird.

Zu Tagesordnungspunkt 10.22:

**10.22 Fortführung Bundesprogramm „Berufsbezogene Sprachförderung“ in der Förderperiode 2015 bis 2018  
3226/2014**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.25:

**10.25 Hauswirtschaftliche Hilfen für alte, kranke und behinderte Menschen zur Vermeidung einer frühzeitigen stationären Hilfe  
- Fortführung des Projekts -  
3009/2014**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen. - Sehr schön.

Zu Tagesordnungspunkt 10.26:

**10.26 Jugendzentren Köln gGmbH  
hier: Änderung des Gesellschaftsvertrages und Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern  
3131/2014**

Hier haben wir zwei Beschlüsse zu fassen.

Zunächst einmal stimmen wir über die Änderung des Gesellschaftsvertrages ab. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist die Änderung des Gesellschaftsvertrages so beschlossen.

Dann kommen wir zu den Wahlvorschlägen. Wenn es neben den Personen, die ich gleich vorlese, keine weiteren Vorschläge gibt, können wir auch en bloc darüber abstimmen.

Vorgeschlagen sind: Dr. Ralf Heinen, Andreas Pöttgen, Sylvia Laufenberg, Dr. Helge Schlieben, Monika Bröhl, Svenja Rabenstein, Frau Julia Woller und Hanna Parnow.

Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Dann kann ich auch darüber abstimmen lassen. Wer ist gegen die Entsendung der gerade genannten Personen in den Aufsichtsrat der Jugendzentrum Köln gGmbH? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion der AfD und der Gruppe pro Köln ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.27:

**10.27 Bedarfsfeststellung für die Wahl der Oberbürgermeisterin bzw. des Oberbürgermeister am 13. September 2015 und ggf. Stichwahl  
3522/2014**

(Martin Börschel [SPD]: Fällt die Wahl denn aus, wenn wir das nicht machen?)

- Es ist gerade gefragt worden, ob die Wahl ausfällt, wenn Sie jetzt die Bedarfsfeststellung nicht treffen.

(Bernd Petelkau [CDU]: Dann müssen Sie länger machen, Herr Oberbürgermeister!)

- Danke, danke. - Die Wahl wird auf jeden Fall stattfinden. Sie ist per Gesetz verpflichtend für den 13. September 2015 vorgesehen. Daher brauchen wir auch die notwendigen Finanzmittel, um das entsprechend vorzubereiten.

Ich will jetzt aber niemandem vorgreifen, sondern einfach fragen: Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Ebenfalls niemand. Damit ist das einstimmig so beschlossen - mit der Maßgabe des dann ausscheidenden Oberbürgermeisters an den zuständigen Stadtdirektor, die Kosten so niedrig wie möglich zu halten.

Zu Tagesordnungspunkt 10.28:

**10.28 Raumzuteilung und Fraktionen  
Bürgermeister/innen  
3536/2014**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann können wir darüber abstimmen. Wer gegen diese Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der CDU, die Fraktion der AfD und die Gruppe pro Köln. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Deinen Freunden ist diese Vorlage so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.29:

**10.29 Neu- und Sanierungsprogramm der städtischen Sozialhäuser, Kulmbacher Str. 1 + 3, 51103 Köln-Höhenberg  
Mitteilung über Kostenerhöhungen gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln  
3525/2014**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der AfD ist dem so zugestimmt.

Zu Tagesordnungspunkt 10.30:

**10.30 Vergabe der Strukturförderung im Filmbereich, Haushaltsjahre 2015 - 2017  
2227/2014**

Gegenstimmen? - Gegenstimmen der AfD. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit zugestimmt.

Zu Tagesordnungspunkt 10.31:

**10.31 Vergabe der Konzeptionsförderung in der Sparte Theater, Haushaltsjahre 2015 - 2018  
1096/2014**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen. - Sehr schön.

Zu Tagesordnungspunkt 10.32:

**10.32 Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Köln und der Universität zu Köln über den gemeinsamen Betrieb der Zentralbibliothek für Kunst und Kunstgeschichte  
3428/2014**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.33:

**10.33 Mediengründerzentrum NRW (MGZ)  
hier: Anteilkauf durch die Stadt Köln**

**3602/2014**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.34:

**10.34 Erweiterte Durchführung des vom Rat beauftragten Investorenwettbewerbs zur Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud/Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0401 - Museumsreferat - für das Haushaltsjahr 2014  
3670/2014**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Deinen Freunden einstimmig angenommen.

Vielleicht könnte man sich doch einmal bemühen, es draußen ein bisschen leiser zu bekommen. - Wie ich gerade höre, ist das schon in die Wege geleitet.

Zu Tagesordnungspunkt 10.35:

**10.35 EU-Projekt Grow Smarter  
3160/2014**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ja. Bitte schön, Herr Breite.

**Ulrich Breite** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Im Finanzausschuss hatte ich der Beigeordneten, Frau Reker, noch Fragen gestellt. Die Antworten sollten umgedruckt werden. Vielleicht habe ich das übersehen.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Es wird gerade einmal überprüft.

**Ulrich Breite** (FDP): Sonst reichen Sie es schriftlich nach. Das ist kein Problem.

**Beigeordnete Henriette Reker:** Ja, es ist nicht umgedruckt worden. Es könnte aber schriftlich beantwortet werden.

**Ulrich Breite** (FDP): So machen wir das. - Danke schön.

**Beigeordnete Henriette Reker:** Ja? Gut. - Danke schön.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gut. - Danke schön.

Dann können wir auch darüber abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Das ist die Gruppe pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist dem so zugestimmt. - Die noch offenen Fragen werden dann zügig beantwortet.

Zu Tagesordnungspunkt 10.36:

**10.36 Erhöhung der Anzahl der institutionell geförderten Theater, Haushaltsjahr 2015  
3838/2014**

Ich sehe auch dazu keine Wortmeldungen. Dann können wir auch darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Herr Zimmermann ist für Deine Freunde dagegen. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit mit großer Mehrheit angenommen.

Jetzt kommen wir zu den geschobenen sogenannten Schulpunkten. Das sind die folgenden Tagesordnungspunkte:

**10.17 Planungsaufnahme zur Errichtung eines 3-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Turnhalle am Standort des ehemaligen „Nippesbad“, Friedrich-Karl-Str./Ecke Niehler Kirchweg, 50733 Köln-Nippes  
4143/2013**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion  
AN/1814/2014**

**10.18 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Gesamtschule im Stadtbezirk Innenstadt am Teilstandort Frankstr. 26 sowie den Abriss und Neubau des Schulgebäudes und Turnhalle am Teilstandort Severinswall 40/40a  
2048/2014**

**10.23 Planungsaufnahme zur Errichtung eines dreizügigen Grundschulgebäudes mit Einzel-Sporthalle, Grundstück Thessaloniki-Allee (Ecke Vietorstr./Wipperfürther Str.), Köln-Kalk  
1948/2014**

**Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

**AN/1817/2014**
**Änderungsantrag der SPD-Fraktion  
und der CDU-Fraktion  
AN/1818/2014**

Wie gesagt, fassen wir die Punkte 10.17, 10.18 und 10.23 zusammen, da es hier um die Frage des Klimaschutzes geht.

Die Änderungsanträge sind inzwischen verteilt worden. Deswegen frage ich Sie: Gibt es dazu Wortmeldungen?

Herr Kockerbeck, Sie stehen gerade. Dann können Sie jetzt auch vortragen.

(Zuruf: Eigentlich müssen zuerst die Anträge vorgestellt werden!)

- Wir sind heute flexibel.

(Heiterkeit)

**<Heiner Kockerbeck** (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich dachte ich, dass erst einmal die Antragstellerinnen und Antragsteller hier ihre Anträge vorstellen.

Ich möchte begründen, warum die Fraktion Die Linke dem Antrag von SPD und CDU zustimmen wird.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Wir müssen doch erst einmal die Anträge einbringen!)

- Ja.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Die Anträge liegen doch alle schriftlich vor. - Bitte schön, Herr Kockerbeck.

**Heiner Kockerbeck** (Die Linke.): Dann lese ich wenigstens einmal die Überschriften vor. Es geht um die Planungsaufnahmen für die Grundschule Friedrich-Karl-Straße, die Gesamtschule Frankstraße und die Grundschule Thessaloniki-Allee.

Hier ist die Frage aufgeworfen worden, nach welchen Standards gebaut werden soll. Diese Frage ist in den zuständigen Fachausschüssen, also im Ausschuss für Schule und Weiterbildung und im Bauausschuss bzw. Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft, vor dieser Ratssitzung nicht

durchdiskutiert worden. Auch meine eigene Fraktion hat an dieser Stelle noch Beratungsbedarf.

Deshalb unterstützen wir den Antrag von SPD und CDU, der die Möglichkeit einer parallelen Planung für die kommende Zeit vorsieht. Je nachdem, welche Entscheidung gefällt wird, ist dann noch ein Eingehen auf den Diskussionsprozess und seine Ergebnisse in den Fachausschüssen möglich.

Inhaltlich ist die Linke dafür, bei öffentlichen Bauten nicht zu sparen und natürlich höchste energiesparende Standards zugrunde zu legen. Deshalb finden wir den Passivhausstandard richtig.

Aus meiner Arbeit als Lehrer kann ich auch berichten, dass die Lüftung in Klassenräumen ein sehr großes Problem ist. Man kann dort nicht einfach wie in seiner Wohnung das Fenster weit öffnen und einmal kurz stoßlüften, um den CO<sub>2</sub>-Gehalt in der Luft wieder zu reduzieren. In Schulen erfordert das schon einen größeren Aufwand.

Deshalb brauchen wir Schulen mit Lüftungsanlagen.

(Beifall bei der Linken - Kirsten Jahn Bündnis 90/Die Grünen): Wir bieten der Linken auch gerne an, dass ihr uns zustimmt!>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay. - Dann schauen wir einmal, wie es weitergeht. Als nächster Redner stellt jetzt Herr Börschel den Antrag von SPD und CDU vor. Danach spricht Herr Brust zum Antrag der Grünen. Bitte schön, Herr Börschel.

**<Martin Börschel** (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kockerbeck, herzlichen Dank für die Einleitung in unseren Antrag. - Wenn Sie einverstanden sind, will ich versuchen, auch für diejenigen, die es nach der 20-minütigen Sitzungsunterbrechung außerhalb dieses Ratssaals noch ausgehalten haben, einmal kurz zu erklären, worüber wir hier überhaupt reden.

Wir haben in einer - das ist heute schon oft angesprochen worden - gottlob wachsenden Stadt, in der leider auch Sanierungsbedarfe bei Schulen bestehen, heute über drei Schulneubauten zu beschließen. Es geht jetzt um die Frage, nach welchem Standard die Schulneubauten in Zukunft errichtet werden.

Erstens. Für uns alle hier im Rat ist das allerbeste Gebot - das eint alle hier, glaube ich; deswegen haben wir untereinander auch noch ein bisschen ringen, diskutieren und uns abstimmen müssen -: Wir möchten diese Schulneubauten auf keinen Fall verzögern. Deswegen brauchen wir auf jeden Fall heute einen Beschluss, damit diese Schulneubauten nicht einen Tag später als unbedingt erforderlich errichtet werden und für die Beteiligten die entsprechende Atmosphäre liefern können.

Zweitens. Uns geht es darum, dass Schulen heute und in Zukunft eine möglichst angenehme Lern- und Lehratmosphäre für alle Beteiligten bieten. Das dokumentieren wir seit vielen, vielen Jahren in Köln dadurch, dass wir Schulbauleitlinien haben, die weit über Köln hinaus einen vorbildlichen Standard setzen und deswegen auch Vorbild- und Leitbildcharakter haben. Daran halten wir fest. Auch darüber gibt es, soweit ich das erkennen kann, hier im Haus keinen Dis-

sens. Drittens. Es geht unter anderem um die Frage: Wie sorgt man unabhängig vom Raumprogramm, das über unsere Schulbauleitlinien festgelegt ist, auf andere Art und Weise für eine entsprechende Lernatmosphäre? An dieser Stelle sind wir insbesondere von Regeln abhängig, die von Dritten gesetzt werden, nämlich vom Bund mit den Energiestandards.

Für uns gilt - nicht nur in Köln, sondern überall -, dass wir jeweils die Energiestandards anwenden müssen, die State of the Art und gesetzliche Vorschriften sind. Das ist nach allem, was wir jetzt wissen, die berühmte EnEV 2014.

Will man freiwillig über den energetischen Standard EnEV 2014 hinausgehen, kostet das erstens eine ganze Menge Geld und wirft zweitens die Frage auf: Was macht das eigentlich am lebenden Objekt?

Genau darum geht es heute. Da haben wir von SPD und CDU, die wir diesen Antrag gemeinsam gestellt haben, schlicht und einfach Erkenntnisinteresse. Deswegen würde ich darum bitten, dass die Verwaltung zu den verschiedenen Vorlagen und Anträgen gleich auch noch einmal ihre Meinung sagt und eine Stellungnahme abgibt.

Dass wir insgesamt energetisch möglichst vorbildlich agieren wollen, führt dazu, dass wir uns die Frage stellen müssen: Was macht das mit den Menschen, die in diesem Gebäude arbeiten und lernen und dort möglichst viel Zeit angenehm verbringen sollen? Anders und vereinfacht

ausgedrückt: Packen wir möglicherweise die Schulen so luftdicht ein, dass es, wenn man drinnen ist, nicht mehr gut ist? Und: Wenn man drinnen ist und es nicht mehr gut ist, wie geht man dann am besten damit um? Macht man einfach die Fenster auf? Reicht das? Macht das Sinn? Ist das in der Unterrichtspraxis überhaupt vernünftig?

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Kann man sie überhaupt öffnen?)

- Der Kollege Detjen stellt die ganz berechtigte Frage - das habe ich in dem Prozess auch lernen müssen -: Kann man sie überhaupt aufmachen? Ich habe gelernt: Ja, man kann.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Nicht immer!)

Das wird aber die Verwaltung hoffentlich noch einmal bestätigen oder mich widerlegen. Aber: Ja, man kann; mindestens bei EnEV 2014.

Selbst wenn man es kann: Reicht das? Oder muss man zusätzlich, damit es dort eine angenehme Lernatmosphäre gibt, eine künstliche Belüftungsanlage einbauen?

Täte man das, kostet es a) mehr Geld, kommt man b) sehr nah an den Passivhausstandard, ist aber c) die große Frage: Ist das für die Beteiligten angenehm? Ich will nicht nur von Grundschulern und Grundschulern, sondern auch von jungen Heranwachsenden sprechen. Mehr will ich dazu gar nicht sagen. Manchmal ist es einfach auch einmal hilfreich, wenn man das Fenster aufmachen kann.

Langer Rede kurzer Sinn: Wir möchten schlicht und einfach gerne wissen: Was sind die wissenschaftlichen und praktischen Folgen der Beschlüsse, die die Verwaltung uns hier vorschlägt? Kann man tatsächlich guten Gewissens eine Schule nach dem Standard EnEV 2014 bauen, ohne dass man für viel Geld eine Belüftungsanlage einbauen muss?

Wäre das Ergebnis der Prüfung, die wir heute mit der Bitte in Auftrag geben möchten, sie möglichst schnell vorzunehmen, dass man eine Belüftung vielleicht nicht rechtlich zwingend einbauen muss, aber dringend einbauen sollte, weil nur das die Arbeits- und Lernatmosphäre verbessert, sind wir dafür offen. Wer hier im Rat wollte sich einer realen Praxis und einer vernünftigen Stellungnahme entziehen? Das möchten wir aber bitte so schnell wie möglich wissen.

Ich wäre dankbar, wenn Sie uns auch etwas zu den Kosten sagten. Da wir noch in einer sehr frühen Leistungsphase sind, würde ich annehmen, dass es kostenmäßig wenig bis gar nichts ausmachen dürfte. Das muss uns aber bitte die Verwaltung sagen.

Dann können wir dafür sorgen, dass wir a) nichts an diesen Schulbauten verzögern, b) die bestmöglichen Lern- und Arbeitsbedingungen für die jungen Menschen und die Lehrerinnen und Lehrer schaffen und c) dabei auch noch haushaltswirtschaftlich vernünftig agieren. Das ist unser Ziel; nicht mehr und nicht weniger. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön. - Dann kommen wir zu Herrn Brust, bevor ich gleich Frau Rinnenburger das Wort erteile.

(Dr. Helge Schlieben [CDU] meldet sich zu Wort - Dr. Ralph Elster [CDU]: Das ist doch unser Antrag!)

- Okay. Erst Herr Dr. Schlieben und dann Herr Brust.

**<Dr. Helge Schlieben (CDU):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir reden über Fenster. Heute wäre es schön, wenn sie etwas schalldichter wären, damit wir uns noch besser verstehen und verständigen könnten.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Jetzt geht es aber.

**Dr. Helge Schlieben (CDU):** Eigentlich geht es aber um die Fenster und die Belüftung in Schulen.

Ich danke dem Fraktionsvorsitzenden der SPD - bekanntermaßen ist er ja nicht schulpolitischer Sprecher; als Vorsitzender ist man aber zu allen Themen sprachfähig - dafür, dass er unseren gemeinsamen Änderungsantrag von SPD und CDU hier schon so umfangreich vorgestellt hat.

Es war natürlich auch hilfreich, dass die Fraktion Die Linke. den Rat zunächst auf das vorbereitet hat, was in der Rede von Martin Börschel zu hören war.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das insbesondere!)

- Das ist etwas Besonderes, Herr Frank. Das Schöne ist aber, dass wir ja alle miteinander reden. Das soll in Zukunft auch so bleiben.

Prinzipiell stehen wir vor der Frage: Bauen wir nach EnEV 2014, bauen wir nach EnEV 2014 mit externer Belüftung, oder bauen wir sogar - das steht in den Alternativen der Schulverwaltung ja auch noch - nach dem Passivhausstandard?

Wir haben in der Vergangenheit immer wieder auf verschiedenste Weise darüber diskutiert und auch ganz unterschiedlich entschieden. Manchmal hat man sich ähnlich wie bei einem Basar auf komische Pakete geeinigt. Dann wurde an der ersten Schule dieses, an der zweiten Schule jenes und an der dritten Schule noch etwas anderes gemacht. Dafür hatte man dann die Mehrheiten, die in der Koalition oder vielleicht auch darüber hinaus brauchte. Das ist sicherlich keine sehr sinnvolle und grundlegende Herangehensweise.

Mit diesem gemeinsamen Änderungsantrag von SPD und CDU schließen wir hier keine Türen zu, sondern sagen: Wir brauchen einmal eine grundsätzliche Klärung sowohl der Kosten für den Bau als auch - das fehlt uns in den Vorlagen der Schulverwaltung noch - der Folgekosten oder der Folgeeinsparungen; denn es ist nicht auszuschließen, dass bei einem Bau nach dem Passivhausstandard oder einem Bau nach dem Standard EnEV 2014 plus externe Belüftung die Folgekosten geringer sind als bei einem Bau nur nach dem Standard EnEV 2014. Auch das wurde uns in den Vorlagen prinzipiell nicht dargestellt. Auch das würden wir gerne wissen.

Wenn man die Kostensituation kennt, muss man natürlich auch entscheiden: Was soll es uns wert sein?

Heute Mittag wurde, wie ich gehört habe, der Haushalt der Stadt Köln eingebracht - mit einem Defizit von round about 450 Millionen Euro, wenn man die nicht gedeckten Einsparungen mit betrachtet.

(Zuruf)

- Diese Nachricht ist zumindest beim LVR angekommen, wo wir getagt haben. Das können wir aber im nächsten halben Jahr diskutieren. Jetzt sind wir beim Schulneubau.

(Zurufe)

- Es besteht doch gar kein Grund, sich jetzt aufzuregen.

(Zuruf)

- Nein, das war kein Fehler. Aber bleiben wir jetzt einmal dabei.

Unser Wunsch ist, das einmal prinzipiell zu klären. Wir wollen nicht bei jedem Schulneubau immer wieder diese grundlegenden Fragen nach dem Standard diskutieren müssen. Dieser Antrag gibt uns einmal die Möglichkeit, die Verwaltung zu beauftragen, grundsätzlich zu klären, was sachgerecht ist, was für Schulen notwendig ist und was vielleicht nicht hilfreich ist.

Hier möchten wir eine schöne Antwort bekommen, damit wir dann alle sechs Wochen - denn in diesem Zyklus wollen wir in den nächsten Jahren auch weitere Schulen errichten bzw. die entsprechenden Beschlüsse fassen, Frau Dezernentin - auf dieser Grundlage entscheiden können, was wir brauchen und was wir nicht brauchen. Dann müssen wir hier im Rat nicht immer wieder darüber diskutieren oder streiten und alle Ratsmitglieder damit belästigen, wofür ich mich auch entschuldigen möchte.

Ich möchte mich außerdem dafür entschuldigen - das gefällt mir auch nicht sehr gut -, dass wir in dem führenden Fachausschuss, zufällig unter meinem Vorsitz, nicht in der Lage waren, gestern Abend in einer Sondersitzung ein finales Votum zu diesen Fragen zu fällen. Das bedaure ich ausdrücklich. Es tut mir leid, dass wir Sie hiermit belästigen müssen.

Ich wünsche mir, dass es uns in Zukunft gelingt, diese Fragen früher zu klären und manche Gespräche, die hilfreich sein können, nicht zwei Minuten vor der Sitzung oder drei Stunden nach Beginn der Sitzung zu führen, sondern eher, um zu schauen: Sind alle Positionen ausgelotet?

Wenn das der Fall ist, muss man auch irgendwann zu einem Beschluss kommen. Das muss dann nicht der Rat final entscheiden, sondern das kann auch der zuständige Fachausschuss machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der Linken)

Das nehme ich mir für die Zukunft vor. Ich hoffe, dass das auch die Kolleginnen und Kollegen aus dem Schulausschuss tun. Andere mögen sich dann ein Beispiel daran nehmen. Damit hätten wir diese Debatten da, wo sie hingehören, nämlich im Fachausschuss. Natürlich hat der Rat

dann die Freiheit, dem zu folgen oder sich anders zu entscheiden.

Ich wünsche mir, dass die Schulneubauten hierdurch nicht aufgehalten werden, sondern, wie der Kollege Börschel schon gesagt hat, die Verwaltung sich fix an die Umsetzung macht und uns die Ergebnisse auch zügig vorlegt, sodass wir eine Art Grundsatzbeschluss bekommen, damit wir diese Frage nicht immer wieder aufrufen müssen. - Ich danke Ihnen ganz herzlich. Auf Wiedersehen.

(Beifall bei der CDU)>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen jetzt zu Herrn Brust.

**<Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Dass wir heute diese Diskussion hier im Rat führen müssen, hängt damit zusammen, dass diese Vorlagen überhaupt nicht im Bauausschuss gelandet sind. Entgegen der Zuständigkeitsordnung haben wir diese drei Vorlagen zu den Schulplanungsbeschlüssen nicht im Fachausschuss gehabt. Dann hätten wir die Diskussion dort führen können.

Deswegen lautet auch der Punkt 2 unseres Antrags, dass bei zukünftigen Planungsbeschlüssen der Fachausschuss für Bauen oder Gebäudewirtschaft einbezogen werden muss, damit man die Diskussion dort führen kann.

Inhaltlich haben wir die Diskussion über die Luftsituation in den Schulen schon vor über zwei Jahren im Bauausschuss geführt. Damals war Herr Professor Wiesmüller vom Gesundheitsamt da. Wir haben uns über zwei Sitzungen sehr intensiv darüber gestritten, wie die Luftzufuhr in den Schulen sein muss.

Wir hatten damals gerade die Energieleitlinien mit dem Passivhausstandard beschlossen. Auf Grundlage dieser Leitlinien hat die Gebäudewirtschaft dann die BQAs, die Bau-, Qualitäts- und Ausstattungsstandards, entwickelt. Darin stand, dass Lüftungsanlagen 25 Kubikmeter Frischluft pro Stunde und Schüler der Raumluft zuführen müssen. Das Gesundheitsamt war damals der Meinung, dass das nicht ausreicht und zu wenig Frischluft ist.

Deswegen haben wir dann die Diskussion im Fachausschuss geführt und mit Herrn Professor Wiesmüller einen Kompromiss geschlossen. Weil

kleine Kinder weniger Frischluft brauchen, haben wir bei Grundschulen 25 Kubikmeter und bei weiterführenden Schulen 30 Kubikmeter genommen. Das war das Mindestmaß dessen, was das Gesundheitsamt damals gefordert hat, weil die Praxis zeigt, dass das auch nicht immer ausreichend ist - je nachdem, wie viele Personen im Raum sind.

Deswegen steht heute in den BQAs, dass diese Mindestmengen an Frischluftzufuhr mechanisch gewährleistet sein müssen und darüber hinaus eine Fensterlüftung jederzeit möglich sein muss.

In den neuen Passivhausschulen sind Ampeln installiert. Sobald der CO<sub>2</sub>-Wert auf 1 000 ppm steigt - das heißt: wenn die Kinder anfangen, müde zu werden, weil die Luft mit CO<sub>2</sub> gesättigt ist -, zeigen diese Ampeln Rot. Das ist das Signal für den Lehrer, zusätzlich zur Lüftungsanlage die Fenster zu öffnen.

Deswegen ist der Prüfantrag, der heute hier vorliegt, wirklich um ein paar Jahre verspätet; denn wir wissen, dass selbst mit Lüftungsanlage die Luft nicht immer eine ausreichend gute Qualität hat.

Jetzt zu beschließen, wie CDU und SPD das wollen, dass parallel beide Systeme geplant werden, bedeutet nur, Geld zu verschwenden. Man muss Architekten mit zwei Planungen beauftragen und für zwei Planungen bezahlen, obwohl wir nachher nur eine Planung ausführen können. Das ist wirklich Geldverschwendung, die wir uns sparen können.

Seit es den Beschluss zur Passivhausbauweise gibt, haben wir leider das Problem, dass die Verwaltung bzw. die Gebäudewirtschaft, wie vom Rat beschlossen, im Passivhausstandard geplant hat, der Oberbürgermeister die Baubeschlüsse auf Grundlage dieser Planung dann aber nicht mitgezeichnet hat. Das hat zur Folge gehabt, dass wir in den letzten zwei, drei Jahren zum Teil Schulen erst um ein Jahr verzögert bauen konnten, weil die Beschlüsse aus der Verwaltung nicht herauskamen.

Letztes Frühjahr haben wir uns dann auf ein Paket von acht Schulen geeinigt. Dort haben wir, wie Herr Schlieben eben gesagt hat, einen seltsamen Kompromiss geschlossen - vier Schulen so, vier Schulen so. Das ist aber kein Zustand. Wir müssen als Politik in der Lage sein, die Verwaltung zu beauftragen, wie sie zu planen hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das haben wir jetzt seit zwei Jahren nicht hinbekommen. Wir hatten gehofft, dass wir uns, wenn wir einen Rückzieher machen und ein Kompromissangebot vorlegen, dann auf etwas Vernünftiges einigen können. Wir haben der SPD vorgeschlagen: Wir verzichten auf die Passivhausbauweise; es muss aber zumindest sichergestellt sein, dass genügend Frischluft in den Klassen ist. Dann braucht man Schulen nach dem Standard EnEV 2014 zumindest mit mechanischer Be- und Entlüftung und Wärmerückgewinnung.

Die SPD war nicht bereit, dem zuzustimmen. Stattdessen wird hier dieser komische Antrag vorgelegt, dass nach beiden Standards geplant werden soll. Wir planen jetzt schon seit zwei Jahren mit zwei oder drei Standards parallel. Das führt zu einer unnötigen Belastung der Gebäudewirtschaft, zu einer Geldverschwendung, was die Kosten für externe Architekten angeht, und zu Verzögerungen. In Zukunft sollten wir das nicht weiter so machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann haben wir noch die Wortmeldung von Herrn Breite. Bitte schön.

**<Ulrich Breite (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich muss es jetzt so machen wie Herr Dr. Schlieben und mich auch erst einmal entschuldigen - allerdings weniger für die Schule, sondern mehr für den Sport; denn bei Schulneubauten stellt sich auch immer die Frage, wie wir mit den Sportanlagen dort umgehen, und zwar sowohl mit den ungedeckten als auch, wie hier, mit den gedeckten.

Zunächst einmal möchte ich aber betonen, dass ich das, was SPD und CDU gesagt haben, sehr nachvollziehbar finde. In der Tat sollten wir uns das noch einmal genau anschauen, damit wir hier auch die richtige Entscheidung treffen. Wenn man mit Fachleuten spricht, hört man immer wieder, dass es in Schulen mit der Belüftung und Entlüftung und insbesondere mit der Wartung nicht immer so einfach ist. Wir kennen solche Dinge ja auch aus anderen Schulen. Darum finde ich diesen Antrag sehr gut. Meine Fraktion unterstützt das und wird diesen Antrag auch zusammen mit Ihnen beschließen.

Insofern würde ich mich freuen, wenn Sie auch unsere Anregungen mit beschließen würden; denn dabei geht es ebenfalls um eine Prüfung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das hatten wir als Erstes in Porz gemacht. Wir Sportpolitiker hatten die Verwaltung überzeugt, bei Grundschulen keine Einfachsporthalle, sondern eine Zweifachsporthalle zu bauen,

(Birgit Gordes [CDU]: Sporthalle?)

weil die Zweifachsporthalle größer ist und man in einer Einfachsporthalle keinen Ballsport betreiben kann.

(Birgitta Nessler-Komp [CDU]: Turnhalle! Das ist ein Unterschied!)

- Von mir aus. Wenn Sie das gerne Turnhalle nennen wollen, können wir das auch machen. Wir wollen dort aber nicht nur turnen, sondern möchten dort auch gerne Ballsport machen. Daher geht es uns um die Größe; denn nur dort ist das möglich. Insbesondere für den Ganztagsunterricht, aber auch für den Vereinssport ist das sehr wichtig. Meine sehr verehrte Kollegin, selbstverständlich nenne ich das dann Zweifachturnhalle, wenn ich Sie damit überzeugen kann und so Ihre Stimme gewinnen kann.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Kann man die Turnhalle auch fluten?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Verwaltung war sich nicht ganz einig, ob das dort geht. Sie hat gesagt, es sei nur eine Einfachturnhalle möglich; aus Platzgründen könne man eine Zweifachturnhalle dort nicht umsetzen. Wir haben uns dann noch einmal damit beschäftigt. Frau Rinnenburger ist ja hier. Sie kennt auch unsere schulpolitische Sprecherin, Frau Ruffen, die heute noch im Schulverwaltungsamt war, um sich die Machbarkeitsstudie anzuschauen. Sie meint, das gehe; wir hätten aber Probleme mit den Lehrerparkplätzen. Ich glaube aber, dass diese Problematik bei ihr in guten Händen ist und sie das noch einmal prüfen wird. Meines Erachtens können wir in Nippes nicht sagen, dass wir keine Zweifachturnhalle bauen, weil wir dort lieber die Lehrerparkplätze haben wollen. Das kann man - ich sehe Herrn Gutzeit - auch anderen nicht erklären. Darum bitte ich Sie, das mit in die Prüfung aufzunehmen.

Wenn es da eine Lösung gäbe - Frau Rinnenburger schreibt das ja schon auf -, würde das alle sehr freuen: die Nippeser, die Sportvereine und insbesondere die Schülerinnen und Schüler, weil sie dort viel mehr Sport treiben können als in einer Einfachturnhalle. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Thelen möchte Ihnen noch eine Frage stellen.

**Ulrich Breite (FDP):** Herr Lehrer.

**Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen):** Uli, erlaubst du eine Zwischenfrage?

**Ulrich Breite (FDP):** Immer.

**<Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen):** Ich habe, als ich jung war, aber auch später noch, selbst als Lehrer, in einer Einfachturnhalle sowohl Basketball als auch Volleyball gespielt. Das sind doch auch Ballsportarten.

(Jochen Ott [SPD]: Nicht regelkonform!)

Ich denke also, dass da genügend Möglichkeiten bestehen.

Andererseits ist auch bekannt, dass in Nippes jetzt mehrere Dreifachturnhallen gebaut werden und gebaut worden sind.

Insofern solltet ihr euren Zusatzantrag, der die dort notwendige Raumkapazität deutlich überschreitet, meines Erachtens zurückziehen.>

**<Ulrich Breite (FDP):** Herr Thelen, es ist sehr schön, dass Sie in einer Einfachturnhalle auch Basketball gespielt haben.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Und ohne Schaden an der Seele zu nehmen!)

Der Zwischenruf von Herrn Ott war aber richtig. Das war in der Tat nicht regelkonform. Gerade Sie als Lehrer sollten dann, wenn Sie Schiedsrichter sind, auch genau hinschauen. In einer Einfachturnhalle ist insbesondere die Verletzungsgefahr gerade bei Mannschaftssportarten viel höher. Das können Sie mir als langjährigem Vorsitzenden eines größeren Sportvereins glauben.

Aus den Erfahrungen kann ich Ihnen auch sagen: Gerade in Nippes benötigen wir weitere Hallenkapazitäten. Insbesondere die Vereine fragen danach. Mein Verein war auch in verschiedenen Bezirken tätig. In Nippes gab es nie Trainingszeiten, weil sie alle aufgebraucht waren.

Glauben Sie mir: Sie tun etwas Gutes, wenn Sie unserem Antrag zustimmen. Es macht Ihnen bestimmt auch in Ihrem Alter

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

noch viel mehr Spaß, dann in einer Zweifachturnhalle Basketball zu spielen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen jetzt zu einer Erklärung von Frau Dr. Klein als zuständige Schuldezernentin.

**<Beigeordnete Dr. Agnes Klein:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Erst einmal herzlichen Dank für die hier bestehende Einigkeit aller darüber, dass die drei Schulprojekte auf den Weg gebracht werden müssen; denn bei allen Diskussionen um welche Standards auch immer ist ganz wichtig, dass wir Schulplätze für Schülerinnen und Schüler in Köln haben.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Wie Sie heute gehört haben, verzeichnen wir erneut steigende Geburtenzahlen. Das ist eine gute Nachricht, aber gleichzeitig auch eine Herausforderung. Insofern sind wir auf die Schulplätze dringend angewiesen. Deshalb möchten wir auf gar keinen Fall, dass hier geschoben wird und die entsprechenden Schulplätze nicht zur Verfügung stehen.

Was die Energiestandards angeht, werden wir das sicherlich prüfen. Frau Rinnenburger von der Gebäudewirtschaft wird die Prüfung dann aufnehmen, glaube ich.

Eines möchte ich aber doch noch zur Klarstellung sagen: Wir haben Ihnen keine Schulen zur Beschlussfassung vorgeschlagen, die nicht gebrauchsfähig wären. Im Hauptbeschlussvorschlag haben wir Ihnen Schulen vorgeschlagen, die selbstverständlich für den Schulunterricht gut tauglich sind, und zwar sowohl aus pädagogischer Sicht als auch aus gesundheitlicher Sicht. Das ist uns als Verwaltung ganz wichtig. Wir schlagen natürlich keine Schulen vor, in denen die Kinder nicht vernünftig lernen könnten.

Ansonsten ist es uns gut möglich, denke ich, wenn ich mir die Beschlusstexte oder den Vorschlag ansehe, das entsprechend zu prüfen. Insbesondere entstehen nahezu keine zusätzli-

chen Kosten, weil wir in einer ganz frühen Phase sind, nämlich in der Phase 0. Wenn alsbald, also Anfang des Jahres 2015, in den Fachausschüssen dann auch die Diskussion geführt und zu Ende geführt wird, können wir das bis dahin durchaus parallel prüfen.

Herr Breite, über die Turnhalle haben wir ja im Sportausschuss diskutiert. Wir haben gestern mit Frau Ruffen im Schulausschuss gesprochen. Wir haben Ihrer Kollegin heute Morgen auch noch einmal sehr deutlich die Situation am Nippesbad erläutert. Ich habe hier auch eine Machbarkeitsstudie. Sie können sie sich gerne anschauen. Das Grundstück ist extrem eng.

In dieser Machbarkeitsstudie haben wir einmal prüfen lassen, ob auf dieses enge Grundstück eine Kita - eine sechsgruppige Kita muss dorthin; die Kitaplätze brauchen wir natürlich auch - und eine dreizügige Grundschule passen. Die Machbarkeitsstudie hat diese Frage beantwortet. Ja, es geht. Wir werden das aber gerne noch einmal prüfen.

Eine Zweifachturnhalle - um das hier noch einmal deutlich zu sagen - wird aber schlicht und ergreifend nicht auf das Grundstück passen. Das haben wir auch in den Vorgesprächen sehr, sehr deutlich erläutert. Die einzige Möglichkeit wäre, sie einzugraben. Das würde allerdings zu einer Kostenexplosion führen, die wohl niemand hier im Rat will, weil man dann an die Grundwasserlinie herankäme, sodass entsprechende Wannen gebaut werden müssten. Die Kosten dafür wären exorbitant hoch.

(Martin Börschel [SPD]: Also heißt das, dass das schon geprüft ist?)

- Wir haben in Gesprächen deutlich gemacht, dass das auf dieses Grundstück nicht mehr passt.

(Martin Börschel [SPD]: Okay! Gut!)

Das haben wir auch heute Morgen Ihrer Kollegin anhand der Vorlage der Machbarkeitsstudie deutlich zu machen versucht.

Wir können das gerne noch einmal prüfen, damit Sie es dann vielleicht auch noch einmal schriftlich haben. Das ist aber zumindest die Prüfung, die wir durchgeführt haben, nachdem wir das im Sportausschuss erfahren hatten.

Lassen Sie mich kurz noch etwas zur Tauglichkeit der Einfachturnhalle sagen. Sie ist natürlich für den Schulsport tauglich. Sie ist aber nicht - das ist das, was Herr Breite meint - für Wettbe-

werke tauglich. Für Vereine ist eine Einfachturnhalle also nicht tauglich.

Der Rat hat aber beschlossen, im Bezirk Nippes eine Gesamtschule zu errichten, die eine neue Dreifachturnhalle bekommt. Außerdem hat der Rat Sanierungs- und Baumaßnahmen am Niehler Kirchweg beschlossen. Dort wird eine zusätzliche Dreifachturnhalle errichtet. Nippes hat im Moment in der Tat eine knappe Turnhallensituation; da gebe ich Ihnen vollkommen recht. Wir bauen aber an zwei Standorten größere Schulkomplexe jeweils mit Dreifachturnhallen. Insofern können die Sportlerinnen und Sportler in Nippes ganz zufrieden sein, glaube ich. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der Linken)>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Frau Dr. Klein. - Jetzt erhält Frau Rinnenburger als Leiterin der Gebäudewirtschaft das Wort.

**<Petra Rinnenburger (Gebäudewirtschaft der Stadt Köln):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Dr. Klein hat schon fast alle Fragen beantwortet. Trotzdem möchte ich gerne noch auf die Fragen von Herrn Börschel antworten. Sie hatten nachgefragt, ob das einen großen Kostenaufwand verursachen würde. Dazu hat Herr Brust erläutert, dass wir vor zwei Jahren schon die Diskussion geführt haben. Der große Kostenunterschied zu dem Thema, das wir vor zwei Jahren diskutiert haben, ist, dass wir uns jetzt in der Leistungsphase 0 bis 1 befinden. Das heißt, dass wir praktisch noch nichts auf Papier geplant haben. Daher können wir das jetzt akademisch mit schlichtem Rechnen angehen. Das ist natürlich ein ganz anderer Kostenfaktor, als man ihn bei einer fertigen Planung hat, wenn man noch einmal eine komplette detaillierte Planung für Anschlüsse, Fenster usw. vornehmen muss.

Wir würden als Verwaltung also den Auftrag entgegennehmen, grundsätzlich den EnEV-2014-Standard zu prüfen, und die Planungen, die wir jetzt angehen, parallel - so habe ich Ihren Auftrag verstanden - mit der Planung einer kontrollierten mechanischen Be- und Entlüftung weiterführen. Das macht in der Architektur erst einmal keinen Unterschied, sondern erst in der Haustechnik. Das heißt: Die Kosten, die nachher entstehen, entstehen dann, wenn wir uns für eine Lüftung entscheiden. Dann sind es die Mehrkosten, die wir für die Lüftungsanlage brauchen.

Lassen Sie mich jetzt kurz etwas zu dem Unterschied zwischen dem Passivhausstandard und dem Standard nach EnEV 2014 sagen. Beim Passivhaus müssen Sie zwingend eine Lüftungsanlage haben. Bei EnEV 2014 entscheidet es die Architektur. Haben Sie große Fenster mit großen Lüftungsquerschnitten - Herr Brust hat es eben auch schon erwähnt -, können Sie besser eine Stoßlüftung vornehmen und schneller die Luft austauschen. Bei kleinen Fenstern entscheidet man sich in der Regel dafür, eine zusätzliche mechanische Lüftung einzubringen.

Eine wichtige Frage ist noch zu beantworten. Sie wollten eben wissen, ob wir die Fenster überhaupt noch öffnen können. Im Passivhaus werden Sie um eine Dreifachverglasung nicht herumkommen. Ob die Schülerinnen und Schüler diese Fenster öffnen können, hängt davon ab, um welche Schule es sich handelt. Für Grundschüler wird eine Dreifachverglasung mit Sicherheit kaum zu bewegen sein. Das finde ich aber ganz gut; denn dann muss der Lehrer das Fenster öffnen. Je größer die Schüler werden und je weiter sie in die Sekundarstufe II kommen, umso schneller und leichter können sie aber auch ein Dreifachfenster bewegen. Ein Dreifachfenster ist einfach schwer. Das ist der Grund, warum es nicht von jedem geöffnet werden kann.

Herr Dr. Schlieben, Sie haben auch gefragt, was der Passivhausstandard generell mit sich bringe. Die beiden großen Unterschiede habe ich schon genannt. Neben der zwingenden Be- und Entlüftung ist das die Dreifachverglasung. Anders kann kein Passivhaus gebaut werden.

Wir nehmen den Auftrag mit und prüfen das natürlich schnellstmöglich.>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich bedanke mich herzlich für die zusätzlichen Informationen, die wir bekommen haben.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst über den Ergänzungsantrag von SPD und CDU und dann über den Ergänzungsantrag der Grünen ab. Danach kommen wir zu dem besonderen Antrag der FDP zu TOP 10.17, bei dem es um die Turnhalle geht.

Wir beginnen mit dem Ergänzungsantrag der SPD und der CDU. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die CDU, die FDP, die Linke und pro Köln. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der AfD ist dieser Antrag angenommen.

Wir kommen zum Ergänzungsantrag der Grünen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Grünen, Deine Freunde und die Piraten. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist er abgelehnt.

Jetzt stimmen wir über den Ergänzungsantrag der FDP zu TOP 10.17 ab. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die FDP. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Henseler ist dieser Antrag abgelehnt.

Zum Schluss müssen wir noch über die gesamten Vorlagen in Form der beschlossenen Ergänzungen abstimmen. Das ist jetzt notwendig. Wer für diese Gesamtvorlagen ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die CDU, die Linke und pro Köln. Wer enthält sich? - Es enthalten sich die AfD, die Grünen, die Piraten und Deine Freunde.

(Martin Börschel [SPD]: Die FDP hat bestimmt nicht gegen die Schulen stimmen wollen! Sie hat sich bestimmt vertan!)

Die FDP und Herr Henseler haben also dagegen gestimmt.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Es sind ja drei Vorlagen! Haben Sie sie jetzt alle zusammen zur Abstimmung gestellt?)

- Ja, alle drei zusammen. Wir haben jetzt über die Vorlagen unter den Tagesordnungspunkten 10.17, 10.18 und 10.23 abgestimmt.

(Ulrich Breite [FDP]: Unser Antrag bezog sich nur auf TOP 10.17!)

- Das habe ich ja extra gesagt.

(Ulrich Breite [FDP]: Darüber würden wir gerne einzeln abstimmen!)

- Wir haben doch gerade zu Punkt 10.17 abgestimmt. - Herr Breite.

**Ulrich Breite** (FDP): Wir hatten unseren Änderungsantrag zu TOP 10.17 gestellt. Mit den Vorlagen unter den Punkten 10.18 und 10.23 haben wir keine Probleme. Denen würden natürlich auch zustimmen. Wir haben ja dem Antrag von SPD und CDU zugestimmt. Uns ging es um die Vorlage unter Tagesordnungspunkt 10.17. Die haben wir abgelehnt. Den beiden anderen Vorlagen stimmen wir zu - mit dem Änderungsantrag von SPD und CDU.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Das habe ich eben auch so entgegengenommen.

**Ulrich Breite** (FDP): Alles klar. - Danke schön.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay. - Damit haben wir diese Tagesordnungspunkte zu den Schulthemen beendet. Jetzt kann man sich vorstellen, wie es im Schulausschuss zugeht.

(Heiterkeit)

Wir kommen zu:

## 12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Zu Tagesordnungspunkt 12.1:

**12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 73480/06**  
**Arbeitstitel: Kochwiesenstraße in Köln-Holweide**  
**2868/2014**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.2:

**12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 69460/07**  
**Arbeitstitel: Euroforum Nord in Köln-Mülheim**  
**3046/2014**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte.

**<Michael Weisenstein** (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister, ich mache das kurz vom Platz aus. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass die Bezirksvertretung Mülheim zu der Verkehrssituation auf der Deutz-Mülheimer Straße eine Ergänzung zum Beschluss vorgenommen hat. Die BV Mülheim ist nämlich der Auffassung - das findet mit Sicherheit auch hier Zustimmung -, dass grundsätzlich eine Straßenbahnverbindung vom Messe-Kreisel zum Wiener Platz wünschenswert wäre.

Diejenigen, die sich ein bisschen mit Verkehrspolitik beschäftigen, wissen, dass ein straßenunabhängiger Gleiskörper dort aus Platzgründen nicht zu realisieren ist und dass deswegen die Zu-

schüsse von Bund und Land nicht fließen können. Zumindest ist das derzeit so.

Es wäre schön, wenn die Verwaltung mit in die Planungen einbeziehen würde, ob dort eine ganz normale Straßenbahn, also keine Stadtbahn, gebaut werden kann, wenn entweder die Mittelvergabe nicht mehr so geregelt ist wie heute oder wenn die Investorin - ähnlich wie bei IKEA; das sollte die Verwaltung auch prüfen - mit in die Finanzierung dieser Straßenbahnlinie einsteigt.

Ich bitte darum, dass das zu Protokoll genommen wird und in die weiteren Beratungen einfließt. - Schönen Dank.>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Das nehmen wir gerne entgegen. Diese Anmerkung ist im Protokoll jetzt so festgehalten. - Dann kommen wir zu Frau Jahn.

**<Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen):** Ergänzend - was Sie gesagt haben, war wunderbar - möchte ich die Verwaltung noch bitten, auch die Kosten für eine überfahrbare Straßenbahn zu ermitteln; denn das ist in der Anlage 10 nicht explizit aufgeführt. Das zu wissen, wäre wahrscheinlich dem kompletten Stadtentwicklungsausschuss, den wir beide hier vertreten, wichtig. Schließlich ist in den Anmerkungen zum Protokoll des Stadtentwicklungsausschusses festgehalten worden, dass diese ÖPNV-Frage eine existenzielle Frage ist.>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay. - Da mein Beigeordneter Höing heute nicht anwesend ist, bitte ich Frau Berg um Stellungnahme.

**<Beigeordnete Ute Berg:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Was Sie gefragt haben, ist in der Stellungnahme nicht enthalten. Das ist ja auch der Grund Ihrer Frage. Diese Details kann ich Ihnen jetzt aber nicht nennen. Ich kann Ihnen nur zusichern, dass wir das auf jeden Fall als Antwort dem Protokoll beifügen werden.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Das reicht! Danke schön!)>

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay. Alles klar. Dann wird das so gemacht.

Dann kommen wir auch zur Beschlussfassung - unter Hinweis auf die Erklärungen, die gerade zu Protokoll gegeben worden sind, und die Zusagen, die gemacht worden sind. Wer gegen diese Beschlussvorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Damit ist sie einstimmig so angenommen.

Wir kommen zu:

### **13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs-/Durchführungs-/Fluchtlinienplänen**

#### **13.1 Aufhebung des Bebauungsplanes 6444 Nb/03 (65459/03) - Satzungsbeschluss - Arbeitstitel: Ludolf-Camphausen-Straße in Köln-Neustadt/Nord 0782/2014**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Ich rufe auf:

### **14 Erlass von Veränderungssperren**

#### **14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Niehl Arbeitstitel: Nördlich Erlenhofstraße in Köln-Niehl 3104/2014**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Tagesordnungspunkt 14.2 wurde zurückgezogen.

Wir kommen zu:

### **16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragsatzungen**

#### **16.1 241. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 3256/2014**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Gegen die Stimmen der Gruppe pro Köln ist das so beschlossen.

Jetzt rufe ich auf:

### **17 Wahlen**

Zu Tagesordnungspunkt 17.1:

**17.1 Mitteilung über die Benennung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss 3296/2014**

Für Herrn Christopher Meier soll Frau Dr. Uta Becher neues beratendes Pflichtmitglied im Jugendhilfeausschuss werden.

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.2:

**17.2 Hauptversammlung des Deutschen Städtetages hier: Benennung der acht Abgeordneten der Stadt Köln 3513/2014**

Dort sind benannt worden: Dr. Ralf Heinen, Elfi Scho-Antwerpes, Andreas Pöttgen, Ursula Gärtner, Margret Dresler-Graf, Kirsten Jahn, Andreas Wolter und Joachim Schalke.

Bitte schön.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Bevor wir zur Beschlussfassung kommen, möchte ich noch folgenden Antrag stellen: Bei Punkt II soll die Alternative zu II. beschlossen werden, und zwar, dass alle Fraktionen, die zur Hauptversammlung stimmberechtigte Vertreter entsenden, bis zu zwei Gäste auf eigene Kosten mitnehmen können, die dann später nachbenannt werden.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ja, das ist die Ergänzung. Das können wir gerne mit aufnehmen und neben den Benennungen, die ich jetzt vorgelesen habe, auch die Möglichkeit einräumen, dass jeweils zwei Gäste auf eigene Kosten mitgenommen werden können. Das ist sehr gut.

Da keine weiteren Namen genannt werden, kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wer ist gegen diese Vorlage in der jetzt beschriebenen Form? - Wer enthält sich? - Damit ist sie so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

**17.3 Bestellung von städtischen Vertretern in den Beirat des Vereins Sportstadt Köln e. V. 3393/2014**

Dort sind benannt worden: Peter Kron, Henk van Benthem, Elisabeth Thelen und Lisa Gerlach.

Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen. - Danke.

Zu Tagesordnungspunkt 17.4:

**17.4 Unterausschuss - Nachwahlen 3654/2014**

Für den Unterausschuss Kulturbauten wird Herr Ralph Sterck benannt. - Da ist er.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Fraktion der AfD so beschlossen.

Herr Sterck, nehmen Sie die Wahl an?

(Ralph Sterck [FDP]: Ja!)

Für den Unterausschuss Selbsthilfegruppen wird Frau Katja Hoyer benannt.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Fraktion der AfD ist Frau Hoyer gewählt.

Zu Tagesordnungspunkt 17.5:

**17.5 Wahl der Vertreter der Stadt Köln für die Mitgliederversammlung des Interkommunalen Arbeitskreises Wahner Heide 2775/2014**

Ich will Ihnen gerne die Mitglieder vorlesen: Hans-Gerd Ervens, Christian Joisten, Monika Möller, Werner Marx, Anna-Maria Henk-Hollstein, Robert Schallehn und Ina Philippsen-Schmidt.

Die Stellvertreter will ich ebenfalls kurz benennen: Herr Weitzel, Herr Walter, Frau Frebel, Herr Lemke, Frau Dresler-Graf, Herr Brust und Frau Bercher-Hiss.

Dann können wir auch darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Fraktion der AfD ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.6:

**17.6 Ausländerrechtliche Beratungskommission - Einsetzung der vom Integrationsrat benannten Mitglieder durch den Rat 3644/2014**

Es müssen Herr Turan Özküçük und als Stellvertreter Herr Ali Esen nachgemeldet werden.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so geschehen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.7:

**17.7 Antrag der SPD-Fraktion**  
**hier: Austausch eines ständigen Mitglieds mit beratender Stimme**  
**AN/1793/2014**

Neues beratendes Mitglied im Kunstbeirat soll Frau Anke Brunn anstelle von Herrn Andreas Pöttgen werden.

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.8:

**17.8 Antrag der SPD-Fraktion**  
**hier: Benennung eines sachkundigen Einwohners für den Ausschuss Umwelt und Grün**  
**AN/1813/2014**

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.9:

**17.9 Antrag der Gruppe pro Köln**  
**hier: Umbesetzung in Ausschüssen**

Die Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes haben wir eben beschlossen.

Hier geht es um Folgendes: Das Ratsmitglied Judith Wolter wird künftig dem Ausschuss für Kunst und Kultur statt dem Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen als beratendes Mitglied angehören. Das Ratsmitglied Markus Wiener wird künftig dem Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen statt dem Hauptausschuss als beratendes Mitglied angehören.

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Damit haben wir das Ende des öffentlichen Teils unserer Sitzung erreicht.

(Schluss: 19.21 Uhr)